

## VU Research Portal

**Review of Christian Ebhardt Interessenpolitik und Korruption. Personale Netzwerke und Korruptionsdebatten am Beispiel der Eisenbahnbranche in Großbritannien und Frankreich (1830–1870) V&R unipress, Göttingen 2015, 363 S., 49,99 €.**

Kroeze, Ronald

***published in***

VSWG. Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

2017

[Link to publication in VU Research Portal](#)

***citation for published version (APA)***

Kroeze, R. (2017). Review of Christian Ebhardt Interessenpolitik und Korruption. Personale Netzwerke und Korruptionsdebatten am Beispiel der Eisenbahnbranche in Großbritannien und Frankreich (1830–1870) V&R unipress, Göttingen 2015, 363 S., 49,99 €. VSWG. *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 104(2), 262-263.

**General rights**

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal ?

**Take down policy**

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

**E-mail address:**

[vuresearchportal.ub@vu.nl](mailto:vuresearchportal.ub@vu.nl)

## REZENSIONEN

### A. Allgemeines

VSWG 104, 2017/2, 259–260

Rita Aldenhoff-Hübinger (Hg.)

**Max Weber. Briefe 1895–1902**

(Max Weber Gesamtausgabe Abt. II/3). Mohr Siebeck, Tübingen 2015, 1.031 S., 459,00 €.

Dieser Band der Max Weber Gesamtausgabe (MWG) versammelt die überlieferten Briefe Max Webers aus dem wohl dramatischsten Abschnitt seines Lebens. Auf den glänzenden akademischen Aufstieg über das Ordinariat in Freiburg (1894) und Heidelberg (1897, Nachfolge Karl Knies) folgte im Sommer 1898 der jähe gesundheitliche Absturz (zeitgenössische Diagnose: Neurasthenie), der ihn für die nächsten Jahre arbeitsunfähig machte und von dem er sich nur langsam erholte. Bis zu diesem Einbruch stehen die meisten Briefe im Zeichen der exponierten Rolle des jungen Gelehrten und seiner außergewöhnlichen öffentlichen Ausstrahlung – die Auseinandersetzungen über die politisch brisante Freiburger Antrittsvorlesung (Mai 1895, gedruckt im Juni) kommen ebenso zur Sprache wie Webers Engagement in der Börsenfrage und die Arbeit im Verein für Socialpolitik sowie im Evangelisch-sozialen Kongreß. Die Briefe an namhafte Kollegen (Schmoller, Brentano, Sombart u. a.) beschränken sich allerdings weitgehend auf wissenschaftsorganisatorische Fragen (Stellenbesetzungen, Tagungen) und werfen auch auf Webers Veröffentlichungen (Börsenwesen, Soziale Gründe des Untergangs der antiken Kultur, Agrarverhältnisse im Altertum) kaum ein persönliches Licht. Umso lebendiger tritt Webers sensible Persönlichkeit in den ausführlichen Briefen an seine Mutter von den Reisen nach Schottland und Irland (Aug.–Sept. 1895) sowie nach Frankreich und Spanien (Aug.–Okt. 1897) hervor – sie sprühen nur so vor eindringlichen Schilderungen und scharfen Beobachtungen über Land und Leute (besonders bewegend die Berichte über die kranken Pilger in Lourdes und die sozialen Verhältnisse im Eisenerzrevier von Bilbao, S. 397–404, 436–447). Persönlich noch aufschlussreicher sind die Briefe vom Juni und Juli 1897 an Alfred Weber, den jüngeren Bruder, die das tragische Zerwürfnis mit dem Vater behandeln. Bei einem Besuch der Eltern in Heidelberg war es am 14. Juni 1897 zu einem bitteren Streit über die Bevormundung der Mutter durch den Vater gekommen, der damit endete, dass Max Weber den Vater hinauswarf. Während die Mutter noch ein paar Tage in Heidelberg blieb, fuhr Max Weber sen. allein nach Berlin zurück und wenig später auf eine Dienstreise nach Riga, wo er am 10. August überraschend starb – ohne dass sich die beiden Männer je wiedergesehen, geschweige denn ausgesprochen hätten. Die Episode ist seit langem bekannt – Marianne hat bereits 1926 im *Lebensbild* (S. 243–246) ihres Mannes darüber berichtet (und dort auch kurze Stücke aus den Briefen an den Bruder zitiert). Hier nun sind die Briefe erstmals vollständig (und ungekürzt!) beisammen.

Ab Juli 1898 werden die meisten Briefe von Webers Krankheit überschattet. Schon die Provenienz zeigt dies an – viele kommen aus Sanatorien in Konstanz (Juli–Okt. 1898), Urach (Juli–Nov. 1900) und dann (ab Juni 1901) fast alle von den langen Erholungsaufenthalten in der Schweiz

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

und Italien. Nur noch wenige Briefe gehen an Fachkollegen, aber nach wie vor viele an den Verleger Paul Siebeck (v. a. Drucklegung von Dissertationen), ferner an die Fakultät und das Ministerium in Karlsruhe wegen der Beurlaubung vom Dienst und der Einrichtung einer zweiten nationalökonomischen Professur in Heidelberg (um die eigene Entlassung aus dem Amt zu erleichtern; sie erfolgte 1903). Adressatin der meisten Krankenbriefe war die Ehefrau Marianne – einige stammen sogar von ihr selbst. Für Webers Sanatoriumsaufenthalt in Urach hatte sie vorgeschriebene Briefkarten angefertigt und darin an bestimmten Stellen Lücken gelassen, die dann von Max ausgefüllt wurden: „Lieber Schnauz! / Ich habe *gut* geschlafen und fühle mich *leidlich* Das Bad bekommt mir *woll'n mal sehn* Der Kopf ist *dumm* Die Beine sind *müde* / Es grüßt u. küßt Dich / Dein Jungchen“ (15. Juli 1900, Text von Mariannes Hand, *kursive* Textteile von Max Weber, S. 746, mit Faksimile). Auffällig ist, dass Weber auch in den längeren eigenhändigen Briefen an Marianne im Grunde nur die äußeren Umstände des Alltags schildert (Therapie, Medikation, Mahlzeiten, Spaziergänge, Wind und Wetter), aber seine inneren Leiden und Ängste verschweigt. Immerhin werden die Briefe aus der Schweiz und Italien zunehmend ‚lebendiger‘ (auf den Wanderungen gibt es immer mehr zu sehen) und berichten immer häufiger auch von tastenden Ansätzen zur Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Arbeit (die ersten Überlegungen und Notizen zu ‚Roscher und Knies‘ entstanden wohl im Sommer 1902 in Italien). Mitunter blitzen sogar intime Details auf, so am 27. Nov. 1902 in doppelter Verschlüsselung (italienisch/Deckname): „Mia piccola – / ho dormito molto, ma ci fa il ‚Fra Diavolo‘, come sempre quando mi trovo bene“ (Meine Kleine – / ich habe lange geschlafen, aber ‚Bruder Dämon‘ war da, wie immer wenn ich mich wohl fühle; S. 866). Mit „Fra Diavolo“, „Bruder Dämon“ und „Deubel“ waren die nächtlichen Pollutionen gemeint, unter denen Max Weber seit Sommer 1898 nicht zuletzt deshalb so schwer litt, weil sie, wie Marianne in Briefen an ihre Schwiegermutter berichtete, mit „verquerten Traumvorstellungen“ einher gingen und von den Ärzten als „sexuelle Neurasthenie“ diagnostiziert worden waren, der sie durch Medikamente, Umschläge, gymnastische Übungen und Elektroschocks zusetzten (Editorischer Hinweis, S. 529, Anm. 2).

Was immer Max Weber seiner Frau sonst noch über seine inneren Ängste und Nöte geschrieben haben mag, werden wir jedoch nicht mehr erfahren. Wir wissen nur, dass Marianne aus mehreren Briefen längere Passagen herausgeschnitten und vernichtet hat – wie überhaupt die Überlieferung der Briefe Webers lückenhaft ist, denn auch Helene Weber, die Mutter, hat die Briefe vernichtet, die sie von ihren Kindern im Zusammenhang des Zerwürfnisses Max Webers mit seinem Vater erhalten hatte. All dies ist in der Einleitung kurz dargestellt und dann an entsprechender Stelle durch Editorische Vorbemerkungen und Erläuterungen in den Fußnoten in allen Einzelheiten dargelegt – wie überhaupt der Band eine Fülle von ergänzendem Material und Erschließungshilfen (Personenverzeichnis, Register etc.) bietet, die für jedes tiefere Verständnis von unschätzbarem Wert sind und die Arbeit mit diesen oft spröden Schriftstücken zur reinen Freude machen. Die Qualität einer Edition bemisst sich ja nicht nur an der Genauigkeit, mit der die überlieferten Texte konstituiert, kritisch erschlossen und kommentiert werden, sondern auch daran, wie die Lücken in der Überlieferung dokumentiert sind. Auch in dieser Hinsicht ist dieser Band der MWG vorbildlich. Daher: höchstes Lob und bester Dank den Herausgeberinnen Rita Aldenhoff-Hübinger und Uta Hinz, und natürlich ebenso dem Verlag für die mustergültige Ausstattung. Es bleibt zu hoffen, dass die jetzt noch fehlenden Briefbände (MWG II/1, 2 und 11) nicht mehr lange auf sich warten lassen.

VSWG 104, 2017/2, 261–262

Florian Bock

**Der Fall „Publik“. Katholische Presse in der Bundesrepublik Deutschland um 1968**

Schöningh, Paderborn u. a. 2015, 553 S. (6 Abb., 2 Tab.), 69,00 €.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie, einer Bochumer Dissertation aus dem Jahr 2013, steht das kurzlebige Schicksal des Wochenblatts „Publik“, das von 1968 bis 1971 als publizistisches Leuchtturmprojekt des liberalen, postkonziliaren Katholizismus in der Bundesrepublik galt. Es war Friedhelm Merz, einer der leitenden Redakteure der Zeitung, der bereits im November 1971 die Devise vertrat, „Publik“ sei schon unmittelbar nach der Einstellung „zu einem Mythos geworden“. Warum ausgerechnet diese Zeitung zu einem solchen Mythos werden konnte, das ist die Frage, der Florian Bock – auf denkbar breiter Quellenbasis, dabei methodisch ebenso versiert wie argumentativ differenziert – nachgeht.

Ausgehend von den ersten konzeptionellen Überlegungen der Akteure (v. a. Bischöfe, Publizisten, Verleger, Laienverbände, Gläubige) entwirft der Autor ein prägnantes Profil der Wochenzeitung, wobei er die theologischen Positionen des Blatts ebenso in den Blick nimmt wie die parteipolitischen Präferenzen der Redaktion. Auf diese Weise wird alsbald deutlich, dass die Konfliktlinien, die das Ende von „Publik“ bestimmten, bereits in der Gründungsphase erkennbar waren: Während der Episkopat der Ausrichtung des Blatts rasch mit Vorbehalten begegnete und die „roten Verkaufszahlen“ monierte (damit aber in Wahrheit auf die in seinen Augen allzu reformwillige Tendenz der Zeitung zielte), verstanden die Redaktion und ein Teil der Leserschaft das Blatt als publizistisches Symbol des von Papst Johannes XXIII. ausgerufenen „aggiornamento“. Die Redakteure, so Bock, betrachteten sich als „elitäre Verwalter des Sagbaren“ und fühlten sich berufen, die „diskursiven Grenzen des Sagbaren im bundesdeutschen Katholizismus“ neu auszuloten.

Vor diesem Hintergrund vermittelt die Studie zwei Einsichten, deren Konsequenzen die kirchliche Zeitgeschichte zu weiteren Forschungen anregen werden. Zum einen vermag Florian Bock anschaulich, bisweilen geradezu mikroskopisch genau zu zeigen, weshalb gerade die Auseinandersetzung um das Schicksal von „Publik“ zu einem Stellvertreterkonflikt avancierte, bei dem es im Kern um die rechte Auslegung der Konzilsbotschaft ging. Zum anderen räumt die Arbeit gründlich mit der gängigen Lesart der „Publik“-Episode auf, die die Einstellung der Zeitung vor allem dem konservativen Episkopat anlastet, der – zunächst von der Strategie überzeugt, ein Medienformat zu schaffen, das auch kirchenfernere Kreise erreichen sollte – am Ende Angst vor der eigenen Courage bekommen habe. In diesem Zusammenhang verweist Bock zu Recht darauf, dass das rasche Scheitern von „Publik“ nicht wenigen Bischöfen zwar durchaus gelegen kam, jedoch nicht bewusst von außen herbeigeführt wurde, sondern hausgemacht war. So erweist sich „Publik“ vor allem „als Projekt einer katholischen Intellektuellenelite, die – inspiriert von den Reformen des Zweiten Vatikanums – dem bundesdeutschen Katholizismus ein Forumskonzept anbot, das zwar mit dem auf dem Konzil neu gewonnenen Kirchenbild gewissermaßen als Erfüllung eines lang gehegten Ideals korrespondierte, einen Großteil der Katholiken der damaligen Bundesrepublik aber schlichtweg

überforderte“. Nicht die Einmischung des Episkopats, sondern die Unfähigkeit der Redaktion, sich auf die Erwartungen des Zielpublikums einzustellen, beförderte das abrupte Ende des Projekts.

CARSTEN KRETSCHMANN

Stuttgart

VSWG 104, 2017/2, 262–263

Christian Ebhardt

**Interessenpolitik und Korruption. Personale Netzwerke und Korruptionsdebatten am Beispiel der Eisenbahnbranche in Großbritannien und Frankreich (1830–1870)**

V&R unipress, Göttingen 2015, 363 S., 49,99 €.

This book, published in 2015, is based on Ebhardt's dissertation that he wrote when he worked as a PhD candidate at the Technical University of Darmstadt in the project "Korruption in der Moderne" that was established and supervised by Professor Jens Ivo Engels. In his research study Ebhardt analyses how the railway sector tried to influence political decision making and why certain practices were denounced as corruption in Great Britain and France in this period.

Ebhardt's study is a fine example of the 'new histories of corruption' that have been published by German, Dutch and French historians in recent years. The new histories analyse the changing meaning and role of corruption in society in order to promote a better understanding of broader historical processes. These studies, like that of Ebhardt, are based on an approach that has been termed 'neoclassical', 'contextual' or 'social constructivist': corruption is part of classical, premodern and modern society, can have different meanings – individual misbehaviour according to legal, moral or social standards as well as the perversion of entire societies – and should be studied within its historical and cultural context.

Ebhardt also positions himself within the debate about how modern processes, such as industrialization and the rise of political 'isms', have changed the idea and practice of corruption (and vice versa). In the early modern period patronage, gifts and nepotism were sometimes denounced as corruption but more often accepted and legitimized as these practices had had a crucial role in a society where economic success and state power were based on personal connections. From around 1800, influenced by the enlightenment and the French Revolution, however, the separation of public and private interests and of the state and the economy made these activities no longer acceptable. The emergence of big scandals, 'black books', radical anticorruption movements and laws against gifts and bribery showed the "zunehmende Absolutheit des Korruptionsverbots" (p. 17) in the nineteenth century.

Ebhardt makes clear that both in France and Britain networks used practices that were considered corrupt to establish railway companies. Two tactics were often used by entrepreneurs and their financiers: they either used existing political networks by providing ministers or members of parliament with lucrative positions in a railway company or they successfully built their own political

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

networks, for example by becoming a representative for voting districts that were highly dependent on the railway economy. There were also differences: In Britain entrepreneurs were mainly concerned with influencing parliament, in France, where parliament was less influential, entrepreneurs concentrated on influencing the government. However, as the state and the economy were separated by law and through the rise of liberalism, the "Verflechtungspraktiken" (p. 323) – favouritism or the mixture of public and private offices – were denounced as corrupt activities that undermined the general interest. In the last quarter of the nineteenth century this specific corruption debate disappeared not because the time for big railway projects was over but because entrepreneurs as well as those that criticised the influence of big companies openly organized themselves in respectively employers' organisations and trade unions that were formally accepted. Therefore Ebhardt concludes that the debate about railway corruption, where it came from and why it disappeared, is a good example of a transition: from the early modern mixture of functions and the acceptance of informal patronage networks that were slowly replaced by 'professional' politicians and organized interest groups in the nineteenth century. Although accusations of corruption could be very personally loaded and driven by individual concerns, in general debates about corruption played a crucial role to establish the boundaries of what was morally and politically acceptable.

RONALD KROEZE  
Amsterdam

VSWG 104, 2017/2, 263–264

Andreas Frewer / Rainer Erices (Hg.)  
**Medizinethik in der DDR. Moralische und menschenrechtliche Fragen im Gesundheitswesen**  
(Geschichte und Philosophie der Medizin 13). Steiner, Stuttgart 2015, 286 S.  
(8s/w Abb.), 56,00 €.

Die Geschichte der DDR-Medizin wurde in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wende nur in begrenztem Rahmen und selten mit Blick auf ethische Fragen aufgearbeitet. Der am Erlanger Institut für Geschichte und Ethik der Medizin entstandene Sammelband macht sich zur Aufgabe, die Verbindungslinien zwischen Geschichte und Ethik der Medizin aus verschiedenen Perspektiven in den Blick zu nehmen.

Der Band ist in drei Hauptkapitel gegliedert. Das erste widmet sich dem Einfluss der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Medizin, die Patientenversorgung und deren Auswirkungen für die Bevölkerung. Er beginnt mit einem Beitrag von Rainer Erices und Antje Gumz, der die Missstände der medizinischen Versorgung von Patienten in der DDR nachzeichnet. Die Autoren zeigen, dass der Staat über diese Problemsituation informiert war und sich bemühte, diesen Sachverhalt verdeckt zu halten.

Eine weitere Verbindungslinie zwischen Staat und Medizin zeichnet Francesca Weil anhand der Frage nach, weshalb Ärzte als inoffizielle Mitarbeiter des MfS fungierten und dabei insbesondere

bereit waren gegen die ärztliche Schweigepflicht zu verstoßen. Zentrale Aufgabe von Medizinern als inoffiziellen Mitarbeitern war, so Weil, Auswanderungsabsichten von Kollegen aufzudecken. Hieran schließt der Beitrag von Marcus Wahl an, der sich mit Ursachen und Folgen der großen Zahl an Ärzten befasst, die die DDR verließen. Im Beitrag von Kornelia Beer werden die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen von politischer Haft in der DDR untersucht. Beer geht auf mögliche Folgeerscheinungen ein und weist abschließend auf Faktoren hin, die die Konsequenzen einer politischen Haft beeinflussen konnten.

Der zweite Abschnitt des Bandes wendet sich den gesellschaftlichen Debatten zu zentralen medizinethischen Fragen zu und geht dabei insbesondere auf zwei Skandale ein. Andrea Quitz untersucht in ihren beiden Beiträgen den Einfluss gesellschaftlicher Bedürfnisse und staatlicher politischer Positionen auf die vorgetragenen Argumentationslinien zu medizinethischen Fragen. Sie bearbeitet dies am Beispiel der gesellschaftlichen Debatte zu Regelungen des Schwangerschaftsabbruchs und zum Thema der Sterbehilfe.

Anne Meseckes Beitrag befasst sich mit einem Arzneimittelskandal in den Jahren 1978/79, im Zuge dessen tausende von Frauen innerhalb einer Anti-D-Prophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, ohne dass die Betroffenen ausreichend darüber aufgeklärt wurden. Erices, Frewer und Gumz legen in ihrer Untersuchung zu Medikamentenstudien in der DDR den Fokus auf die medial vorgetragene Skandalisierung und rufen zu einer differenzierteren Betrachtung auf.

Im dritten Teil werden grundlegende Fragen von Verantwortung der einzelnen Ärzte innerhalb des Unrechtsregimes anhand von ausgewählten Arztbiografien diskutiert. Die Beiträge von Erices und Weil nehmen dabei den Zusammenhang und Übergang von der NS-Zeit zur DDR aus zwei Perspektiven in den Blick. Anhand der Biographie des DDR-Gesundheitsministers Ludwig Mecklinger zeigt Erices, wie die kritische Aufarbeitung der Zwangssterilisationen und Beteiligung von Ärzten in der DDR dem Primat gesellschaftspolitischer Ziele untergeordnet wurde. Weil untersucht anhand der beruflichen Biographie des Chirurgen Herbert Uebermuth die strukturelle Logik der Anpassung an politische Strukturen, sowohl in der NS-Zeit als auch in der DDR. Erices, Gumz und Frewer befassen sich mit der beruflichen Biographie des Nephrologen Horst Klinkmann. Neben der Frage einer sinnvollen Einordnung der Tätigkeit als informeller Mitarbeiter wird auch der korrekte Umgang mit Akten von MfS kritisch diskutiert. Erices schildert in seinem Beitrag das Wirken des Gerichtsmediziners Otto Prokop und fragt dabei, inwieweit sich ärztliches Handeln, insbesondere in der Gerichtsmedizin, in der auch Maueropfer untersucht wurden, völlig von politischen Fragen distanzieren konnte.

Insgesamt bietet der Band eine differenzierte und kritische Darstellung ausgewählter Aspekte der Geschichte der Medizin in der DDR und zeigt neue Perspektiven und Verbindungslinien zur Medizinethik auf, ohne zu dramatisieren. Er regt damit zur kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR-Medizin an. Den Beiträgen gelingt es, das Interesse des Lesers konstant zu halten. Das Buch richtet sich nicht nur an ein wissenschaftliches Publikum, sondern ist auch für eine breite Leserschaft geeignet.

CLARA JOST / JULIA INTHORN  
Mainz





VSWG 104, 2017/2, 265–266

Cathleen M. Giustino / Catherine J. Plum / Alexander Vari (Hg.)  
**Socialist Escapes. Breaking Away from Ideology and Everyday Routine in Eastern Europe, 1945–1989**  
 Berghahn, New York / Oxford 2015, 284 S. (12 Abb.), 34.95 \$.

Die Betonung des normalen Lebens im Alltag der als „realer Sozialismus“ firmierenden Systeme, manchmal als „Nischengesellschaft“ (Günter Gaus) beschrieben, zieht stets den Verdacht nach sich, die repressiven und weltanschauungsdiktatorischen Strukturen der Staaten des früheren Ostblocks würden verharmlost. Das ist aber in der Regel nicht die Intention derer, die darauf beharren, dass die soziale Wirklichkeit dort wesentlich komplizierter und vielschichtiger war als es die Kategorie des Totalitarismus (jedenfalls in ihrer frühen Ausprägung) suggeriert.

Die drei Herausgeberinnen und Herausgeber sowie die sieben zusätzlichen Autorinnen und Autoren, junge Zeithistoriker aus Nordamerika und Europa, schalten sich in diesen oft eher untergründigen Disput mit zehn Fallstudien zu den mit der UdSSR verbundenen Ländern des östlichen Mitteleuropa und Südosteuropas ein; hinzu kommen synthetisierend ein einleitendes und ein zusammenfassendes Kapitel. Die Diktatur der „führenden Partei“ und ihrer Gewaltapparate, die Herrschaft der Nomenklatura, wird weder bestritten noch verharmlost, sondern vorausgesetzt.

Die durchweg instruktiven Fallstudien nehmen recht Unterschiedliches in den Blick: Aufsätzen über die großen staatlichen Musikfestspiele in den frühen und mittleren 50er Jahren in Ostdeutschland und Polen sowie über den Umgang mit dem historischen Erbe in den staatlichen Museen bzw. die Zugänglichmachung der adligen Schlösser nach deren Enteignung in der Tschechoslowakei im selben Zeitraum folgen Abhandlungen über den von oben geförderten, aber nicht zu kontrollierenden Tourismus in Polens unerschlossenen, „wilden“ Beskiden und über das Sommerlager Mitschurin, später „Hermann Matern“, der Jungen Pioniere der DDR bis in die späten 80er Jahre, Beiträge über nudistisches Strandleben in Rumänien, exzessiven Alkohol- und Tabakkonsum in Bulgarien, das polnische „Anhalter-Paradies“ (vom Regime initiiert und lange propagiert im Hinblick auf die geringe Motorisierungsdichte und die schwache Verkehrsinfrastruktur) sowie den subversiven Effekt des für ausländische Touristen in Budapest geschaffenen glitzernden Nachtlebens, schließlich über Motorradrennen und ostdeutsche Motorradenthusiasten während der 70er und 80er Jahre in der DDR und über die populäre Fußballkultur in Rumänien.

Es geht im vorliegenden Buch um durchaus zwiespältige Phänomene, um Vorgaben der Regierenden und deren Angebote an die Regierten, die der Stabilisierung von Herrschaft durch Verbreiterung von Akzeptanz und Zustimmung dienen sollten und das bis zu einem gewissen Grad auch vermochten. Dabei konnte aber nie garantiert werden, dass die Teilnehmer das sportliche, touristische oder kulturelle Geschehen nicht auf ihre eigene Art interpretierten, die offiziellen Formen in ihrem „Eigen-Sinn“ (Alf Lüdtke u. a.) nutzten.

Je mehr das Abstandnehmen von der Dauerberieselung durch die Regime-Propaganda und von der Eintönigkeit nicht nur des Arbeitslebens zunahm – die DDR sei, neben anderem Kritikwürdigen, das langweiligste Land der Welt, konnte man in den 80er Jahren von jungen Ostdeutschen hören –, die den Charakter einer Fluchtbewegung, einer Art alltagsweltlicher innerer Emigration annahm, bis hin zum Aufkommen von unabhängigen Subkulturen, desto eindeutiger trug dieser überall im Ostblock



zu beobachtende Vorgang zur Desintegration des „realen Sozialismus“ bei. Eine wichtige Erkenntnis der Autoren besteht indes darin, dass die Wirkung der diversen, sei es staatlich gelenkten, sei es relativ eigenständigen Freizeitaktivitäten vielfach nicht eindeutig war und sich auch verändern konnte.

Selbst in der Stalin-Periode waren die Spielräume größer als angesichts brutaler Unterdrückung und Indoktrinierung vermutet werden könnte; namentlich seit dem „Taufwetter“ der mittleren 50er und der unvermeidlich stärkeren Kommunikation mit dem Westen seit den 60er Jahren charakterisierte diesbezüglich die Spannung zwischen dem konformistischen Alltag einerseits, dem Bedürfnis nach individuellen Ausdrucksmöglichkeiten und nach Lebensfreude andererseits, tendenziell zunehmend, die Lage im politischen Osten. Die Vertreter des Regimes sahen sich genötigt, Kompromisse einzugehen, die das Dasein der Herrschaftsunterworfenen erträglicher, ja angenehmer machten, aber zugleich die Einwirkungsmöglichkeiten von Partei und Staat verminderten. Wiederholte Versuche, die Kontrolle wieder zu schärfen, blieben ohne Erfolg.

Es fällt auf und ist wohl beabsichtigt, dass anstelle der offenkundig systemfremden, offen nonkonformen Äußerungen wie des demonstrativen Hörens von Rock- bzw. Punkmusik einschließlich des zugehörigen Outfits eher die ambivalenten Erscheinungen untersucht werden. Just auf diese Weise gelingt es, ein nuanciertes und genaueres Verständnis der Staatsmacht und ihrer Grenzen in den Ostblock-Ländern außerhalb der Sowjetunion zu gewinnen. Insofern bieten Studien wie die vorliegenden zusätzliche Anhaltspunkte zur Erklärung der Implosion des „realen Sozialismus“ in Europa 1989/1990.

PETER BRANDT

Hagen

VSWG 104, 2017/2, 266–267

Oliver Heyn

### **Das Militär des Fürstentums Sachsen-Hildburghausen 1680–1806**

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 47).

Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2015, 488 S. (10 Abb., 23 Grafiken, 20 Tab.), 59,90 €.

Bis vor etwa 20 Jahren war Militärgeschichte in Deutschland ein von der etablierten Geschichtswissenschaft vernachlässigtes Forschungsfeld, auf dem sich vorrangig Berufsoffiziere und wenige Spezialisten tummelten. Im Mittelpunkt stand die Geschichte großer Schlachten, Strategien und Feldherren. Inzwischen aber hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen: mit der Hinwendung zu sozial-, alltags- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen wurde nicht nur immer gründlicher der Platz der bewaffneten Macht in der Gesellschaft ausgelotet, sondern zugleich auch wieder Anschluss an die internationale Forschung gefunden. Dies gilt auch für die Epoche der Frühen Neuzeit: Für die meisten der größeren Territorien des Alten Reichs liegen inzwischen breit gefächerte Untersuchungen vor, die sich den Ansätzen und Konzeptionen einer „Neuen Militärgeschichte“ verpflichtet fühlen. Sehr viel ungünstiger ist die Forschungslage noch für die vielen kleineren Fürstentümer, von denen einige über eigene Truppen verfügten.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Vor diesem Hintergrund ist die in Bamberg entstandene Dissertation von Oliver Heyn sehr willkommen, der das Militär des thüringischen Herzogtums Sachsen-Hildburghausen im späten 17. und im 18. Jh. untersucht. Besonders günstig wirkt sich hierbei die außergewöhnlich gute Quellenlage aus, die eine breit gefächerte Analyse möglich macht. Das Militär des Herzogtums bestand aus drei Truppenverbänden, die organisatorisch und von ihren Aufgaben her getrennt waren. Während das Landregiment im Rahmen des Landesdefensionswesens überwiegend innerhalb des Herzogtums Verwendung fand und dabei z.B. auch zur Verfolgung von Bettler- und Diebesbanden eingesetzt wurde, trat das Reichskontingent (im Dienst des Obersächsischen Kreises) während des Spanischen Erbfolgekriegs in Südwestdeutschland in Erscheinung. Die fürstlichen Leibgarden waren dagegen direkt dem jeweiligen Herzog unterstellt und dienten nicht zuletzt dessen Schutz und Sicherheit. Jedem dieser Truppenverbände ist in der Arbeit ein Hauptkapitel gewidmet; je ein weiteres stellt das Herzogtum politisch, sozial und ökonomisch vor bzw. beschäftigt sich querschnittartig mit der Militärgerichtsbarkeit. Es ist ohne Zweifel ein Vorteil dieser quellennahen Studie, dass sie einen sehr überschaubaren Raum behandelt. Damit wird eine umfassende, aspekt- und detailreiche Untersuchung des Militärs möglich. Sie beinhaltet eine Analyse von dessen politischer Bedeutung, wozu auch der Kampf des jeweiligen Herzogs um regionalen Einfluss sowie Rang und Anerkennung unter den benachbarten Territorialfürsten zählt. Auf der anderen Seite hatte der Unterhalt des Militärs auch seinen Preis und war ein bedeutender Faktor für die häufig defizitären Finanzen des Herzogtums Sachsen-Hildburghausen. Deutlich wird auch der erhebliche Einfluss, den die Persönlichkeit und die Vorlieben des jeweils regierenden Fürsten auf die Entwicklung des Militärs besaßen.

Besonders reichhaltig sind die wirtschafts- und vor allem die sozialgeschichtlichen Erträge der Arbeit. So ermöglichen die Mannschafts- und Musterungslisten wichtige Erkenntnisse zur regionalen Herkunft, zur Ausbildung und zum Familienstand der Soldaten. Auch Besoldung, Nebenerwerbstätigkeit, Freundschaft und Kameradschaft sowie die medizinische Versorgung sind Themen der Untersuchung. Ein zentraler Ort der Begegnung und der Kommunikation, aber auch der Ausübung und Erfahrung von Gewalt war das Wirtshaus. Darüber hinaus beschäftigt sich der Verfasser mit den wichtigsten Motiven für den Dienst im Militär, der im 18. Jh. eine durchaus respektierte Form der Lebensgestaltung war und einen zwar bescheidenen, aber regelmäßig zu erwartenden Sold versprach. Gleichwohl gab es auch häufig Desertion. Auf allen diesen Themenfeldern bestätigt die Untersuchung im Wesentlichen die Ergebnisse, die schon für größere Territorien gewonnen wurden. Abweichend davon fällt ins Auge, dass die Landesdefension für die Herzöge von Sachsen-Hildburghausen sehr wohl auch als Mittel territorialer Expansion eingesetzt werden konnte. Für junge Adlige, die versuchten, im Militär Karriere zu machen, war der Dienst im herzoglichen Militär oftmals nur eine kurze Episode, denn es gab praktisch keine Möglichkeiten, sich im Kriegseinsatz auszuzeichnen. Die dauerhafte Bindung an den Landesherrn war daher eher die Ausnahme, der baldige Wechsel zu einem mächtigeren Reichsfürsten dagegen die Regel.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr fundierte und gut lesbare Untersuchung, die ihrem Anspruch durchaus gerecht wird, ein Muster für die Erforschung des Militärs kleinerer Territorien des Alten Reichs zu sein.

STEFAN KROLL

Rostock

VSWG 104, 2017/2, 268–269

Gert Melville / Gregor Vogt-Spira / Mirko Breitenstein (Hg.)

### **Sorge**

(Europäische Grundbegriffe im Wandel. Verlangen nach Vollkommenheit 2). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2015, 256 S. (1 Abb.), 29,90 €.

Sorge ist immer beides: die Angst vor Bedrohungen sowie Konzepte zu deren Verhinderung. Dieses Spannungsfeld zwischen „Besorgnis“ und Für- bzw. Vorsorge macht „Sorge“ zu einem Grundbegriff, an dem sich dem Wandel von Menschen- und Weltbildern, sozialen Normen und sozialen Ordnungen nachspüren lässt. Mit dieser Spurensuche verfolgt der Band mehrere Ziele, die die Herausgeber in ihrer knappen Einführung erläutern. Erstens konstituieren Konzepte von Sorge soziale Beziehungen, sodass sich an ihrer Begriffsgeschichte gesellschaftliche Formationen erkunden lassen. Zweitens erlaubt die lange Deutungstradition diachrone Vergleiche von der Antike bis heute und damit Untersuchungen über Wandlungsprozesse. Drittens möchte der Band den „europäischen“ Grundbegriff zumindest exemplarisch mit anderen Kulturkreisen vergleichen. Bereits diese ambitionierte Zielsetzung ist beachtlich. Ebenso bemerkenswert ist der interdisziplinäre Zugriff, setzen sich in dem Band doch Historiker, Philosophen, Soziologen, Literatur- und Sprachwissenschaftler mit „Sorge“ auseinander.

Die Früchte dieses Zugriffs sind zum einen eine beeindruckende Bandbreite sozialer Praktiken, Kontexte und Felder, die die Beiträge in den Blick nehmen. Von der Konstituierung von Sozialbeziehungen im antiken Rom (Gregor Vogt-Spira) über den Zusammenhang von Sorge um das Seelenheil und Nächstenliebe (Gert Melville und Johannes Fried) bis zu den Aporien des heutigen Gesundheitswesens (Georg Kohler) erstreckt sich der große Zeitrahmen des Bandes. Besonders deutlich wird der Wandel von Sorge-Konzepten in drei herausragenden Beiträgen von Cornel Zwieler, Rudolf Schlögl und Hans Vorländer. Während Zwieler das Entstehen von Versicherungen und die Etablierung der Staats-Sorge als Impulse neuer Wert- und Weltkonzepte versteht, zeichnet Schlögl die Entstehung der „selbstsorgenden“ Gesellschaft im Kontext neuer Gesellschaftskonzepte und Menschenbilder der Aufklärung nach. Vorländer wiederum zeigt Prozesse der Verstaatlichung, Verwissenschaftlichung und Verrechtlichung seit dem späten 19. Jahrhundert auf, dank derer „Sorge“ in Fürsorge- und Vorsorgemaßnahmen heutiger Sozialstaaten übersetzt wurde.

Zum anderen macht der Band dank seiner thematischen Breite Gemeinsamkeiten und Unterschiede der „Sorge“ in unterschiedlichen Epochen und soziokulturellen Kontexten deutlich. Dass Sorgekonzepte Gesellschaftskonzepte waren und sind, anhand derer soziale Beziehungen und Normen ausgehandelt werden, wird ebenso deutlich wie die erstaunlich lange Tradition des Reziprozitäts-Prinzips: Dass Sorge auf Gabe und Gegengabe basierte, galt nicht nur im antiken Rom, sondern ebenso in der Neuzeit und in Indien, wie der Beitrag von Karin Preisendanz zeigt.

Angesicht dieser Stärken des Bandes wünscht man sich stellenweise eine umfassendere Synthese, mit der die Befunde gegenübergestellt und aufeinander bezogen werden. Sinnvoll wäre zudem eine systematische Bestimmung des semantischen Feldes. So zeichnen viele Beiträge nach, dass „Sorge“ mit Begriffen wie „Sicherheit“, „Nächstenliebe“ oder „Solidarität“ untrennbar verbunden ist. In diesem Zusammenhang wären daher methodische Überlegungen spannend, wie sich „europäische Grundbegriffe“ eingrenzen und analytisch fassen lassen. Hinweise bietet dazu das Vorwort zum ersten Band der Reihe (Gerechtigkeit, hg. von Gert Melville u. a., Köln 2014), das für den vor-

liegenden Band stark gekürzt wurde. Der Wunsch des Rezensenten nach einer Synthese ist umso größer, als nur wenige Aufsätze des Bandes ein Fazit ihrer Überlegungen oder eine Einführung in ihre Ausgangsthesen und Schwerpunkte bieten. Die dreiseitige Einführung oder die meist noch kürzeren Einleitungen in die jeweiligen Epochen bieten für eine solche Synthese allerdings sehr gute Ansätze. Auch das Register ist in diesem Zusammenhang positiv hervorzuheben, in dem sich neben Personennamen auch Begriffe wie „Armut“, „Familie“, „Gesundheit“ und „Liebe“ finden, so dass künftige Forschungen Anhaltspunkte für weitere Tiefenbohrungen erhalten. Kurz gesagt bietet der Band für weitere Untersuchungen zur Sorge eine gute Grundlage. Er ist insofern ein Handbuch, auf das Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler gewissermaßen unbesorgt zugreifen können.

MALTE THIESSEN  
Münster

VSWG 104, 2017/2, 269–270

Vanessa Ogle

**The Global Transformation of Time: 1870–1950**

Harvard U. P., Cambridge, Mass./London 2015, 287 S., 34,95 €.

Seefahrt, Eisenbahn und Telegrafie benötigen verlässliche und einheitliche Zeitangaben. In der zweiten Hälfte des 19. Jh.s setzte sich dafür in Nordamerika und Europa das System der Stundenzonenzzeit mit dem Nullmeridian Greenwich durch. Diese Geschichte wurde schon häufig erzählt, in der Regel als eine des technologischen Fortschritts und der durch Vernetzung nötig gewordenen Synchronisierung. Wie aber sieht es in einer globalen und transnationalen Perspektive aus? Dies ist die Grundfrage des Buches von Ogle. Es hat die Konflikte über die richtige Zeitordnung zwischen 1870 und 1950 in Europa, Indien, dem südlichen Afrika und der Levante zum Thema. Durch diese Verschiebung der Perspektive kann sie die Geschichte der Zeitvereinheitlichung neu erzählen und gelangt zu neuen Erkenntnissen.

Kapitel 1 zeichnet die Entstehung nationaler Einheitszeiten in Deutschland und Frankreich im späten 19. Jh. nach. Im Gegensatz zum damaligen internationalen wissenschaftlichen Diskurs über die Notwendigkeit einer weltweiten Zeitvereinheitlichung folgte die Einführung von Standardzeiten in beiden Ländern einer nationalen Logik. In Frankreich beispielsweise galt bis 1911 die Ortszeit von Paris als Landeszeit, anschließend die Ortszeit von Paris weniger 9 Minuten und 21 Sekunden – was genau der Zeit von Greenwich entspricht. Die umstrittene Einführung der Sommerzeit in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jh.s insbesondere in Großbritannien ist Thema von Kapitel 2. Diese Debatten um die Verschiebung von Zeitstrukturen zeigen, dass es beim Thema Zeit für die Betroffenen immer um mehr ging als um eine mehr oder weniger rationale Einteilung des Tages. Kapitel 3 befasst sich mit dem beschwerlichen und langsamen Prozess, in dem in Kolonien und unabhängigen Staaten außerhalb Europas nach und nach die Stundenzonenzzeit eingeführt wurde. Erst um etwa 1950 kann von einer weltumspannenden Zonenzeit gesprochen werden. Kapitel 4 beleuchtet das Beispiel Indien in diesem Prozess: Die Versuche der britischen Kolonialmacht, 1881 und 1905 eine

Zonenzeit für den indischen Subkontinent einzuführen, führten zu heftigen Konflikten, die letztlich das indische Nationalbewusstsein stärkten. Beirut um 1900 mit seinen unterschiedlichen Religionen und Kulturen ist Thema von Kapitel 5. Zeitungen und Pamphlete propagierten einen bewussten Gebrauch der Zeit (Time is Money). Die individuelle Lebensführung sollte im zerfallenden Osmanischen Reich die Nation stärken und sich letztlich gegen die imperialen Ambitionen der europäischen Mächte richten. Kapitel 6 bleibt in der Levante: Zu Beginn des 20. Jh.s kam es dort zu einer heftigen Auseinandersetzung um den Kalender, genauer: um die präzise Bestimmung des Endes des Fastenmonats Ramadan. Traditionsgemäß endet der Ramadan, wenn die Sichel des Neumonds am Himmel zu erkennen ist. Die Frage war nun, ob dies auch galt, wenn der Neumond nur weit entfernt gesehen und die Beobachtung mit dem Telegrafen übermittelt wurde. Kapitel 7 schließlich thematisiert die – gescheiterten – Bemühungen um die Reform des Gregorianischen Kalenders in der ersten Hälfte des 20. Jh.s. Insbesondere im Rahmen des Völkerbundes wurde in den 1920er und 1930er Jahren die Einführung eines weltweit einheitlichen und regelmäßigen Kalenders diskutiert.

Das große Verdienst dieser Arbeit ist der Fokus auf außereuropäische Gebiete. Im Falle der britischen und deutschen Kolonien (französische Kolonien spielen kaum eine Rolle) sind die Quellen in den einschlägigen Archiven naheliegend. Ganz anders präsentiert sich die Situation für die Kapitel zur islamischen Welt, für die die Autorin umfangreiche arabische Quellen ausgewertet hat. Obschon in diesem Buch der Begriff „Zeit“ Unterschiedliches bezeichnet (z. B. Tageseinteilung, Stundenzählung, soziale Zeit, Kalender, Zeitgebrauch), fehlt eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Begriff. Auf den ersten Blick scheinen die unterschiedlichen Kapitel über Einheits- und Zonenzeiten, Sommerzeit, Zeitgebrauch und Kalender disparat. Allen gemeinsam ist aber der Gedanke, dass Vernetzung und Globalisierung zu Konflikten sowie nationalen Tendenzen und nicht in direkter Folge zu Vereinheitlichung führten; diese war vielmehr das Resultat imperialer europäischer Durchsetzung. Insbesondere dank seiner Breite und seiner globalen Perspektive setzt das Buch von Vanessa Ogle einen Maßstab im Bereich der Geschichte der Vereinheitlichung und Globalisierung.

JAKOB MESSERLI

Bern

VSWG 104, 2017/2, 270–272

Niels Petersen

### **Die Stadt vor den Toren. Lüneburg und sein Umland im Spätmittelalter**

(Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 280). Wallstein, Göttingen 2015, 550 S. (32 Abb., 8 Karten, 3 Kartenbeil.), 44,00 €.

Bekanntlich hat die historische Stadt-Umland-Forschung schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen, dass das Phänomen ‚Stadt‘ in keiner Hinsicht als ein Isolat auf einer räumlichen tabula rasa aufgefasst werden darf, sondern in ihren Lebensäußerungen und Existenzbedingungen nur in den vielfältigen Wechselbeziehungen mit dem umgebenden Land erklärt werden kann. Der Verf. der vorliegenden Göttinger Dissertation blickt aus der Stadt Lüneburg, wegen ihrer wirtschaftli-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

chen Bedeutung als Salzmetropole schon im Spätmittelalter und seiner schier demographischen Größe in der ersten Reihe der deutschen Städte ein lohnendes Untersuchungsobjekt, über deren Mauern auf das Land, um die städtischen Aktivitäten zu erfassen, die den ineinander verschränkten ökonomischen und herrschaftlichen Interessen dienten. Grundsätzlich unterschied sich Lüneburg darin nicht von anderen sog. autonomen niederdeutschen, in der Regel Hansestädten, die einen gleichsam reichsstadtähnlichen Status erreichten, aber im Zuge der Formierung des frühmodernen Staates seit Beginn der Neuzeit wieder stärker in den Territorialstaat, hier den welfischen, eingebunden wurden. Methodisch gewinnt Petersen Kriterien und sachliche Gesichtspunkte seiner raumorientierten Untersuchung, vermittelt und orientiert insbesondere am Vorbild von Rolf Kießling, der zweifellos in den letzten Jahrzehnten die differenziertesten Stadt-Umland-Forschungen im ostschwäbischen Raum durchgeführt hat. Hingegen ähneln die Ausführungen des Verf. zu den Vätern der Zentralitätsforschung von Thünen und Christaller sowie weiteren in der historischen Raumforschung begegnenden Namen einer Pflichtübung, die dann in der Durchführung der Untersuchung und der Bewertung der Befunde weiter keinen Niederschlag zeitigte oder zu einer Kritik oder allfälligen Justierung der Ansätze führte. Freilich scheint dies auch nicht Anliegen der Arbeit gewesen zu sein, sonst wäre etwa eine Auseinandersetzung mit dem lediglich im Literaturverzeichnis genannten Titel von Ingomar Bog mit dessen „funktionalen Stadt-Land-Beziehungen“ erfolgt. Indes werden solche Fragen implizit angesprochen und behandelt, wenn Petersen seine aus den Archiven erarbeitete ungeheure Materialfülle in Gruppen von Sinnzusammenhängen ordnet, detailreich darstellt, interpretiert und bewertet. So öffnen sich unterschiedliche, in der Zusammenschau sich ergänzende und komplementäre Perspektiven der historischen Wirklichkeit und der funktionalen Bedeutung des Lüneburg umgebenden Stadtraums, der sich als integrierendes Element des Gesamtorganismus Stadt erweist und für deren herrschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung die wesentliche Vorsetzung bildet. Deshalb wird verständlich, warum das Stadtregentum politisch alles daran setzte, dieses von Petersen so bezeichnete „Anspruchsgebiet“ auszubauen und zu erhalten, darin allerdings in der zweiten Hälfte des 16. Jh. seitens der Landesherrschaft dauerhaft gebremst wurde (Kap. 5). Solche Reibereien brachten als Quelle eine Folge kolorierter Gebietskarten hervor, an denen sich sowohl der herrschaftliche Abgrenzungs- und Klärungsprozess (Kap. 6) als schließlich auch räumliche Gestalt und Grenzen des verdichteten Lüneburger Stadtraums ablesen lassen (Schlusskap. 7). Dieser wurde durch komplexe Faktoren konstituiert, die der Verf. in den vorangehenden Großkapiteln herausarbeitet: Am Anfang steht die Bestandsaufnahme der Institutionen und Personengruppen, die den fraglichen Raum besetzten und im Verhältnis zur Stadt für seine herrschaftliche und wirtschaftliche Struktur prägend und relevant waren: die Klöster und der Adel (Kap. 2). Das städtische Bauwesen auf dem Land, das in der Arbeit einen Schwerpunkt bildet (Kap. 3), zeigt zum einen, welche Objekte eine städtische Bauregie notwendig machten – z. B. Klöster, Burgen in Pfandbesitz –, und gibt zum andern Einblicke in die dazu notwendige Bauorganisation und Finanzverwaltung, aber auch in die Vernetzung zwischen Stadt und Land durch die Beschaffung der Baumaterialien Ziegelsteine, Kalk und Holz. Damit überschneidet sich teilweise das Kapitel, das die Infrastruktur des städtischen Versorgungs- und Nutzungsraums näher betrachtet. Dessen wesentliche Elemente sind die Agrarproduktion zur Versorgung der städtischen Bevölkerung sowie die Entsorgung des bei Verbrauch und Gewerbetätigkeit entstehenden Abfalls, weiterhin die Nutzung als Sakralraum durch Wallfahrten und Prozessionen, die Einrichtung einer vorstädtischen Sicherheitszone durch die Schaffung einer Landwehr und schließlich Ausbau und



Unterhalt der für den Salzexport und die Zufuhr von Lebensmitteln, Bau- und Brennholz höchst wichtigen Straßen und Wasserwege (Kap. 4.3.). Gewissermaßen Voraussetzung für diese nie ohne Konflikte mit benachbarten Konkurrenten verlaufenden Aktivitäten war letztlich die Verfügung über Herrschaftsrechte im Raum, nämlich Rechtstitel, Besitz- und Eigentumsrechte von Klöstern und Spitälern, Bürgerfamilien und der Stadt selbst. Aufgrund mannigfacher wirtschaftlicher Vernetzung, rechtlicher und fiskalischer Abhängigkeiten ergab sich ein Konglomerat, das bei aller Inhomogenität als städtischer Besitzraum angesprochen werden kann (4.2.).

Eine Besprechung kann keinesfalls ein derart voluminöses Buch in allen interessanten Details und der Tiefe der quellenmäßigen Durchdringung hinreichend würdigen. Zumal der Verf. ständig bemüht ist, Vergleiche mit den Verhältnissen in anderen Städten herzustellen, ist ein Werk entstanden, das über den speziellen Fall hinaus die allgemeine Stadtgeschichte bereichert und manche Anregung birgt, den aufgeworfenen Fragen auch andernorts intensiver nachzugehen.

FRANK GÖTTMANN  
Paderborn

VSWG 104, 2017/2, 272–273

Daive Rodogno / Bernhard Struck / Jakob Vogel (Hg.)  
**Shaping the Transnational Sphere. Experts, Networks and Issues from the 1840s to the 1930s**  
(Contemporary European History 14), Berghahn, Oxford, 2015, 305 S., 120,00 €.

Das Aufkommen von Experten im modernen Sinne und die historische Rolle dieser neuartigen Formation haben in den vergangenen Jahren viel Aufmerksamkeit gefunden. Dabei wurde in der Regel auch herausgestellt, dass die modernen Experten sich bereits seit Mitte des 19. Jh.s international zu organisieren begannen und dass internationale Vernetzung sogar ein kritisches Merkmal für die Zuerkennung des Expertenstatus wurde. Obwohl dieser Befund Studien in europäischer Perspektive geradezu herausfordert – die internationalen Expertennetzwerke und -vereinigungen waren vorrangig europäisch –, sind diese bisher selten. Der vorliegende Band bringt europäische Beispiele internationaler Expertennetzwerke zusammen und nimmt die historische Logik und Entwicklung einer ‚transnational sphere‘ in den Blick. Hierbei geht es nicht notwendigerweise um konkrete Orte, sondern um Räume, in denen unter spezifischen Bedingungen Austausch über nationale Grenzen hinweg möglich war. In diesen Räumen konnten die ‚epistemic communities‘ der Experten geformt und nicht zuletzt durch die transnationale Dynamik gesellschaftlicher Wandel befördert werden.

Der Band ist sinnvoll um drei thematische Achsen – Akteure, Netzwerke und „Gegenstände sozialer Reform“ – organisiert, die notwendigerweise manche Überlappungen aufweisen. Die Fallstudien reichen von Rom als „nerve centre of Catholic ‚circulatory‘ regimes“ (Vincent Viaene), über von Stéphane Frioux behandelte transnationale Netzwerke französischer Experten des städtischen Sanitärwesens bis zu Arbeitsplatzunfällen als Anlass und Verhandlungsgegenstand transnational vernetzter und vergleichender Experten des entstehenden Sozialstaates (Julia Moses) und,

wiederum zentriert um eine soziale Problematik, der Expertise zur Kinderhilfe im Völkerbund (Dominique Marshall) im ersten Teil des Bandes. Vor allem der Beitrag von Frioux zeigt, dass der Austausch gerade dann eine transnationale Dimension annahm, wenn es um neue und komplizierte Fragen ging – wie etwa die Müllentsorgung in modernen Städten.

Im zweiten Teil, mit dem Fokus auf Netzwerken, finden sich Beiträge von Chris Leonards und Nico Randeraad zu internationalen Netzwerken des sozialen Reformdiskurses, Christian Müller zu frühen Versuchen europäischer Rechtsvereinheitlichung, Tobias Brinkmann zu jüdischen Unterstützungsvereinen in internationaler Perspektive und transatlantischen philanthropischen Netzwerken (Katharina Rietzler). Der dritte Teil fokussiert kritische Themen des internationalen Reformdiskurses, wie im Beitrag von Martina Henze zur Gefängnisreformbewegung, Damiano Matasci zu internationale Bildungskongressen, Sandrine Kott zur Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und Davide Rodogno et al. zum Wirken vor allem amerikanischer Wohltätigkeitsorganisationen im Polen der Zwischenkriegszeit.

Die Beiträge des Bandes belegen für verschiedene Beispiele die Wechselwirkung von Nationalisierung und Internationalisierung. Als entscheidende Veränderung erweist sich für viele der Aufstieg des Staates als Expertenhandeln ermöglichender und begrenzender Akteur. Staatslegitimität und Expertenhandeln verbanden sich im Laufe des 19. Jh.s immer stärker. Mehrere Beiträge zeigen zudem, wie Medien und Öffentlichkeit den Rahmen boten für das, was international auf die Agenda gesetzt werden konnte, und wie stark dies von den analysierten Experten reflektiert wurde (vor allem von Leonards, Randeraad und Brinkmann). Als gemeinsamer Nenner der Experten sticht deren Ideal des wissenschaftlichen Fortschritts hervor, der Glaube an die Überlegenheit wissenschaftsbasierter Ansätze ist bei fast allen analysierten Expertengruppen zu finden.

Die Herausgeber und Beiträger haben ein Auge für ambivalente Entwicklungen und idealisieren das sich oft idealistisch gebende Expertenhandeln nicht bzw. zeigen deutlich die oft begrenzte Durchschlagskraft internationaler Vereinigungen. Etwas mehr Aufmerksamkeit hätten die inner-europäischen Asymmetrien im Expertenaustausch verdient. Generell ist der Band aber äußerst gelungen und hat aufgrund seiner klaren Konzeption und der sorgfältig ausgewählten und verfassten Beiträge weit mehr den Charakter eines zukünftigen Referenzwerkes denn eines Sammelbandes.

MARTIN KOHLRAUSCH  
Leuven

VSWG 104, 2017/2, 273–275

Falko Schnicke

**Die männliche Disziplin. Zur Vergeschlechtlichung der deutschen Geschichtswissenschaft 1780–1900**

Wallstein, Göttingen 2015, 636 S., (4 Abb.), 49,90 €.

In dieser umfangreichen Dissertation fokussiert der Verfasser das Zentrum moderner Geschichtswissenschaft, die Entwicklungen in der Historiographie und Geschichtsforschung des 19. Jh.s um Ranke, Mommsen und Droysen, aus geschlechtergeschichtlicher Sicht. Ausgehend von der bereits schon län-

ger von der Frauen- und Geschlechtergeschichte formulierten These, „dass die deutsche Geschichtswissenschaft als männliche Disziplin etabliert worden sei“, versucht Schnicke, wie er einleitend festhält, weniger das „Ob“ und „Warum“, sondern v. a. das „Wie“ dieser Entwicklung aufzuzeigen, „die Art u. Weise ihrer konkreten historischen Realisierung und Aufrechterhaltung. Nicht das Geschichtsbild des späten 18. und 19. Jh.s wird also fokussiert, sondern der Arbeitsprozess, der zu ihm führte.“ (S. 13)

Dabei, so Schnicke, gehe es ihm weniger um den Hinweis auf die ausschließlich männlichen Fachvertreter, sondern vor allem um institutionelle, symbolische und inhaltliche Dimensionen der neuen Wissenschaft von der Vergangenheit. Denn die „disziplinäre Vermännlichung“ reiche erheblich weiter, nämlich „vom Grundverständnis historischer Forschung bis in einzelne Arbeitsschritte hinein“ – ein wissenschaftliches Grundverständnis und eine Forschungspraxis also, die sich laut Schnicke als „Vergeschlechtlichungen, Sexualisierungen und Verkörperlichungen“ der Gegenstände der Forschung wie v. a. auch der Handlungsweisen und des Selbstverständnisses der Forschenden beschreiben ließen.

In fünf Kapiteln mit 567 Seiten entfaltet Schnicke ein breites, jedoch durchaus systematisch aufeinander bezogenes Panorama vergeschlechtlichter Wissenspraktiken, ausgehend von der anthropologischen Grundlegung und Rahmung (human-)wissenschaftlicher Deutungsschemata seit der Aufklärung, (vgl. Kap. 2: „Definition wissenschaftlicher Körper“) über ihre konzeptionelle Grundlegung (Kap. 3: „Wissenschaft als Arbeit“) und ihre Methodik, die Schnicke in Kapitel vier als „Instrumente disziplinärer Männlichkeit“ beschreibt, bis zu den entstehenden Institutionen akademischer historischer Forschung, vor allem das „Historische Seminar“, das Schnicke im fünften Kapitel („Institutionen: Disziplin aus Körpern“) letztlich als „Instrument männlicher Selbstreproduktion“ deutet. Dabei stehen die vier Kapitel in engem Zusammenhang – nicht nur, weil sie vielfach aus denselben Quellenbeständen schöpfen, sondern auch, weil sich die vier „Dimensionen“ der Untersuchung nicht einfach als vier Ebenen oder Bereiche fassen lassen, sondern, wie Schnicke zurecht bemerkt, aus analytischen Gründen letztlich getrennt vorgetragen wurden, sachlich (und vor allem in der Person der jeweils untersuchten Historiker) aber eng zusammenhängen.

Auf der Grundlage von disziplinären Selbstbeschreibungen und Historikerportraits spannt Schnicke darüber hinaus einen Bogen von den Anfängen der Professionalisierung des Fachs am Ende des 18. bis zum Ende des 19. Jh.s., als die deutsche Geschichtsforschung nicht nur als universitäres Fach breit etabliert war, sondern auch als international führend gelten konnte. Die Arbeit ist insofern also nicht nur analytisch breit aufgestellt, sondern versucht auch, einen komplexen Entwicklungsprozess in großer zeitlicher Breite zu fassen, was dem Anliegen, dem „Wie“ des Vergeschlechtlichungsprozesses auf die Spur zu kommen, bisweilen sehr entgegenkommt, bisweilen bei der Leserin jedoch auch zu Verwirrung führen kann.

In den elf Thesen, mit denen Schnicke seine intensive und breit angelegte, höchst innovative und engagierte Forschungsarbeit resümiert, bringt er (in Kap. 6) dankenswerter Weise nochmals die wichtigsten Ergebnisse auf den Punkt, geht aber in mancher Hinsicht noch über die bis dahin präsentierten Ergebnisse hinaus: Die Thesen sollen, so Schnicke, gleichzeitig „allgemeiner und selektiver“ sein als die Zusammenfassungen der einzelnen Analyseschritte in den vorangegangenen Kapiteln.

Dass die Fragestellung des Buchs zentrale Bedeutung für die (Geschichte der) Geschichtswissenschaft (nicht nur in Deutschland) hat, steht außer Frage. Die Kernthese, das macht der Verfasser mehrfach deutlich, ist als solche kein völliges Neuland; ihre konkrete wissenschaftliche Bearbeitung dagegen war bislang eine Forschungslücke, die Schnicke dank seiner überzeugenden Studie

bestens schließen kann. Auch wenn sein wissenschaftliches Programm in den einzelnen Teilkapiteln für manchen etwas ungewohnt, ja bisweilen sogar provokant erscheinen mag, entspricht es ohne Frage den methodischen Überlegungen einer – auch geschlechtergeschichtlich motivierten – neuen (Natur-)Wissenschaftsforschung. So ist aus meiner Sicht diese Studie insgesamt eine erfreuliche Verifikation zentraler (Hypo-)Thesen und Vorüberlegungen aus der geschlechterhistorischen Forschung, der eine breite Rezeption im Fach zu wünschen ist!

CLAUDIA OPITZ-BELAKHAL

Basel

VSWG 104, 2017/2, 275–276

Frank Uekötter

**Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte**

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 294 S. (16 Abb.), 29,99 €.

Den Begriff „Erfolgsgeschichte“ meiden Historikerinnen und Historiker mit einem kritischen Selbstverständnis. Zu sehr haften ihm linear-teleologischer Fortschrittsoptimismus oder gar distanzlose Lobpreisung an, wie sie in wirtschaftsnahen Festschriften und politischen Verlautbarungen des Öfteren zu finden sind. Wer eine „Erfolgsgeschichte“ erzählt, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, mögliche Schattenseiten zu übersehen oder – schlimmer noch – bewusst zu verschweigen.

Frank Uekötter ist sich dieser begrifflich-semanticen Problematik bei der Entscheidung für den Untertitel seines Buches bewusst. Umso bemerkenswerter vertritt er die unmissverständliche These, bei der Umweltgeschichte Deutschlands handle es sich grosso modo um eine Erfolgsgeschichte, trotz aller Fehlentwicklungen, aller ungelösten und offenen Öko-Baustellen – eine zwiespältige Erfolgsgeschichte eben.

Um diese Einschätzung zu begründen, lädt der Autor seine Leserschaft zu einer gleichermaßen unterhaltsamen wie erhellenden *tour d'horizon* durch die deutsche Umweltgeschichte ein. Sie setzt mit dem Deutschen Kaiserreich ein, dem Uekötter die Qualität einer umwelthistorischen Wendezeit beimisst. Deren wesentliche Charakterzüge erkennt er in der Vielfalt einschlägiger Leitmotive und daraus abzuleitender Verbandsgründungen, in einer umweltpolitisch proaktiven Verwaltung auf kommunaler, Landes- und Reichsebene sowie in der frühzeitig einsetzenden Verwissenschaftlichung ökologischer Diskurse. Die wechselvollen Jahrzehnte vom Beginn des Ersten Weltkriegs über die Weimarer Republik, Weltwirtschaftskrise und NS-Diktatur bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erscheinen Uekötter zufolge nicht nur aus allgemeinhistorischer, sondern auch aus umwelthistorischer Perspektive dezidiert als Krisendekaden. Sein Urteil gründet einerseits auf den eingeschränkten Handlungsspielräumen in Sachen Umweltschutz und -politik, andererseits auf der politischen Anfälligkeit ökologischer Protagonisten für nationalsozialistische Blut- und Bodenideologeme. Das sogenannte „Wirtschaftswunder“, präziser: der konjunkturelle Nachkriegsboom bis 1973, offenbarte laut Einschätzung des Autors eine überraschende ökologisch-gesellschaftliche Ambivalenz, die sich in verbreiteten Umweltprotesten gegen lokale Landschaftseingriffe nieder-

schlug. Gelungen lesen sich die Ausführungen zur aufkommenden Umweltdebatte während der sozialliberalen Koalition. Deren Ursachen sieht der Autor keineswegs in einer sich zuspitzenden Gefährdungslage, sondern in Anlehnung an Ronald Ingleharts Konzept des Post-Materialismus in einem sich ändernden Umweltbewusstsein.

Uekötter unternimmt diese *tour d'horizon* mit profundem Sachkenntnis und erfrischender Erzählkunst. Viele Aspekte sind aus etlichen seiner früheren Veröffentlichungen bekannt, etwa aus dem Buch „Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert“ (2011) und „The Greenest Nation? A New History of German Environmentalism“ (2014). Dennoch bietet die vorliegende Monographie mehr als einen Aufguss früher publizierter Einsichten. Vor allem das an Pierre Bourdieu angelehnte Konzept der Handlungsfelder hilft, umwelthistorische Trends und Konfliktsituationen präziser zu analysieren.

Die Kehrseite von Uekötters erkennbarer Freude an zugespitzten Thesen und prägnanten Formulierungen zeigt sich in seinem Hang zur problematischen Begriffswahl. So gewinnt der für sich genommen schon fragwürdige Terminus „Raubtierkapitalismus“ keineswegs dadurch an analytischer Schärfe, dass er auf ein dezidiert nicht-kapitalistisches Ordnungsmodell bezogen wird. Uekötters Absicht, die analoge, weil ausbeuterische und profitorientierte, Handlungslogik zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftspraxis im Umgang mit Umweltgütern aufzuzeigen, ist zwar verständlich, sie hätte aber eine angemessenere sprachliche Fassung verdient. Das gilt auch für den vermeintlich bundesdeutschen „Sonderweg“ in Sachen Umweltpolitik während der 1980er Jahre. Der Autor vermag nicht hinreichend herauszuarbeiten, worin das Besondere dieses Entwicklungspfad bestand und wie im Umkehrschluss ein ökopoltischer „Normalweg“ zu konstruieren wäre. Die Vertreter und Kritiker der klassischen „Sonderwegthese“ kennen dieses Argumentationsmuster – und eigentlich muss man nicht zweimal in dieselbe Falle tappen.

Fazit: Frank Uekötter legt eine umwelthistorische Überblicksdarstellung vor, die großen Lese-genuss bereitet. Zudem finden sich pointierte – manche würden sagen: steile – Thesen, wie man sie vom Autor seit langem kennt, schätzt, kritisiert – aber auf jeden Fall diskutiert. Ein größeres Lob kann man eigentlich kaum zollen.

PETER E. FÄSSLER

Paderborn

VSWG 104, 2017/2, 276–277

Max Weber

### **Wirtschaft und Gesellschaft. Gesamtregister**

Bearb. von Edith Hanke und Christoph Morlock. (Max Weber Gesamtausgabe I/25).  
Mohr Siebeck, Tübingen 2015, XXIV, 479 S. (+ CD-ROM), 199,00 €.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als sei dieser Band der Max Weber Gesamtausgabe (MWG) überflüssig. Schließlich verfügt jeder der sechs Teilbände von ‚Wirtschaft und Gesellschaft‘ (WuG), die von 1995 bis 2013 erschienen (MWG I/22,1–5 und I/23), über ein Register, ebenso die sechs Bän-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries  
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming  
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

de der preiswerten WuG-Paperback-Kassette in der Max Weber Studienausgabe (MWS), die der Verlag im Weberjahr 2014 herausbrachte. Natürlich mag man zum Abschluss eines so schwierigen editorischen Unternehmens wie der (lang ersehnten) historisch-kritischen Textkonstitution von WuG den dafür Verantwortlichen auch ein zusätzliches Gesamtregister zugestehen wollen. Aber gibt es dafür auch einen sachlich plausiblen Grund? – Doch, den gibt es, und dieser Grund könnte zwingender kaum sein, liegt er doch im Text von WuG selbst, genauer gesagt: in der ‚verrückten‘ Gestalt, die diesem Text im Laufe der Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte zugewachsen ist. Streng genommen gibt es nämlich ‚den‘ Text von WuG ebenso wenig wie WuG als in sich geschlossenes Werk. Überliefert sind vielmehr mehrere Textschichten, von denen nur die letzte (entstanden 1919/20) von Weber selbst in den Druck gegeben wurde (1920), während die früheren (entstanden 1909–12, 1912–14) in unterschiedliche Teile zerfallen, die in seinem Nachlass auf uns gekommenen sind. Daraus erklärt sich die Aufteilung von WuG in der MWG auf zwei Bände (I/22 und I/23), entsprechend dem editorischen Grundsatz, die Texte in der Reihenfolge anzuordnen, in der sie (nach heutiger Kenntnis) entstanden sind (die Einzelheiten sind dabei so kompliziert, dass ein zusätzlicher Band erstellt wurde, der die Entstehung von WuG dokumentiert: MWG I/24). *Rezipiert* dagegen wurde WuG bekanntlich schon viel früher, und zwar in Gestalt der zunächst von Marianne Weber (1921/22) und später in der von Johannes Winkelmann bearbeiteten Ausgabe (1956; revidiert 1972). Beide erweckten den Anschein, als habe man die von Weber hinterlassenen Text(teile) zu einem kompakten Werk zusammenfügen können. Wir wissen zwar heute, dass dieses ‚Werk‘ eine posthume Rekonstruktion ist – das ändert aber nichts daran, dass WuG bis zum Ende des 20. Jhs genau in dieser Weise als Webers überragendes Hauptwerk wahrgenommen wurde (auch wenn immer bekannt war, dass es sich im Kern um einen Torso handelt). Da im Grunde die gesamte bisherige Literatur zu Weber im Allgemeinen und zu WuG im Besonderen von dieser Vorstellung eines monumentalen Gesamttextes ausgegangen ist (und zwar weltweit, denn auch die große englische Ausgabe von Guenther Roth und Claus Wittich von 1968 fußt auf dem Text von Winkelmann), ist es für die weitere Forschung nur zu begrüßen, wenn in der MWG im Anschluss an die Register der Teilbände nun auch ein Gesamtregister vorlegt. Denn dadurch wird der kritische Rückbezug auf die ältere Forschung künftig viel einfacher, weil man, um über die Stichwortsuche eine bestimmte Textstelle in WuG zu finden, nicht erst die Register aller sechs WuG-Teilbände durchsehen muss. Vielmehr hat man hier sogleich den gesamten Text im Blick und kann punktgenau in die Teilbände gehen. Im Übrigen verdient die Ausführlichkeit und Genauigkeit des Unternehmens höchstes Lob (wie könnte es bei der MWG anders sein?). Ich habe die Stichworte im Sachregister zwar nicht durchgezählt, komme aber überschlagsmäßig einschl. Unterpunkten auf etwa 10.000 (ohne Querverweise). Besonders hilfreich ist, dass auch stehende Wendungen erfasst sind, z. B. „Bleibe in deinem Beruf“ (unter ‚Beruf‘), oder „Wer nicht arbeitet, soll (auch) nicht essen“ (als eigenes Lemma).

THOMAS SOKOLL

Hagen





## B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 104, 2017/2, 278–279

Glenn Dynner / François Guesnet (Hg.)

### **Warsaw. The Jewish Metropolis. Essays in Honor of the 75<sup>th</sup> Birthday of Professor Antony Polonsky**

(IJS Studies in Judaica 15). Brill, Leiden 2015, 624 S., 130,00 €.

This book is an impressive volume, not only in its length and scope, but also in respect of its composition and cohesion – a rare occurrence with volumes that grow out of conference proceedings. The twenty-five chapters cover the timespan from the 16<sup>th</sup> century, when King Sigismund I granted Varsovians the privilege of *non tolerandis Iudeis*, to the 20<sup>th</sup> century and the expulsion of Polish Jews by the communist authorities in 1968. The individual chapters address a wide array of topics, albeit sometimes only tangentially related to Warsaw. The authors' lens at times widens to include the broader national or even transnational context (e.g. Glenn Dynner on the clothing decrees of 1845, or Kalman Weiser on the Yiddish literary scene after the fall of the Russian Empire). Other texts, for their part, zoom into a very specific period of time, personage, or location, providing case studies rich in detail (e.g. Scott Ury on Kotik's coffee house, or Karen Auerbach on the Jewish inhabitants of the house in Aleje Ujazdowskie 16 in the post-war period).

The thematic scope of the volume encompasses such topics as the rise of the early modern Jewish mercantile elite of Warsaw, the legal restrictions imposed on Jewish life in the city, Jewish communal politics, the history of Warsaw's rabbinate, Jewish press and publishing as well as the cultural, intellectual and political life under constant geo-political changes that have affected the city. A fair amount of space is also devoted to Yiddish literature, Yiddishism and Jewish nationalism (e.g. Gennady Estrakh on Kultur-Lige, Kenneth Moss on Jewish nationalism in the interwar period), Jewish historiography (e.g. Natalia Aleksion on interwar historians of Polish Jewry, Samuel Kassow on Rachel Auerbach's writings from the ghetto), as well as the Holocaust and its immediate aftermath, with texts addressing some lesser-known aspects, such as the predicament of the Orthodox leadership (Havi Dreifuss), or the post-war proceedings of the Honour Courts that tried Jewish collaborators and members of Jewish ghetto police (Gabriel Finder). The book also offers interesting insights into Polish-Jewish relations in a diachronic perspective, with noteworthy texts on Poles and Jews in WWI Warsaw (Robert Blobaum) or the reactions to the Holocaust in the Polish underground press (Joshua Zimmerman).

Perhaps unavoidably, there are some overlaps and repetitions throughout the volume but the sequences the chapters have been ordered in and the fact that some protagonists reappear in multiple texts makes the overall narrative cohesive, creating a sense of continuity as we proceed through this panorama of Jewish life in Warsaw over the centuries.

The volume could surely profit from a more interdisciplinary perspective, as nearly all of its contributors are historians. The most conspicuous weakness of the book is, however, the virtual absence of women as protagonists of this urban history. Warsaw here emerges as a city populated exclusively by men, as male merchants, rabbis, writers and publishers are its main characters. Exceptional in this respect is Kassow's chapter on Rachel Auerbach, which, at last, on page 496, introduc-

es the voice of a Jewish woman; however, the focus of the article is not the female experience, but rather Auerbach as a public figure. Consequently, the only window to the life of Jewish women in Warsaw is provided by Joanna Michlic's chapter on the rescuers of Jews during the Holocaust. Analyzing their motivations, Michlic reconstructs the everyday life of Jews in hiding and their helpers (many of whom were women), giving some space to the female experience of the war and addressing such taboo issues as sexual violence against women.

The decision to end the narrative of the Jewish Warsaw in the year 1968 is, likewise, disappointing, as it creates the impression that Jewish life in the city came to an end with the last massive Jewish emigration wave. The post-1989 revival of Jewish life and the rising interest in Jewish heritage over the last decades, with the establishment of the Warsaw Jewish Festival and the opening of the POLIN Museum of the History of Polish Jews would definitely deserve to have been included in this story.

Despite these omissions, the book provides a good companion to the history of Jewish life in Warsaw, bringing together excellent research from the leading scholars in the field and providing a comprehensive overview of the most important milestones in the city's (Jewish) history. This rich and sizeable volume will be of interest both to experts on Jewish history and urban studies and will be a great addition to university syllabi of Polish history, too.

MAGDALENA WALIGORSKA  
Bremen

VSWG 104, 2017/2, 279–280

Joachim Eibach / Inken Schmidt-Voges (Hg.)  
**Das Haus in der Geschichte Europas. Ein Handbuch**  
de Gruyter Oldenbourg, Berlin 2015, 783 S. (28 Abb.), 79,95 €.

In den letzten etwa zehn bis 15 Jahren hat die Beschäftigung mit dem Thema „Haus“ in den historisch orientierten Wissenschaften deutlich zugenommen. Einen maßgeblichen Anteil daran besitzt der Arbeitskreis „Das Haus im Kontext. Kommunikation und Lebenswelt“. Er führt seit seiner Gründung im Jahre 2008 jährliche Tagungen durch, die die inhaltliche und konzeptionelle Basis für das vorliegende Handbuch geboten haben. Ein wesentliches Anliegen des Werkes, das neben den beiden Herausgebern Joachim Eibach und Inken Schmidt-Voges auch von Simone Derix, Philip Hahn, Elizabeth Harding, Margareth Lanzinger sowie Roman Bonderer (als verantwortlicher Redakteur) verantwortet wird, ist die Überwindung der traditionellen, weit verbreiteten Vorstellung, das Haus sei ausschließlich ein Thema für die vormoderne Forschung. Dementsprechend enthält der Band auch zahlreiche Beiträge, die sich mit der Geschichte des Hauses nach der Epochengrenze um 1800 beschäftigen. Darüber hinaus will die Publikation die wichtigsten neueren Ansätze und Ergebnisse der Hausforschung zusammenführen und das Forschungsfeld transepochal und interdisziplinär ausleuchten.

Das Handbuch, das sich an Forschende, Studierende und ein allgemein interessiertes Publi-

kum wendet, wird nach je einem kurzen Vorwort und einem Geleitwort (von David Sabeau) durch zwei einführende Beiträge der beiden Herausgeber eröffnet. Es folgen 37 Einzelbeiträge, die sich auf sechs, jeweils mit einer kurzen thematischen Einführung ausgestattete Themenbereiche verteilen. Den Anfang macht der Abschnitt „Hausforschung in den europäischen Geschichtswissenschaften“. Vertreten sind Beiträge zu Deutschland, Frankreich, England, Italien, Schweden und den Niederlanden. Hier werden die wesentlichen Ansätze, Themen, Methoden und Forschungskontexte aus der Sicht einzelner Nationalhistoriographien vorgestellt. Darüber hinaus ist erfreulicherweise auch Osteuropa durch zumindest einen Artikel (von Alice Velková über die Forschungen zum Haus in der Tschechischen Republik) berücksichtigt. Die Aufsätze des zweiten Themenbereichs beschäftigen sich in chronologischer Ordnung mit „Materialität“ und „Wohnkultur“, der dritte hat „soziale und ökonomische Konstellationen“ zum Gegenstand. Die weiteren Teile des Handbuchs widmen sich den Schwerpunkten „Interaktion und soziale Umwelt“, „Haus und Zugehörigkeit“ sowie „Wissensordnung und Ordnungswissen“. Hier findet bspw. auch die griechisch-römische Antike Aufmerksamkeit. Zusätzlich bieten alle Themenbereiche jeweils zum Schluss einen Überblick über die jeweils wichtigste Literatur, wodurch eine gute Basis für weiterführende Forschungen gelegt wird. Abgerundet wird der in sehr ansprechender Aufmachung erscheinende Band durch ein Personen- und ein Ortsregister.

Obwohl die 37 Autorinnen und Autoren aus elf Ländern stammen und zum Teil ganz unterschiedlichen Fächerkulturen angehören, vermittelt das Handbuch insgesamt einen erfreulich homogenen Eindruck. Die einzelnen Beiträge, die jeweils in deutscher Sprache erscheinen, folgen bei aller Individualität spürbar einer einheitlichen Konzeption. Das Haus wird in seiner ganzen Vielschichtigkeit vorgestellt. Wohnen und Arbeiten, die Zusammensetzung der Bewohnerschaft und die Gestaltung der sozialen Beziehungen, aber auch die rechtlich-institutionelle Verankerung des Hauses im Gemeinwesen sind übergreifende Bezugspunkte vieler Artikel. Es wird dabei auch deutlich, dass die lange Zeit vorherrschende Dominanz normativ-institutioneller Betrachtungsweisen vorbei ist und sich das Forschungsinteresse zunehmend in Richtung einer Beschäftigung mit den Akteuren und ihren Praktiken verändert hat. Auch das Spektrum der herangezogenen Quellen ist sehr viel weiter geworden – stützte sich die ältere Forschung zum „Ganzen Haus“ der Vormoderne doch noch überwiegend auf die so genannte Hausväterliteratur. Insgesamt liegt hier ein überaus empfehlenswerter Band vor, der den aktuellen Stand der Forschungsdiskussion sehr gut zusammenführt und gleichzeitig Perspektiven für zukünftige Fragestellungen aufzeigt. Ein über Europa hinaus reichender Vergleich wäre dabei sicher auch eine interessante Perspektive.

STEFAN KROLL

Rostock



VSWG 104, 2017/2, 281–282

Claudia Flümman

**„... doch nicht bei uns in Krefeld!“ Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933 bis 1963**

(Krefelder Studien 15). Klartext, Essen 2015, 662 S. (141 Abb., 5 Tab.), 29,95 €.

Lange hat die historische Forschung „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ getrennt voneinander betrachtet. Erst in jüngster Zeit nehmen immer mehr Studien beide Prozesse in den Blick. Dies bietet sich schon aufgrund der Quellenlage an, schließlich ist Archivmaterial zur wirtschaftlichen Existenzvernichtung der Juden aus der NS-Zeit oft gar nicht oder nur lückenhaft überliefert, sodass Historiker, die sich mit „Arisierung“ befassen, ohnehin auf Wiedergutmachungsakten zurückgreifen müssen. Einen weiten Bogen über die Zäsur des Kriegsendes hinweg, von 1933 bis 1963, schlägt nun auch Claudia Flümman. In der niederrheinischen Samt- und Seidenstadt Krefeld lebten 1933 etwa 1.600 Juden. Mindestens 200 von ihnen waren gewerblich selbstständig, viele im Seiden(waren)handel und der Krawattenfabrikation. Wie überall im Deutschen Reich wurden auch in Krefeld die Juden aus der Wirtschaft verdrängt und finanziell ausgeplündert. „Die Rekonstruktion der ökonomischen Verfolgung der Krefelder Juden in und aus der Krefelder Gesellschaft heraus“ (S. 14) steht im Zentrum der Studie. Weil sich das NS-Regime bis Ende der 1930er Jahre mit entsprechenden Maßnahmen auf Reichsebene weitgehend zurückhielt und sich „Arisierung“ daher von Stadt zu Stadt unterschied, ist eine solche Regionalstudie bedeutsam, um unser Wissen über „Arisierung“ im Deutschen Reich zu erweitern.

Das Buch besteht aus zwei Teilen: „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“. Den ersten Teil hat die Autorin, anders als die meisten Lokalstudien, nicht chronologisch gegliedert, sondern nach Sachgebieten. Dabei versteht Flümman „Arisierung“ in einem sehr weit gefassten Sinn als wirtschaftliche Existenzvernichtung und beleuchtet sowohl die „Entjudung“ der Wirtschaft und die „Arisierung“ von Grundstücken als auch die finanzielle Ausplünderung sowie die „Verwertung der Reste“ (S. 272), also die Versteigerung des Hausrats nach der Deportation der Juden und die Beschlagnahme ihres Vermögens. Gewinnbringend ist ihre Analyse des Täternetzwerkes in einem eigenen Unterkapitel. Die Autorin untersucht Parteiinstanzen, die Kommunal- und Finanzverwaltung, aber auch die Industrie- und Handelskammer, Banken und Privatpersonen und kommt zu dem Ergebnis: „Schlüssel zum Erfolg der flächendeckenden Aneignung jüdischer Vermögenswerte durch den nationalsozialistischen Staat war vor allem die engmaschige Vernetzung und Kooperation aller Beteiligten, die erhebliche Synergie-Effekte erzeugte.“ (S. 377)

Teil zwei befasst sich mit der „Wiedergutmachung“ nach 1945, also der Soforthilfe für Überlebende unmittelbar nach dem Krieg durch die Stadt Krefeld, den Entschädigungszahlungen durch staatliche Stellen sowie der Rückerstattung von feststellbaren Vermögenswerten. Aufgrund der Quellenlage konzentriert sich Flümman auf Letztere und untersucht sowohl die Restitution aus privater Hand als auch Rückerstattungsverfahren gegen den größten Profiteur der „Arisierung“, das Deutsche Reich, vertreten durch die Oberfinanzdirektion Düsseldorf. Ihr Fazit fällt ernüchternd aus. So habe sich in Krefeld in der Nachkriegszeit das „einstige Arisierungsmilieu zu einer Abwehrfront aus unwilligen Profiteuren, uneinsichtigen Finanzbeamten, parteiischen Gutachtern, NS-belasteten Anwälten und mauernden Zeugen formiert“ (S. 565). Vor allem die Oberfinanzdi-

reaktion Düsseldorf sei nach Kräften darum bemüht gewesen, Rückerstattungsansprüche abzuwehren – unter anderem weil antisemitische Vorbehalte gegen die jüdischen Restitutionsberechtigten bei den federführenden Beamten auch nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ fortbestanden.

Flümann hat eine fundierte, gut lesbare und reich bebilderte Studie vorgelegt. Zu bedauern ist jedoch, dass sie auf eine systematische statistische Auswertung des Quellenmaterials sowohl im Arisierungs- als auch im Wiedergutmachungsteil verzichtet hat, obwohl dies aufgrund der im Vergleich mit Metropolen wie Berlin oder Hamburg überschaubaren Zahl an „arisierten“ Betrieben und Immobilien durchaus möglich gewesen wäre. Trotz dieses kleinen Mankos ist das Buch jenseits der lokalhistorischen Bedeutung ein weiterer wesentlicher Mosaikstein bei der Rekonstruktion von „Arisierung“ und „Wiedergutmachung“ in Deutschland.

CHRISTIANE FRITSCHKE

Wetzlar

VSWG 104, 2017/2, 282–283

Bernd Fuhrmann

**Rentenverkäufe der Stadt Nürnberg während des 15. und der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts**

(Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 28). Dr. Kovač, Hamburg 2016, 264 S., 96,80 €.

Bernd Fuhrmann kennt sich mit dem „öffentlichen Haushalt“ spätmittelalterlicher Städte bestens aus. Der Haushalt der Stadt Marburg war Gegenstand seiner Dissertation (1996). Speziell mit dem städtischen Kreditwesen befasste er sich erstmals 2003 in der Zeitschrift *Scripta Mercaturae*. 2007 und 2011 folgten die ersten Aufsätze zum kommunalen Kreditwesen der Stadt Nürnberg im Sammelband *Städtische Finanzwirtschaft am Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit* und in den *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg*. Die Nürnberger Überlieferung ist zwar lückenhaft, aber beachtlich (S. 18–21). Fuhrmann interessiert sich für die Beweggründe der Stadt, Kredite aufzunehmen, genauso wie für die Motive der Käufer, eine Leib- oder eine Ewigrente zu erwerben. Die Verzinsung wies noch im 15. Jh. keine einheitliche Tendenz auf. Leibrenten brachten jedoch auch in Nürnberg für den Käufer meist doppelt so hohe Erträge ein wie die Ewigrenten (S. 31–38). Bedeutend mehr Aufmerksamkeit als der Leibrente schenkt Fuhrmann der Ewigrente, wohl weil sich Paul Sander 1902 schon eingehender mit der Leibrente befasst hatte. Das Kreditvolumen (das Hauptgut) sei bei der Leibrente, deren Vorsorgecharakter ins Auge steche, aber meist bescheidener ausgefallen als bei der Ewigrente (S. 217–221). Einzelnen und in Gruppen stellt Fuhrmann all diejenigen vor, die in Nürnberg im Verlauf des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jh.s eine Ewigrente erwarben: zunächst das Nürnberger Patriziat, dann das Handwerk und schließlich die Kaufleute, die jeweils die größten Beträge zum Einsatz brachten, gefolgt von den geistlichen Einrichtungen (S. 47–167). Patriotismus sei es nicht gewesen, der die Nürnberger zum Kauf einer Stadtrente bewog. Mehrfach hebt Fuhrmann hervor, dass diese Geldanlage für den Käufer völlig risikolos war.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries

of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming  
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Gerne hätte man allerdings Genaueres darüber erfahren, welchen Platz die Renten in der privaten Wirtschaftsführung der Käufer einnahmen (etwa in Relation zum Landbesitz) und ob sich auch aus dieser Perspektive Unterschiede zwischen Patriziat, Handwerk und Kaufleute abzeichnen. Die mit privaten Sal- und Kopialbüchern reichbestückten Nürnberger Archive hätten einen solchen Zugriff ermöglicht. Eine „herausragende Stellung der ‚patrizischen‘ Familien bei dem Erwerb kommunaler Ewigrenten“ kann Fuhrmann nicht erkennen (S. 71). Beim Handwerk beobachtet er um die Mitte des 15. Jh.s einen markanten Rückgang der Rentenkäufe (S. 107). In der Frühphase der Einträge zeige sich auch „die hohe Bedeutung der Kaufleute und Geldhändler aus ‚nichtpatrizischen‘ Familien“ (S. 123). In derselben Phase seien überdies auch noch mehr auswärtige Rentenkäufer belegt als später (S. 169–215). Eine Karte wäre in diesem Fall hilfreich gewesen. Fuhrmann vergleicht, wo immer der Vergleich möglich ist, mit Basel, Bern, Köln und London. Aber er verliert sich zum Teil in lokalgeschichtlichen Exkursen zu einzelnen Käufern und Berufszweigen. Die Tabellen werden untereinander nicht in Beziehung gesetzt und sind in der gewählten Form auch nicht besonders benutzerfreundlich. Das schmälert das Verdienst der Arbeit aber nicht, die mit der Untersuchung der städtischen Finanzwirtschaft Nürnbergs eine überaus wichtige Forschungslücke schließt.

GABRIELA SIGNORI

Konstanz

VS WG 104, 2017/2, 283–284

Mark Häberlein / Michaela Schmölz-Häberlein (Hg.)

**Handel, Händler und Märkte in Bamberg. Akteure, Strukturen und Entwicklungen in einer vormodernen Residenzstadt (1300–1800)**

(Stadt und Region in der Vormoderne 3, zugleich Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg 21). Ergon, Würzburg 2015, 380 S. (6 Abb., 68 Tab.), 55,00 €.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation besaß keine Hauptstadt im klassischen Sinne, sondern zeichnete sich durch Polyzentralität aus. Neuere Forschungen haben die produktive Wirkung dieser Vielfalt und Konkurrenz der zahlreichen Zentren des Alten Reichs hervorgehoben: Es waren Orte, deren Zentralitätsfunktionen auf politischen, wirtschaftlichen, konfessionellen und kulturellen Faktoren beruhten und die eine besondere Anziehungskraft und Ausstrahlung im Reich besaßen. Sie übernahmen regionale administrative Aufgaben, fungierten als Umschlagplätze für den wirtschaftlichen Austausch und boten Bühnen für die Aushandlung von kulturellen Paradigmen.

Eines dieser Zentren war Bamberg – eine der wichtigsten geistlichen Residenzstädte des süddeutschen Raums. Dennoch hat sich die Forschung bisher nur am Rande mit der wirtschaftlichen Bedeutung und der Handelsgeschichte dieser Stadt befasst. Dabei dominiert die These des Niedergangs des Bamberger Handels im Verlauf der Frühen Neuzeit. Diese Annahme, die nicht durch Studien belegt ist, will der vorliegende Sammelband hinterfragen. In einem Einleitungsteil sowie zwölf gut lesbaren und quellenbasierten Beiträgen, in denen aus unterschiedlichen Perspektiven Handel und Wirtschaft in Residenz und Fürstbistum beleuchtet werden, gelingt es, Bamberg als



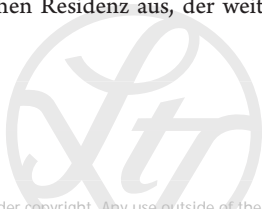
regionales Wirtschaftszentrum zu konturieren, dessen Händler sich zwischen den großen Handelszentren Nürnberg, Frankfurt am Main und Leipzig bewegten. Der Behauptung des wirtschaftlichen Niedergangs wird die überzeugende These entgegengestellt, dass nach dem Dreißigjährigen Krieg eine kommerzielle Verdichtung stattgefunden habe, die sich in einer Zunahme der einheimischen und auswärtigen Händler auf den zwei Mal jährlich in Bamberg stattfindenden Handelsmessen sowie der sukzessiven Erweiterung des Sortiments zeigt. Der fürstbischöfliche Hof und andere kirchliche Institutionen gaben dafür wichtige Impulse, auch wenn Bamberg zeitweise nur eine Nebenresidenz war. Die Frage, welche Rolle die Nachbarschaft und häufige Personalunion der beiden Stifte Bamberg und Würzburg für den Handel und die Wirtschaft spielte, bleibt leider unbeantwortet, auch wenn im lesenswerten Beitrag von Andreas Flurschütz da Cruz über die „Hof- und Armeelieferanten unter Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim (1757–1779)“ dieser Aspekt angeschnitten wird. Der Befund, dass sich „kaum handelspolitische Initiativen und Impulse seitens der fürstbischöflichen Regierung nachweisen“ (S. 20) lassen, scheint – angesichts fehlender Studien über die Wechselwirkungen von Personalunion und Handel sowie vergleichender Studien mit anderen geistlichen Territorien des Alten Reiches – deshalb verfrüht.

Weiterführend sind vor allem die Beiträge, welche die Bedeutung der Religion und Herkunft der Händler ins Zentrum rücken und auf diese Weise Verschiebungen in der Zusammensetzung dieser Gruppe sichtbar machen. Während die einheimischen katholischen Kaufleute bis Mitte des 17. Jh.s den Handel dominierten, gewannen nach dem Dreißigjährigen Krieg zunächst jüdische Händler einen starken Anteil daran. Im Verlauf des 18. Jh.s wurden sie jedoch – befördert durch die Fürstbischöfe – zunehmend durch italienische katholische Kaufleute abgelöst. Einige von ihnen ließen sich in Bamberg nieder, erwarben das Bürgerrecht und heirateten in die bürgerliche Führungsschicht ein. Typisch scheint für sie das Modell einer „doppelten Integration“ gewesen zu sein, wie insbesondere Gabi Schopf in ihrem Beitrag „Zwischen den Welten. Italienische Kaufleute in Bamberg im 17. und 18. Jahrhundert“ zeigen kann.

Hervorzuheben sind zudem die mikrogeschichtlichen Einblicke, die viele Beiträge in die Karrieren und das Berufsleben mehrerer Bamberger Händler geben. Exemplarisch stellen Markus Berger und Mark Häberlein den Kaufmann Johann Stephan Leist (1728–1800) vor, der gegen Ende des 18. Jh.s zum erfolgreichsten Bamberger Kaufmann aufstieg. Als Quelle dienen ihnen, wie auch anderen AutorInnen (Markus Berger, Michaela Schmolz-Häberlein), Anzeigen in den Bamberger Intelligenzblättern, eine Textsorte, die erst in letzter Zeit für die Konsumgeschichte entdeckt wurde. Dass auch Frauen im Bamberger Handel eine gewisse Rolle spielten, erfährt man nur am Rande. So wäre nicht nur Elisabeth Wittmann, die dem Bamberger Hof 35 Jahre als Hofeinkäuferin diente, es wert gewesen, stärker im Zentrum eines Beitrags zu stehen.

Abgesehen von diesem Desiderat zeichnet sich der Sammelband durch große Vielfalt der behandelten Aspekte aus, die die konzise Einleitung zu einem ersten stimmigen Bild der Handelsgeschichte Bambers bündelt. Er beschreitet in vielerlei Hinsicht Neuland und lotet als erster Beitrag die Handelsgeschichte einer geistlichen Residenz aus, der weitere vergleichende Studien folgen sollten.

SIEGRID WESTPHAL  
Osnabrück



VSWG 104, 2017/2, 285–287

Sigrid Hirbodian / Sheilagh Ogilvie / R. Johanna Regnath (Hg.)  
**Revolution des Fleißes, Revolution des Konsums? Leben und Wirtschaften im ländlichen Württemberg von 1650 bis 1800**  
 (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde 75). Thorbecke, Sigmaringen 2015, 196 S., 34,00 €.

Der vorliegende Band enthält die Beiträge zu einer 2012 in Stuttgart-Hohenheim abgehaltenen Tagung mit dem Ziel, Ergebnisse und Thesen der Cambrider Arbeitsgruppe um Sheilagh Ogilvie in den Kontext landesgeschichtlicher sowie allgemeiner Forschungen zur Entwicklung ländlicher Gesellschaften im frühneuzeitlichen Deutschland zu stellen bzw. landesgeschichtliche Forschungen „ins Gespräch mit überregionalen Forschungen, ja weltweit argumentierenden Thesen und Theorien zu bringen.“ (S. VIII) Die Frage nach der „Fleiß- und Konsumrevolution“ soll dabei im Vordergrund stehen.

Der Band ist in drei Sektionen gegliedert, denen jeweils ein Kommentar folgt. In der ersten Sektion geht es um die Vorstellung serieller Quellen, besonders von Inventuren und Teilungen, in der zweiten Sektion „Der Staat im Dorf“ um Herrschaft und die Rahmenbedingungen im Territorialstaat und in der dritten Sektion um „ländliche Wirtschaft und materielle Kultur“.

Es wäre wahrscheinlich zielführend gewesen, wenn man den abschließenden Beitrag von Sheilagh Ogilvie, der Thesen und Fragestellungen des Projekts ausführt, vorgezogen hätte. So erfährt man erst am Schluss der ersten Sektion (S. 52) vom Projekt „Human Well-Being and the ‚Industrious Revolution‘. Consumption, Gender and Social Capital in a German Developing Economy, 1600–1900“, wobei der vorliegende Band – das dürfte für die Diskussion der Thesen nicht ohne Belang sein – „vorläufige Ergebnisse“ für den Zeitraum 1602 bis 1740 vorstellt (S. 52).

Ogilvie zieht in ihrem Schlussbeitrag klare Linien. Sie geht von der gegenwärtigen erfolgreichen und dynamischen Wirtschaft Württembergs aus und fragt, warum diese in der Vergangenheit (1650–1800) so ineffizient gewesen sei und welche Barrieren es für eine dynamische Entwicklung gegeben habe: „Und was musste sich ändern, damit eine Gesellschaft wie die württembergische eine so offene, innovative und dynamische Wirtschaft entwickeln konnte, wie sie sie heute hat.“ (174) Zur Diskussion stehe daher die für Flandern, die Niederlande und England ins Feld geführte Revolution des Konsums und des Fleißes (Jan de Vries). Württemberg mit seiner späten Entwicklung könne daher als „Labor“ und lohnender Forschungsgegenstand fungieren, um das große Gefälle zu erklären, denn die neuere Forschung sieht in Württemberg und Deutschland eine Konsumrevolution erst nach 1750 bzw. nicht vor 1800. Darauf gibt Ogilvie eine klare Antwort: Das Verlangen der Württemberger sei durch „institutionelle Zwänge“ begrenzt worden. Das Leben und Wirtschaften sei durch „Privilegien institutionalisierter Interessengruppen“ beschränkt gewesen, und diese Privilegien hätten erst beseitigt werden müssen (S. 180). Als besondere Hindernisse für eine Revolution des Fleißes werden die Partikularinteressen der Zünfte und Gemeinden genannt. Auch eine Revolution des Einzelhandels sei behindert worden, denn der Handel mit „Zunftgütern“ sei in Württemberg den Zunftmeistern vorbehalten gewesen. Der Konsum von Marktgütern sei institutionell behindert worden: Die Elite habe ihren Einfluss genutzt, Luxus- bzw. Konsumordnungen einzuführen. Die Württemberger seien also durchaus bestrebt gewesen, an der frühmodernen

Fleiß- und Konsumrevolution teilzuhaben, doch die „institutionelle Macht festverwurzelter Interessengruppen“ habe überall Arbeit, Handel und Konsum beschränkt (S. 192). Der heutige Erfolg beruhe auf Reformen nach 1800: „Jetzt konnten sich die fundamentalen Stärken der württembergischen Gesellschaft – Fleiß, Unternehmungslust, Offenheit für neue Konsumerfahrungen – voll entfalten“ (S. 193). Als Zusammenfassung der Zwischenergebnisse wird man dieses Fazit wohl nicht lesen können.

Die Frage nach den beiden Revolutionen wird im Band immer wieder aufgenommen, daher konzentriert sich die Rezension auf die wesentlichen Beiträge. Im ersten Teil stellen Küpker, Maegraith und Ogilvie („Von Beybringen bis Verlassthum“) die Hauptquelle des Projekts und das Untersuchungsgebiet vor: die württembergischen Gemeinden Wildberg und Auingen. Die Inventuren und Teilungen bieten ein großes Analysepotenzial, da auch das Beibringen (Inventur bei der Hochzeit) erhoben wurde. Die Struktur der Datenbank wird vorgestellt; sie ermöglicht Personenbiografien bis hin zu einer Perspektive auf die Welt der Dinge: Hinter dieser gewaltigen Informationsfülle „steckt ein kaum fassbares Analysepotenzial“, das mit den Dingen der „neuen“ Konsumrevolution (Kaffeetassen, Schnupftabakdosen etc.) leider nur gestreift wird. André Holenstein unterstreicht in seinem Kommentar die Bedeutung der Quelle; man solle sie allerdings nicht nur als Datenspeicher anzapfen, denn es lohne sich auch, die damit verbundene kommunikative Praxis in den Blick zu nehmen (S. 94).

In der zweiten Sektion wird die lokale Regulierung des Konsums im frühneuzeitlichen Württemberg bzw. in Wildberg (Ogilvie, Küpker und Maegraith) zum Thema gemacht. Frauen seien („im Interesse männlicher Ehrbarkeit“) das häufigste Ziel kommunaler Konsumregelungen gewesen. Die Kirche sei zwar nicht die beherrschende Kraft, doch wirksam in Verbindung mit staatlicher Regulierung gewesen: Der Staat habe höhere Steuern abschöpfen, den Konsum importierter Waren unterdrücken – und schließlich die Dispensationsgelder einnehmen wollen (was allerdings auch als Einsicht in die Vergeblichkeit der Ordnungen gelesen werden könnte). Auch dieser Beitrag betont die institutionellen Beschränkungen: Die Ordnungen seien tatsächlich umgesetzt worden. Die Quellen zu den Strafgeldern aus Wildberg reichen allerdings nur ins 18. Jh. hinein.

Im Zentrum der dritten Sektion steht ein Beitrag über „Private Haushaltsschulden im frühneuzeitlichen Württemberg“ (Ogilvie, Küpker, Maegraith) auf der Basis der Inventuren und Teilungen in Wildberg im 17. Jh. Er schließt an die neuere Forschung an, die von der Normalität des Kreditwesens ausgeht, und fragt nach der Form des Kreditwesens. „Das Leihen erstreckt sich über die gesamte Gesellschaft“ (S. 142). Dass 19 Prozent der Schulden nicht persönliche Kreditgeber betrafen, ist kein Widerspruch zur Annahme, dass die frühneuzeitliche Verschuldung in hohem Maße personalisiert war (S. 139). Ein bemerkenswert geringer Anteil betraf allerdings die Verwandtschaft. Letztlich ergeben sich aus den Inventuren und Teilungen keine Anhaltspunkte für die Expansion des Kreditmarktes im 17. Jh., der durch den Dreißigjährigen Krieg abgewürgt worden sei. Die Quellen bieten auch keine Belege dafür, dass die Protoindustrie die Verwicklung der ländlichen Bevölkerung in den ländlichen Kreditmarkt verstärkte. Doch nahezu jeder sei in der Lage gewesen, Geld zu leihen. Schulden seien auch kein Indikator für Not, Elend oder Krise, und die positive wirtschaftliche Rolle der Schulden wird betont. Letztlich legt der Beitrag auch hier nahe, institutionelle Hemmungen des Kreditmarktes anzunehmen und empfiehlt die Beantwortung durch „zukünftige vergleichende Studien“ (S. 157).

Der Band hinterlässt insgesamt einen zwiespältigen Eindruck: Ob es sinnvoll ist, auf der Basis

von Zwischenergebnissen, die nur bis ins 18. Jh. reichen, starke Thesen zu den beiden Revolutionen zu formulieren, steht zur Diskussion. Vielleicht wäre es auch angemessener, statt nach der Revolution nach dem Wandel zu fragen, denn in Wildberg vollzog sich auch im 18. Jh. keine dynamische protoindustrielle Entwicklung. Der Beitrag von Gunter Mahlerwein zu „Landwirtschaft und Innovation im deutschen Südwesten“ argumentiert mit seiner Analyse der unterschiedlichen Entwicklungstempi der Agrarmodernisierung wesentlich differenzierter und zurückhaltender.

Angesichts der hervorragenden Quellenlage darf man gespannt sein, wie sich die Entwicklung langfristig darstellt. Die Inventuren und Teilungen sind eine im europäischen Kontext einzigartige Quelle (Holenstein), aber über institutionelle Hemmnisse sagen sie nur wenig.

REINHOLD REITH

Salzburg

VSWG 104, 2017/2, 287–288

Gabriele Jancke / Daniel Schläppi (Hg.)

**Die Ökonomie sozialer Beziehungen. Ressourcenbewirtschaftung als Geben, Nehmen, Investieren, Verschwenden, Haushalten, Horten, Vererben, Schulden**  
Steiner, Stuttgart 2015, 249 S. (1 Abb.), 46,00 €.

Während die klassische Wirtschaftsgeschichte der Vormoderne an mitteleuropäischen Universitäten stark an Boden verloren hat, haben sich in letzter Zeit zahlreiche Vertreter/innen der Kulturgeschichte und historischen Anthropologie mit wirtschaftlichem Handeln und sozialen Beziehungen beschäftigt. Auch der vorliegende Sammelband ist kulturgeschichtlich ausgerichtet. Er umfasst zehn Beiträge, die drei Themenkomplexen zugeordnet wurden. Jancke und Schläppi thematisieren einleitend drei zentrale Charakteristika des Umgangs mit Ressourcen in frühneuzeitlichen Gesellschaften: Gemeindebesitz und dessen Bewirtschaftung, soziale Techniken des Transfers von materiellen und immateriellen Gütern sowie soziale Beziehungen, die regelmäßig gepflegt werden müssen, um ihren Wert zu behalten. Betont werden hierbei die sozialen Regeln, durch die ökonomisches Verhalten erklärt werden kann.

An die Einleitung schließen sich theoretisch ausgerichtete Beiträge von Daniel Schläppi und Christof Jeggle an. Schläppi wiederholt die bereits in der Einleitung getroffenen Aussagen und verknüpft historische Analyse auf recht problematische Weise mit Beispielen aus der Gegenwart sowie fiktionalen Texten und Filmen. Dabei fallen manche Schlussfolgerungen reichlich pauschal aus, und die Aussage, vormoderne Logiken seien „heutigen kranken- und sozialversicherten HistorikerInnen, die regelmäßig ein Gehalt überwiesen bekommen, offenkundig fremd und nachgerade suspekt“ (S. 50 f.), wirkt angesichts der prekären Arbeitsverhältnisse vieler deutscher Nachwuchswissenschaftler reichlich überheblich. Definiert und historisch kontextualisiert wird der Begriff der Ressource erst im Beitrag von Jeggle, der theoretische Überlegungen zu Dimensionen sozialer Beziehungen, Ressourcen und Märkte mit Fallbeispielen zu italienischen Fruchthändlern im Nürnberg des 17. und savoyischen Textilhändlern des späten 18. Jh.s kombiniert.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Mit dem Thema „Ressourcen im Transfer“ befassen sich die Aufsätze von Andreas Pečar und Sebastian Kühn. Pečar untersucht, ausgehend von Lehrschriften Karl Eusebius von Lichtensteins, die Ökonomie des höfischen Adels an den Höfen von Wien und Versailles. Er arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede sozialer Strategien in beiden Herrschaftssystemen überzeugend heraus und macht diese im Hinblick auf das Konzept einer Status-Ökonomie fruchtbar. Kühns Beitrag thematisiert die Überschneidung von Haushaltsökonomie und Wissenstransfer bei Gelehrten, wobei seine Beispiele allerdings schwach kontextualisiert sind und willkürlich gewählt erscheinen. Vor allem wird schlichtweg ignoriert, dass der Zusammenhang zwischen Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft andernorts schon untersucht wurde und zu den angeführten Protagonisten eine umfangreiche wissenschaftliche Forschung existiert. Allein die nicht berücksichtigte Literatur zu dem puritanischen neuenglischen Geistlichen Cotton Mather hier anzuführen, würde den Umfang einer Rezension sprengen.

Die übrigen Beiträge wurden unter dem Titel „Beziehungslogiken“ zusammengefasst. Gabriele Jancke fasst den Austausch geschriebener Worte und Gaben der Gastlichkeit als Ökonomie sozialer Beziehungen auf und thematisiert die briefliche Reflexion von Tischgesprächen und Gastfreundschaft. Margareth Lanzinger analysiert Verwandtenehen des 19. Jh.s, für die Dispense von kirchlichen Heiratsverboten erwirkt wurden. An einem Innsbrucker Beispiel von 1831 zeigt sie die Bedeutung finanzieller Ressourcen für die Erwirkung solcher Dispense auf, mittels derer die Kontinuität von Arbeits- und Sozialbeziehungen gesichert werden sollten.

Mischa Suter thematisiert die sozialen Auswirkungen von Konkursen im Kanton Zürich im 19. Jh. sowie die Rolle der Ehefrauen der Falliten als Vertreterinnen familiärer Ansprüche an die Konkursmasse. Dass unverschuldetes geschäftliches Scheitern im 19. Jh. als neue Kategorie eingeführt worden sein soll (S. 197), ist allerdings eine krasse Fehleinschätzung, die selbst bei exemplarischer Lektüre der mittlerweile recht umfangreichen Literatur zu frühneuzeitlichen Bankrotten vermeidbar gewesen wäre. Auch Claudia Jarzebowski, die anhand von 15 Briefen der Familie Fahnenstück familiäre Ressourcen in der transatlantischen Kommunikation des 18. Jh.s behandelt, ignoriert die einschlägige Forschungsliteratur zu Auswandererbriefen, Radikalpietismus, Amerika-bildern sowie zur Religions- und Sozialgeschichte Pennsylvanias nahezu komplett. Der Anspruch, in diesen Briefen erstmals „eine neue Dimension in der historischen Emotionenforschung“ (S. 215) erschlossen zu haben, erscheint vor diesem Hintergrund reichlich anmaßend. Abschließend führt die Kunsthistorikerin Kristina Bake das Thema des „Eheglücks“ im Medium populärer Druckgraphik vor Augen und geht dabei auf Aspekte gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens ein.

Es ist vor allem dem in mehreren Beiträgen geradezu eklatanten Mangel an Literaturkenntnis zuzuschreiben, dass das Postulat des Mitherausgebers Daniel Schläppi, der „Fährte“ Arnold Eschs folgen und das „Spezialistentum mancher Teilhistoriker“ durch innovative interdisziplinäre Zugänge überwinden zu wollen (S. 41), hier nicht überzeugend umgesetzt wurde. Dass viele Autor/innen jenseits internationaler Wissenschaftsstars und ihrer eigenen engen Zirkel keine Forschungsliteratur mehr zur Kenntnis nehmen, ist zwar nicht nur ein Problem des vorliegenden Bandes; selten aber ist es so auffällig wie hier.

MICHAELA SCHMÖLZ-HÄBERLEIN  
Bamberg

VSWG 104, 2017/2, 289–290

Mary Lindemann

**The Merchant Republics. Amsterdam, Antwerp, and Hamburg, 1648–1790**

Cambridge U.P., Cambridge 2015, 356 S. (8 Abb.), 65.00 £.

Der Titel der Monographie weckt Verwunderung und Neugier, da sich die vergleichende Studie der drei Städte auf die Epoche zwischen 1648 und 1790 konzentriert. Alle drei waren führende maritime Handels- und Finanzzentren gewesen, doch erlebten sie ihr goldenes Zeitalter nicht gleichzeitig. Antwerpens Blüte war im Untersuchungszeitraum lange vorbei. Amsterdam verlor spätestens 1763 seine Stellung als führendes Finanzzentrum an London, und die Hamburger betrachteten erst die 1790er Jahre als ihr eigentlich goldenes Zeitalter. Lindemanns Untersuchungsziel ist jedoch nicht primär wirtschaftlicher Natur, sondern ihr Hauptinteresse gilt zum einen der republikanischen und kommerziellen Kultur der drei Städte und zum anderen der Frage, wie diese mit den Herausforderungen des Wandels umgingen und diese wahrnahmen, denn in der von ihr untersuchten Epoche standen sie an der Schwelle zur Moderne. Obwohl nicht jeder Kaufmann war, so stellt sie fest, definierten sich alle über den Handel. Eine „merchant republic“ ist für sie eine politisch eigenständige „community of commerce“ (S. 5), deren charakteristische Kennzeichen sowohl die nicht zu trennende Verbindung von Wirtschaft und Politik als auch die anti-monarchische und anti-adelige Haltung (S. 73, 113) sind. In ihrer Analyse verweist Lindemann nicht allein auf Ähnlichkeiten, sondern stets auch auf unterschiedliche Strukturen und Entwicklungen der drei ‚self-governing merchant republics‘. Basierend auf einer stupenden Kenntnis der publizierten zeitgenössischen und neuen Literatur entwirft sie ein sehr aufschlussreiches Bild der wirtschaftlichen und politischen Alltagskonflikte, privater politischer Ambitionen und Intrigen innerhalb der städtischen Eliten.

Die Monographie beginnt mit einem Überblick über Größe und Verfassung der drei Städte. In diesem Teil hebt Lindemann die teilweise breite Teilhabe der Bürgerschaft an öffentlichen Ämtern und Gremien sowie die weitgehende Selbstkontrolle hervor. Die soziale Zusammensetzung der führenden politischen Institutionen unterschied sich dabei durchaus: In Antwerpen gehörten die Stadtoberhäupter fast zur Hälfte dem Adel an; in Amsterdam entwickelten sie sich zunehmend zu einer oligarchischen Gruppe. Vergleichsweise offen gestaltete sich dagegen die Zusammensetzung des Hamburger Senats. Im Weiteren untersucht sie die politische Kultur der Städte. Akkumulation von Reichtum galt hier eher als Tugend zum Wohle des Gemeinwesens, weniger als moralische Gefahr. Im Folgenden präsentiert sie eine profunde und differenzierte Analyse der zeitgenössischen Vorstellung von Korruption, zum bewussten Missbrauch von Macht und Patronage der städtischen Führungsschichten und dem ambivalenten Charakter der bürgerlichen Selbstidentifikation. Personifiziert in der Gestalt des „imposters“, beschreibt sie Heuchelei und Eitelkeiten der Führungsschichten und kontrastiert diese mit bürgerlichen Tugenden wie Aufrichtigkeit und selbstlosem Engagement für das Gemeinwohl. Es folgt eine informative Darstellung der Reaktionen und Ängste der Führungselite angesichts der wirtschaftlichen Veränderungen im 18. Jh., denn die Verbreitung neuer Kreditformen brachte einerseits unvorhergesehene Gewinne, andererseits löste sie aber auch spektakuläre Zusammenbrüche aus. Der steigenden Zahl der Konkurse und den verschwimmenden Grenzen zwischen normalem Wirtschaftsrisiko und rücksichtslosem Finanzgebaren widmet Lindemann das letzte Kapitel.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017



Die Studie zeugt nicht nur von der profunden Kenntnis der Autorin, sondern bietet auch spannende Erkenntnisse, doch ist der Vergleich nicht ganz unproblematisch. Lindemann thematisiert zwar durchaus, dass Amsterdam und Antwerpen keine Stadtstaaten waren, allerdings geht sie in ihrer Untersuchung nicht weiter darauf ein, in welchem Umfang die Politik dieser beiden Städte durch die Einbindung in größere politische Zusammenhänge beeinflusst wurde. Viele der kommerziell-republikanischen Tugenden waren keine Spezifika dieser drei Städte, sondern lassen sich auch in anderen Handelsstädten finden bzw. sind ein allgemeines Charakteristikum der frühneuzeitlichen Kaufmannsnetzwerke. Ihr ist sicherlich zuzustimmen, dass die Kaufleute und politischen Eliten der drei Städte gleiche bzw. ähnliche Wertvorstellungen besaßen, doch ist ihre Feststellung, dass Transparenz ein Merkmal der Politik, der Finanzen und des Handels war, wenig überzeugend. Offen lässt sie die Frage, in welchem Umfang die städtischen Bevölkerungsgruppen unterhalb der kaufmännischen Eliten sich mit der Kultur der „merchant republics“ identifizierten. Dennoch ist die Studie nicht nur gut lesbar, sondern durchaus auch mit Gewinn zu lesen und zur Lektüre zu empfehlen, denn durch die Fokussierung auf Alltagszwiste, ambivalente Praktiken und Wertausrichtungen vermittelt sie faszinierende Einblicke in das Handeln der politisch-kommerziellen Eliten dieser Zeit.

MARGRIT SCHULTE BEERBÜHL  
Düsseldorf

VSWG 104, 2017/2, 290–291

Paul Nolte

**Hans-Ulrich Wehler. Historiker und Zeitgenosse**

C. H. Beck, München 2015, 208 S., 19,95 €.

Das vorliegende Buch stellt ebenso ein Wagnis dar, wie es besondere Chancen eröffnet: Der Autor ist ein Muster- und Meisterschüler des biographisch skizzierten Helden. Das birgt die Gefahr allzu starker Nähe zum Gegenstand und bietet zugleich doch die Möglichkeiten eines besonderen Zugangs zu Quellen und spezieller Kenntnisse des Themas. Der Autor meistert diese Herausforderung und Gratwanderung in insgesamt bemerkenswerter Weise und legt ein gleichermaßen plastisches wie analytisch anspruchsvolles Werk vor, das man am besten als souverän-elegant geschrieben und pointiert interpretierenden Großessay charakterisieren kann.

Die Stärke des Buches liegt dabei neben den zahlreichen Informationen zu Biographie, Karriere und Werk Hans-Ulrich Wehlers vor allem in drei Punkten: Zum einen ist es die Bereitschaft, einerseits die unzweifelhafte Bedeutung und Anziehungskraft Wehlers zu markieren, seine Fähigkeiten als Netzwerker und energischer Organisator mit konzeptioneller wie institutioneller Innovationskraft herauszustellen, als reformbereiter Ideengeber für Buchreihen und Zeitschriften, als erfolgreicher akademischer und stets zur analytischen Reflexion anhaltender Lehrer, als streitbarer öffentlicher Intellektueller, als disziplinierter Arbeiter und Verfasser großer Bücher – und zugleich aber immer auch über dessen Grenzen, Begrenzungen und problematischen Eigenheiten zu

reflektieren, seien sie persönlicher Art (wie der oft übertrieben wirkende Asketismus, der Hang zur Polemik und Schulmeisterei, der mitunter erratische Individualismus), seien sie inhaltlich-konzeptioneller Natur (wie der liberale Progressivismus einer „Whig“-Geschichtsschreibung mit klarer Scheidung von „Gut“ und „Böse“ und ohne wirkliches Gespür für die tiefen Ambivalenzen des Modernisierungsparadigmas, die weitgehende Befangenheit in der Sonderwegsthese und einer mehr und mehr konventionell wirkenden Nationalgeschichte, damit verbunden das Unverständnis für methodische Neuerungen der Alltags- und Kulturgeschichte, die Grenzen in der Selbstkritik und Selbsthistorisierung des Begriffs und Konzepts von „Gesellschaft“ und „Gesellschaftsgeschichte“). Man mag darüber streiten, ob Wehler wirklich „wohl der einflussreichste Historiker der Bundesrepublik und vielleicht des gesamten 20. Jahrhunderts in Deutschland“ (S. 9) war, eine vielschichtige und daher gerade in seiner Uneindeutigkeit interessante Figur war er gewiss, und dies kommt in der Biographie gut zum Ausdruck.

Deren zweiter großer Vorzug ist das Geschick des Autors, sein biographisches Sujet in umfassendere Zusammenhänge einzubetten, die Person sozial- und ideenhistorisch zu kontextualisieren und damit zu einer Sonde für typologische Aufschlüsse zu machen. In vielem wird Wehler als Phänotypus greifbar: als „sozialer Aufsteiger“ (S. 27) mit calvinistischem Bildungsideal und permanenten „agonalen“ Bewährungstreiben über Leistung; als Produkt einerseits noch der traditionellen Ordinarien-Universität eines Theodor Schieder mit den schwierigen Phasen eines klassischen Assistenten- und Privatdozentenschicksals und andererseits früher Inspirationen durch die Sozialwissenschaften US-amerikanischer Prägung (und auch durch manche Werke emigrierter deutscher „Außenseiter“); als typischer Protagonist der Universitätsneugründungswelle der 1970er Jahre mit ihrer Reformeuphorie, ihren neuen Chancen und ihrer Hybris; als Vertreter der „45er-Generation“, der sich bewusst als politischer Professor versteht und engagiert in den öffentlichen Diskurs einmischt.

Damit hängt ein Drittes zusammen: Über den Typus Wehler und seine Biographie im engeren Sinn werden zahlreiche, gleichsam „angrenzende“ inhaltliche Facetten erschlossen und analysiert. Gerade hier zeigen sich zahlreiche informative Details, wird oft auch aus nicht veröffentlichten Quellen (etwa der Familie oder des Verlagsarchivs Beck) geschöpft, erweist sich der erwähnte Vorteil intimer Binnenkenntnisse. Gemeint sind etwa Aussagen zum Buchmarkt und Verlagsgeschäft, zur Medien- und Kommunikationsgeschichte im Umfeld der geschichtspolitischen Publizistik der alten Bundesrepublik, wie sie sich beispielsweise im Austausch zwischen Wehler und Ernst-Peter Wieckenberg vor der Veröffentlichung der „Gesellschaftsgeschichte“ zeigen. Oder die Schilderungen zu der „Bielefelder“ Atmosphäre, den Granden der Fakultät, dem „Korpsgeist“, der sich in den Fluchten der Arbeitsbereiche von Wehler, Kocka und Koselleck auf dem „S3-Flur“ des Beton-Hauptgebäudes oder im Rahmen des berühmt-berüchtigten, mitunter auch als Initiationsritus dienenden „Colloquiums zur modernen Sozialgeschichte“ entwickelt hat, wie es „im Semester jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr die offizielle Arbeitswoche beschloss“ (S. 69). – Freitag, später Nachmittag, das ist für sich genommen schon von Aussagekraft: für die harte und etwas humorlose Arbeitspraxis à la Wehler und für den Stellenwert wissenschaftlicher Diskussion im Rahmen eines weithin forschungsorientierten Lebensentwurfs, in dem das permanente tätige Werkeln weit mehr ins Wochenende hineinreichte als das Wochenendvergnügen in die Arbeitswoche.

BERNHARD LÖFFLER  
Regensburg

VSWG 104, 2017/2, 292–293

Werner Plumpe

**Carl Duisberg 1861–1935. Anatomie eines Industriellen**

(Historische Bibliothek der Gerda Henkel Stiftung). Beck, München 2016, 992 S.  
(39 Illustrationen), 39,95 €.

Wenn der Erste Weltkrieg als Urkatastrophe des 20. Jh.s bezeichnet wird, so lässt sich eine solche Wirkung nahezu uneingeschränkt auch bei Carl Duisberg erkennen. Vor dem Krieg war er ein energischer, zielstrebig und ziemlich erfolgreicher Industrieller auf der Sonnenseite des Lebens, dem im Kaiserreich aufgrund seiner Qualifikation und seines Organisationstalents, verknüpft mit enormem Ehrgeiz und dem nötigen Quäntchen Glück, der soziale Aufstieg gelungen war. Im Sommer 1914 kam diese strahlende Karriere an ihr abruptes Ende. Werner Plumpe fragt nach den Bedingungen, unter denen dieser individuelle Erfolg als Unternehmer möglich war, um hieraus die Dynamik des Kapitalismus ein Stück weit begreifbar zu machen. Unternehmer sei – so Plumpe – eben kein Lehrberuf, vielmehr eine Eigenschaft, die sich im Lebensprozess einstelle und deren Bedeutung sich folglich nur historisch erklären lasse.

Die Kapitel sind zu größeren inhaltlichen Blöcken zusammengefasst und weitgehend chronologisch geordnet, daneben gibt es Kapitel, die einzelne Tätigkeitsfelder oder Lebensabschnitte herausgreifen. Dies führt zu zeitlichen Vor- und Rückgriffen, insgesamt gelingt es Plumpe aber immer wieder, die verschiedenen Lebensbereiche miteinander zu verweben und die Wechselwirkungen zwischen dem ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Feld plausibel zu machen.

Duisberg wurde 1861 in Barmen geboren und entstammte einem handwerklich-bäuerlichen Milieu. Nur dank einer guten Ausbildung konnte er aus dieser Welt ausbrechen. Nach dem Chemiestudium in Göttingen wechselte er nach Jena, wo er 1882 promoviert wurde. Danach leistete er in München seinen Militärdienst ab, wo er zugleich im Universitätslaboratorium von Adolf Baeyer arbeitete. Diese akademische Ausbildung bildete den Grundstein für seinen rasanten Aufstieg. Duisberg kehrte ins Wuppertal zurück und erhielt dort bei den Elberfelder Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. eine Anstellung, wo er 1884 mehrere Farbstoffentdeckungen machte, die den Fortbestand des Unternehmens sicherten. Über rechtliche Patentfragen stieg er Mitte der 1880er Jahre faktisch zum Assistenten der Geschäftsleitung auf, mit der Heirat von Johanna Seebohm, der Nichte des Vorstandsvorsitzenden der Farbenfabriken Carl Rumpff, trat Duisberg 1888 auch privat in den Kreis der Bayer-Familie ein. Nach dem Tod Rumpffs 1889 übernahm er – auch aufgrund der ständigen Abwesenheit anderer Vorstandsmitglieder – regelmäßig die Verantwortung für die gesamte Produktion in Elberfeld, gleichzeitig – und hier liegt Duisbergs eigentliche Lebensleistung – baute er maßgeblich das neue Werk in Leverkusen auf. Seine Aufnahme in den Vorstand 1900 und seine Ernennung zum alleinigen Generaldirektor zwölf Jahre später waren daher nur konsequent. Er erreichte vor dem Ersten Weltkrieg die Spitze seiner Karriere und übernahm zahlreiche Ämter, die ihm viele Gestaltungsmöglichkeiten eröffneten: Neben seiner Tätigkeit im Verein Deutscher Chemiker und im Deutschen Museum beeinflusste Duisberg fortan insbesondere viele Lehrstuhlberufungen.

Mit Kriegsbeginn 1914 änderte sich sein Leben vollkommen. Duisberg, vor 1914 nicht sonderlich nationalistisch, radikalisierte sich während des Krieges zusehends, sprach sich für den U-Boot-

Krieg aus und entwickelte sich zu einem Anhänger umfangreicher Kriegszieleforderungen. Zugleich stellte er das Unternehmen auf Rüstungsproduktion um; die Farbenfabriken wurden zu einem der größten Lieferanten von Gaskampfstoffen. Dennoch betont Plumpe, dass Duisberg kein fanatischer Annexionist gewesen sei, wie Gerald Feldman behauptet. Mit Kriegsende machte Duisberg eine Kehrtwende, distanzierte sich von früheren Äußerungen und passte sich opportunistisch der neuen Lage an. Nur vor diesem Hintergrund ist seine Bereitschaft zu verstehen, die Beziehung zur Arbeiterschaft fortan kooperativ zu gestalten. Nun galt es, das eigene Unternehmen wieder zum Erfolg zu führen. Bereits die Gründung der vergrößerten I. G. 1915/16 war der Versuch, sich für die Nachkriegszeit zu wappnen, und auch die Gründung der I. G. Farbenindustrie 1925 war im Kern eine Antwort auf eine im Krieg entstandene Problemlage. Für Duisberg, der inzwischen von der Idee der Vollfusion abgerückt war, bedeutete der Zusammenschluss eine Niederlage gegenüber Carl Bosch. Seine Zeit an der operativen Spitze war vorbei, er wechselte in den Aufsichtsratsvorsitz und übernahm wenig später das Amt des RDI-Vorsitzenden. Sein 70. Geburtstag gab schließlich das Signal zum Rückzug, lediglich am Aufsichtsratsvorsitz der I. G. hielt er bis zu seinem Tod 1935 fest.

Werner Plumpe ist es nicht nur gelungen, den Unternehmer Carl Duisberg vollständig zu durchdringen. Mit seinen Ausflügen in die Studentenförderung, die Wissenschaftspolitik und das Verbandswesen weist er zudem auf zahlreiche Verästelungen zwischen gesellschaftlichen Feldern, auf denen der Unternehmer Duisberg gleichzeitig wirkte. Es ist eine Freude, dem Biographen dabei zu folgen, wie er aus dem Leben dieses „Bilderbuchunternehmers“ (S. 9) klug, detailliert und in einem wissenschaftlich-spannenden Duktus erzählt.

CHRISTIAN MARX

Trier

VSWG 104, 2017/2, 293–294

Wolfgang Reinhard

**Die Unterwerfung der Welt. Eine Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015**

(Historische Bibliothek der Gerda Henkel Stiftung). Beck, München 2016, 1.648 S. (122 Abb. u. Karten), 58,00 €.

It seems difficult to imagine a historical phenomenon that has had more impact on the world than Europe's expansion. It spanned a period of four centuries, starting with the conquest of Ireland and the Iberian Peninsula and ending with the wave of decolonisation after WWII. Suddenly, the expansion of centuries was undone in a few decades, begging the question as to how deep that impact really was.

There is no better way to look for an answer than reading this massive study, an improved and expanded version of the four volume survey of the history of European expansion by the same author (*Geschichte der europäischen Expansion*. Stuttgart 1983–1990). Surprisingly perhaps, only a few scholars have tried their hand at writing such a survey, and most of them suffer from the fact that

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

they are specialists in the history of only one colonial power, one continent or one period. None of these limitations apply to the author as he has used sources and specialist studies of all expanding nations in Europe. Furthermore, he does not seem to favour a special thesis or to ride a particular hobby horse. Even the Russian expansion overland into Asia, mostly left out in other survey studies, gets a chapter by itself. Selecting the most relevant literature and making it the basis of a coherent story is a gargantuan task by itself. The evenhandedness of the author can be best demonstrated by the equal number of pages devoted to the history before and after 1800, usually seen as a demarcation line between the historians of the early expansion and those of colonialism.

The author has refrained from inserting many of the tables, graphs, and diagrams from his first survey – very much *de rigueur* during the 1980s, as he explains tongue in cheek, since their conclusion could be summed up in a sentence or two. Fortunately, there are still a sufficient number of geographical maps.

Even in a survey of 1,600 pages, it stands to reason that the author devotes most of his attention to the European explorations, conquest, trade, colonial administration, and the end of colonial rule as the European actions constitute the unifying theme. The reactions receive far less attention. A case in point is the independence of Haiti. According to the author, the subsequent history of that country's internal strife, economic degradation, and present-day poverty is due to its "incomplete decolonisation". However, the average income per head of population in the French colonies that were not decolonized at all is at present more than ten times that of Haiti. A similar observation can be made regarding the few countries that also retain a formal link with their colonizer such as Reunion, the Dutch Antilles and Puerto Rico. Not the colonizer, but the colonized made the difference. The Haitians refused to remain French colonial subjects, while the Martiniquais and Guadeloupians continued to do so until today. As a result, the Haitians were and still are unable to benefit from the large French subsidies for education, health care, and infrastructure. It was the attitude of the colonized towards colonial rule that made the effects and the timing of decolonisation so different in the settler colonies of North and South America, in the plantation colonies, in the population colonies in Africa and Asia, not to mention in the commercial and strategic enclave colonies such as Aden, Cyprus, Hong-Kong and Gibraltar.

Yet, it is doubtful whether the disparate and very uneven history of the reactions to the European expansion should have been incorporated into the volume under review. As long as the reader realizes that every expansion causes a reaction, he is well served by this solid survey story with all the relevant facts and based on the most recent historiography. In sum: a most impressive achievement.

PIETER EMMER

Leiden



VSWG 104, 2017/2, 295–296

Martin Rheinheimer

**Die Insel und das Meer. Seefahrt und Gesellschaft auf Amrum 1700–1860**

(Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 53). Steiner, Stuttgart 2015, 575 S. (112 farb. Abb., 129 farb. Tab., 25 s/w Fotos, 132 farb. Fotos), 49,00 €.

Der Autor versteht sein Werk als mikrohistorische Dorfstudie nach dem Vorbild der Arbeiten Schlumbohms (1994) und Medicks (1996). Studienobjekt ist die nordfriesische Wattenmeerregion mit Fokus auf Amrum: 20 km<sup>2</sup> Areal, zu 45 % von Dünen bedeckt, bewohnt von 552 (1716) bis 642 (1860) freien, friesischsprachigen Untertanen des Königs von Dänemark, verteilt auf drei Dörfer. Diese lebten, typisch für *maritime Gesellschaften*, „fast vollständig“ (S. 11) von der Seefahrt. Landwirtschaft und Handwerk waren weniger ergiebig. Nordfriesen heuerten hauptsächlich in Altona, Amsterdam, Hamburg oder Kopenhagen an oder fuhren auf eigenen Schiffen in Nord- und Ostsee.

Der Untersuchungszeitraum reicht von 1700, als die seriellen Quellen einsetzten, bis zum Beginn der nordfriesischen Amerika-Auswanderung und des Tourismus (S. 25 ff., 468). Rheinheimer will erforschen, wie eine *maritime Gemeinde* funktionierte und was sie von anderen vorindustriellen Gesellschaften unterschied. Das Übergehen der theoretischen Arbeiten der Göttinger Arbeitsgruppe entspricht der induktiven Pragmatik, mit welcher der Autor die Quellen nach Kriterien wie Heiratsstrategien, Fertilität, Mortalität, Mobilität und Persistenz, Haushaltsgröße und -struktur, Heuerverhalten, soziale Netzwerke usw. quantitativ auswertet. Unterfüttert mit biografischen Nachrichten, ergibt sich insgesamt ein facettenreiches Bild des „Individuums als selbständiger Akteur“ und seines Alltags.

Ziel der Amrumer war es, auf See möglichst schnell viel Geld zu verdienen, um von den Zinseträgen des Kapitals zu leben, das sie ggf. in Gebäuden und Land anlegten oder als Kredite an Kommunen und Privatpersonen in ihrer engeren Heimat vergaben. Fazit: Trotz aller Bedeutung der Seefahrt blieb Amrum agrarisch geprägt (S. 490).

Dem Autor zufolge liegt der Studie das Konzept von transnationaler Geschichte zugrunde. Dieses setzt indessen die moderne Nation als Referenzpunkt voraus. Rheinheimer konstruiert denn auch einen zeitversetzten „transnationalen“ Untersuchungsraum, indem er Strukturen der Gegenwart in die historischen Zeiten projiziert: Der geografische Raum der Untersuchung erstreckte sich „über drei verschiedene Staaten – Dänemark, Deutschland und die Niederlande“ (S. 15 et al.). Dass im Berichtszeitraum etwa ein „Staat Deutschland“ außerhalb des Bewusstseinshorizonts lag, sollte indessen nicht erst eines Hinweises bedürfen. Eine solche Konstruktion historischer Räume von der Gegenwart her geht am Postulat einer quellengemäßen Sprache vorbei (s. Geschichtliche Grundbegriffe I, Einleitung) und erzeugt „geradezu eine Unfähigkeit, den je konkreten Charakter der untersuchten historischen Phänomene zu erkennen“ (Böckenförde). So bleibt die Studie der Gegenwart verhaftet.

Dieses Vorgehen wirkt sich naturgemäß auf Darstellung und Einordnung der Untersuchungsergebnisse aus: So werden etwa die für das Verständnis der sozialen Schichtung *maritimer Gesellschaften* zentralen Quellenbegriffe *Kommandeur*, *Schiffscaptain* und *Schiffer* einheitlich durch den modernen Begriff *Kapitän* ersetzt. Gleichzeitig wird dieser als „Oberschichtskategorie“ und damit als analytischer Begriff verwendet (S. 105, 389). Eine systematische Unterscheidung von analytischen und Quellenbegriffen fehlt zudem. Dadurch werden die Differenzierungen der Quellenbegriffe eingeb-



net und mit modernen Bewusstseinsinhalten verdeckt (S. 152 et al.). Für Maßnahmen der frühneuzeitlichen Zentralgewalt nimmt der Autor *die* Dänen (Bernstorff? Schimmelmann? Colbiörnsen?) schlechthin in Haftung (S. 133 et al.), oder er sieht etwa auch für das 18. und frühe 19. Jh. einen Widerspruch, weil, „obwohl Amrum zu Dänemark gehörte“, Kirchen- und Gerichtssprache „nicht Dänisch, sondern Deutsch“ war (S. 77). Erst die Projektion des emotional aufgeladenen Sprachbegriffs des modernen Nationalismus auf frühere Epochen verursacht hier einen – scheinbaren – Widerspruch.

Die Passagelisten des Eiderkanals, der von 1784 bis 1890 „Nord- und Ostsee vereinte“ (v. Justi) wurden nicht herangezogen. Im Durchschnitt passierten jährlich 2.500 seegehende Schiffe den Kanal, den Rheinheimer mit auffälligem Schweigen übergeht. Welchen Wert eine Darstellung der Amrumer Seefahrt ohne Berücksichtigung des Kanals haben kann, muss dahingestellt bleiben.

Auch sonst prägen häufig aufscheinende Widersprüche den Text. So heißt es z. B. einmal, die Amrumer Seefahrt sei 1805/07 zusammengebrochen und habe sich danach nicht mehr erholt (S. 158), dann aber, dass Amrumer Schiffe seit 1813 in den großen Häfen registriert wurden (S. 160 f. et al.). Ob nun ein „Zusammenbruch“ oder nur eine veränderte Schiffsregistrierung vorlag, bleibt offen. Auf S. 77 wird gesagt, dass als Gerichtssprache das Deutsche verwendet wurde, auf S. 337 wird aus Gerichtsakten für Amrum auf Dänisch zitiert. An einer Stelle wird mitgeteilt, dass Schiffe von 50 CL und mehr zur Amrumer Flotte gehörten (S. 149–157), an anderer, dass Schiffe dieser Größe „niemals nach Amrum kommen konnten“ (S. 161). Im Widerspruch zu weiten Teilen des Buches (sowie den Quellen) heißt es auf Seite 105, dass *die* Bewohner Amrums, Föhrs etc. mangels Schiffsbesitz „nicht [sic!] auf eigenen Schiffen fahren konnten“ usw.

Insgesamt erfährt der Leser viele interessante und aufschlussreiche Fakten, die bei geschärftem Theorie- und Methodenbewusstsein mit Gewinn gelesen und für Vergleiche mit anderen Regionen herangezogen werden können. Ein Orts- und Personenregister erschließt den Band, dem zahlreiche schöne Illustrationen den Charakter einer *hommage* an die nordfriesische Wattenmeerregion verleihen.

WERNER BUCHHOLZ  
Greifswald

VSWG 104, 2017/2, 296–297

Andreas Rutz (Hg.)

### **Krieg und Kriegserfahrung im Westen des Reiches 1568–1714**

(Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit 20). V&R unipress, Göttingen 2016, 388 S., 55,00 €.

Der von Andreas Rutz herausgegebene Sammelband geht auf die Herbsttagung 2013 der traditionsreichen Abteilung für Rheinische Landesgeschichte der Universität Bonn zurück. Er führt vor Augen, wie wichtig diese Abteilung für die Forschungslandschaft in Westdeutschland ist – und zwar weit über den engeren landesgeschichtlichen Rahmen hinaus. Dafür steht auch die Anlage von Tagung und Ergebnisband, die es im Folgenden summarisch zu würdigen gilt. Der Untersuchungsraum um-

fasst den Westen des Reiches, damit stehen die Territorien und Landschaften entlang des Rheins vom Bodensee bis zur Nordsee im Zentrum. So gerät ein Raum in den Blick, der tatsächlich in besonderer Weise für die von Johannes Burkhardt erkannte „Bellizität“ der Frühen Neuzeit steht. In diesem Sinne wird der Zeitraum, mit dem sich die hier vereinigten Studien beschäftigen, ebenso weit gefasst.

Für ganz Europa kann die Zeit von der zweiten Hälfte des 16. bis zum Ende des zweiten Jahrzehnts des 18. Jh.s als eine kriegerische Periode begriffen werden, in der sich die europäischen Gesellschaften in konfliktreichen Prozessen zu vormodernen Staaten formierten und diese (beziehungsweise die sie beherrschenden Dynastien) zugleich in Konkurrenz zueinander traten. Neben dem Ostseeraum gehörte der Westen des Heiligen Römischen Reiches zu den fortwährend und am stärksten vom Krieg betroffenen Regionen. Dies hatte zur Folge, dass die dort lebenden Menschen „existenziell“ (S. 13) vom Krieg betroffen waren, weil die Koinzidenz der kriegerischen Ereignisse ein prägendes Merkmal war. Dies war etwa besonders während des sogenannten Achtzigjährigen Krieges der Niederländer gegen den spanischen König sowie während des Dreißigjährigen Krieges der Fall.

Um diese existenzielle Erfahrung des Krieges geht es dem Herausgeber und den Autoren des Bandes. Dabei lehnen sie ihren Begriff der „Kriegserfahrung“ sehr eng an die Ergebnisse des ehemaligen Tübinger Sonderforschungsbereiches „Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ an. In diesem Rahmen hat insbesondere Anton Schindling den Begriff für die Frühneuezeitforschung definiert und operationabel gemacht. Zurecht wird er von Andreas Rutz in seinem einleitenden Aufsatz mehrfach zitiert. Die – grundsätzlich wandelbare – Deutung des Kriegserlebens ist Ausdruck der Kriegserfahrung, und zwar im gesamten Untersuchungsraum. Vor diesem Hintergrund wird die besondere Stärke des landesgeschichtlichen Zugriffs auf das Thema augenfällig. Denn dies ermöglicht die Erschließung von sozialen und ökonomischen Zusammenhängen ohne Beachtung erst später vorgenommener, aktueller Grenzziehungen.

Krieg in der Frühen Neuzeit bedeutete Einquartierung und Durchzug, Kontribution und Plünderung, Störung der Ordnung und ein erhöhtes Maß an Gewalt – nicht überall in gleicher Intensität, sondern in jeweils spezifischer Art und Weise. Dies unterstreichen die Studien des Bandes. Die nahezu ständige Präsenz von Krieg über Generationen hinweg musste entsprechende Wirkung auf die Kriegserfahrungen entfalten. Dies führen alle Beiträge intensiv und zudem überwiegend quellennah vor Augen, wobei sie ein vielseitiges und nur schwer zu vereinheitlichendes Bild entwerfen. Als zentrales Problem für viele der vom Krieg betroffenen Menschen und ihrer Territorialherren (bzw. deren Verwaltungen) wird die Überschuldung ausgemacht. Mit der Analyse von medialer Vermittlung und literarischer Verarbeitung der Kriegereignisse gerät auch das Spannungsfeld zwischen individueller und kollektiver Kriegserfahrung in den Blick. Zusätzlich nimmt der Festungsbau im Rheinland eine besondere Stellung ein, zumal zu jüngsten archäologischen Funden in Bonn eine DVD mit eindrücklicher Visualisierung beigelegt ist. Diesbezüglich werden ebenfalls konsequent soziale und ökonomische Implikationen herausgearbeitet.

Auch wenn an dieser Stelle die anregenden Analysen dieses Bandes nur in Ansätzen skizziert werden können, ist doch deutlich geworden, dass er einen wichtigen Beitrag zur Erforschung von Kriegserfahrungen vom 16. bis zum beginnenden 18. Jh. leistet und einen eindrücklichen Blick auf das Werden der Moderne erlaubt, unverstellt von nationalen Narrativen und Erinnerungskulturen.

FRANK KLEINEHAGENBROCK  
Bonn

VSWG 104, 2017/2, 298–299

Stefan Sigerist

**Schweizer in europäischen Seehäfen und im spanischen Binnenland. Biographische Skizzen zu Emigration und Remigration seit der frühen Neuzeit**

Winkler, Bochum 2015, 296 S. (25 Abb., 29 Tab.), 52,50 €.

Before the time when waterfalls generated electricity and people tried to hide their money in secret bank accounts, Switzerland was an extremely poor country that could hardly feed its population. That explains why so many Swiss emigrated in order to improve their living conditions. Some migration was temporary such as that of the proverbial Swiss soldiers serving in foreign armies coining the slogan “no money, no Swiss”. The present study concentrates on yet another flow of out-migrants from Switzerland: the confectioners, café owners, wine merchants, cereal merchants, straw hat sellers, watch makers, diplomats, artisans, patissiers, printers and book traders. The author decided to study the Swiss migrant communities in Bordeaux, Bayonne, Nantes, La Rochelle, Rochefort, Lorient, Le Havre, Lisbon, Porto, Bilbao, Santander, Burgos, Cadiz, Amsterdam, Bruges, Bremen and Hamburg.

This study is based on the consultation of a remarkable number of archives, resulting in a large amount of personal data regarding hundreds of migrants. It allows the reader to learn about many of the Swiss-owned companies and entrepreneurs in the cities mentioned above. Yet, all these archival data do not result in a monograph, but rather in a catalogue of individuals, families, and business firms. The introduction comprises only two pages and does not attempt to analyse the archival findings. The author simply mentions that in some cities the pastry makers and owners of coffee houses dominated the expatriate Swiss community, while in others bankers and merchants became the backbone such as those from Geneva, who were particularly successful in establishing large trade networks across Europe. Unfortunately, the introduction does not discuss why some of the Swiss migrants completely integrated into the host community, while others retained their Swiss identity from generation to generation. Before 1800, the Swiss Confederation had no consulates abroad and the Swiss did not enjoy special expatriate privileges as did many other foreign nationals. That drawback was compensated, however, by the fact that the Swiss benefited from their proverbial neutrality in times of war.

The author concentrates on data regarding individual Swiss emigrants as well as families and does not provide a comprehensive overview of Swiss migration during the early modern period. That means that some of the most vital questions remain unanswered. For instance, how large was the number of Swiss expatriates in Europe between 1500 and 1800? If the number of Swiss migrants who obtained citizenship in Amsterdam between 1656 and 1809 is anything to go by, we are looking at 300 to 400 persons, a small minority as during these 150 years more than 33,000 foreigners obtained citizenship in the Dutch capital. In other cities the numbers were equally small, but the Swiss presence abroad might well have been much larger. Again taking Amsterdam as an example, more than 5,000 Swiss were employed as sailors by the Dutch East and West India Companies, and these migrants never intended to become citizens.

Did religion play a role? Again, this study does not provide a comprehensive answer. It seems obvious to assume that the integration of the mainly Calvinist Swiss immigrants into the protestant

cities was easier than in the Catholic ones, particularly in the Netherlands where the state church was also Calvinist. However, in predominantly Roman Catholic cities, Swiss immigrants must have been sometimes ill at ease as envy from trading partners and family by marriage could easily lead to incarceration and loss of property by the Inquisition. In looking for answers to these larger questions, this study should be considered as a basis for further research.

PIETER EMMER

Leiden

VSWG 104, 2017/2, 299–300

Manfred E. Theilacker

**Kulturgut Glas und Spiegel. Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Spiegelfabrik Spiegelberg (Württ.). Ein Regiebetrieb des Herzoglichen Kirchenrats**  
(Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 24).  
Thorbecke, Ostfildern 2015, 799 S. (65 Abb.), 94,00 €.

Mit seiner Dissertation an der Universität Stuttgart aus dem Jahre 2014 betritt Manfred Theilacker mehrere wirtschaftshistorische Forschungsfelder. Einerseits untersucht er ausführlich einen wesentlichen Aspekt der württembergischen Wirtschafts- und Landesgeschichte, andererseits ist seine Untersuchung der Glas- und Spiegelproduktion im Schwäbisch-Fränkischen Wald auch aus unternehmenshistorischer Sicht sehr lohnenswert. Dabei geht er sehr detailliert und minutiös vor, indem er die Manufaktur hinsichtlich sämtlicher inner- wie außerbetrieblicher Parameter durchleuchtet und quellengestützt über einen Zeitraum von etwa 120 Jahren, nämlich von 1700 bis 1820 (S. 6), analysiert. Dem Autor gelingt es, seine Arbeit nach charakteristischen, den betrieblichen Erfolg der Manufaktur stark prägenden Phasen zu gliedern. Dabei geht er chronologisch vor, gibt aber auch zeitübergreifenden Aspekten wie Rohstoffen, Infrastruktur, ökonomischen wie auch absatz- und produktionswirtschaftlichen Gegebenheiten ausführlich Raum.

Die erste Gründungszeit der Glashütte verortet Theilacker im Zeitraum von 1700 bis 1704, sie war nicht von kommerziellem Erfolg geprägt. Zu hohe Pachtzahlungen und unrealistische Erwartungen an die Pächter verhinderten u. a. einen profitablen Betrieb. Die Glashütte, ab 1705 nun auch offiziell „Spiegelberg“ genannt, erfuhr auch in der Periode von 1705 bis 1712 keinen Aufschwung. Qualitätsprobleme und eine geringe Ausbeute an gutem Spiegelglas sowie unzureichende Führungsqualitäten des damaligen Pächters, des Weiteren externe Faktoren wie die Kriegswirren des Spanischen Erbfolgekrieges, führten nicht zum erhofften wirtschaftlichen Aufschwung. In der Phase von etwa 1709 bis 1728 traten neue Pächter in die Glashütte ein. Nach einem anfänglichen Aufschwung zwischen 1709 und 1719 folgten jedoch erneut wirtschaftliche Schwierigkeiten, nicht zuletzt durch einen Streik im Jahre 1724. Hier forderten die Arbeiter die korrekte und pünktliche Auszahlung ihres Lohnes, den sie schließlich auch vollständig erwirken konnten (S. 182). Die Spiegelfabrik ging aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang 1727 und einer Schuldenlast von 70.000 Gulden in Konkurs, was auch die Arbeiter in finanzielle und existenzielle Not brachte.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Das Wiederanlaufen der Glashütte unter Führung von neuen Pächtern blieb erneut erfolglos und war von juristischen Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten geprägt. Die Fabrik war aufgrund dieser wirtschaftlich schwierigen Situationen von 1731 bis 1735 nahezu stillgelegt, ehe durch Auftrag Herzogs Carl Alexander ab 1737 der Betrieb in Eigenregie durch den Kirchenrat geführt wurde. Dennoch mussten auch im Eigenbetrieb immer wieder Mittel zugeführt werden, um die Ertragssituation zu stützen. Verbesserungen im Arbeitsablauf, in der Kalkulation und Lohnfindung und zur Steigerung der Produktivität wurden in den folgenden Jahrzehnten nur zögernd weiterverfolgt. Erst die Bilanzen für 1773 bis 1778 wiesen einen durchschnittlichen Gewinn in Höhe von 1.275 Gulden aus (S. 467). Dennoch wurde 1785 bei einer Gesamtübersicht festgestellt, dass der Betrieb im Zeitraum von 1701 bis 1783 einen Verlust von mehr als 725.000 Gulden angehäuft hatte (S. 625 f.). Ende 1792 wurde die Spiegelfabrik endgültig aufgelöst (S. 660).

Es bleibt die grundlegende Erkenntnis, dass das Scheitern der Manufaktur in hohem Maße auch den mangelnden betriebswirtschaftlichen Kenntnissen der Führungskräfte zuzuschreiben ist – eine grundlegende Problematik innerhalb der betrieblichen Verwaltungen und der Entscheidungsträger des deutschen vorindustriellen Kameralismus. Es kommt hinzu, dass der Spiegelfabrik als ein dem Kirchengut zugeordnetes und vom Kirchenrat verwaltetes Unternehmen weitere Abhängigkeiten, insbesondere aus verwaltungstechnischer Sicht, entstanden. Der Kirchenrat war mit der ihm zugeordneten Aufgabe überfordert: Geringe Kenntnisse der Spiegel- und Glasproduktion seitens der Beamten, kaum erfolgversprechende Ansätze in Vermarktung und Vertrieb und wenig Geschick in der Auswahl der Führungskräfte sind einige der Hauptursachen, die zum Scheitern der Fabrik beitrugen (S. 33). Auch häufig wechselnde Pachtverhältnisse verhinderten Kontinuität und Stabilität (S. 56). Schließlich erkannten die Verantwortlichen in Betrieb und Verwaltung nicht, dass das sich einstellende Ungleichgewicht zwischen Glasmachern und Veredlern ein kostengünstiges Herstellen von ganzen Spiegelscheiben verhinderte (S. 228).

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Theilacker einen vergleichenden Einblick in verwandte Branchen und Bereiche (z. B. die Porzellanherstellung) gegeben hätte, die ihrerseits eine recht umfangreiche wirtschaftshistorische Forschung vorweisen können. So ergaben sich bspw. für die frühen Porzellanmanufakturen des 18. Jh.s analoge Probleme wie für die Spiegelfabrik Spiegelberg. Die Untersuchung von Analogien wie auch von Unterschieden hätte dem Werk sicher noch weiteren Mehrwert gegeben, doch dies war letztlich auch nicht das Forschungsziel des Autors.

Theilacker liefert mit seiner unternehmens- wie landeshistorisch gleichermaßen interessanten und wichtigen Studie ein äußerst gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Verbindung von betriebswirtschaftlichen und soziologischen Forschungsansätzen. Die außergewöhnlich detaillierte Quellenanalyse trägt erheblich dazu bei, dass mit der vorliegenden Studie ein herausragendes Werk geschaffen wurde, das auf bemerkenswerte Weise zum tieferen Verständnis der württembergischen Verflechtungen von Staat, Verwaltung und Manufakturwesen im 18. Jh. beiträgt.

ALESSANDRO MONTI

Köln



VSWG 104, 2017/2, 301–302

Paul Thomes / Peter M. Quadflieg (Hg.)

**Unternehmer in der Region Aachen – zwischen Maas und Rhein**

(Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 19). Aschendorff, Münster 2015, 235 S., 38,00 €.

Es verwundert ein wenig, dass die traditionsreiche Reihe der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsbiographien den Unternehmern der Aachener Wirtschaftsregion erst jetzt einen eigenen Band widmet, war dieser Wirtschaftsraum doch für die deutsche Frühindustrialisierung von eminenter Bedeutung und auch danach durchaus von Relevanz. Aber auch nun sind die insgesamt neun biographischen Skizzen, die durch eine Einleitung, einen umfangreichen Personen- und Ortsindex sowie ein Verzeichnis der Biographien aller 19 Bände ergänzt werden, sehr zu begrüßen. Der Schwerpunkt der chronologisch geordneten Beiträge liegt dabei auf dem späten 18. Jh. und der frühen Industrialisierung, als die Betriebe und Unternehmen der Aachener Region in Deutschland vielfach führend und zudem ein wichtiges Einfallstor für technische Innovationen aus Großbritannien und Belgien waren.

Otto Eschweiler widmet sich dem protestantischen Textilunternehmer Johann Arnold von Clermont (1728–1795), der die Erweiterung seiner Tuchhandlung statt im von den Zünften gegängelten Aachen im benachbarten Vaals in den Niederlanden vornahm und dort die gesamte Produktion von Wolltuchen zentralisierte. Die von Frank Pohle verfasste biographische Skizze des Tuchfabrikanten Ignaz von Houten (1764–1812) zeigt dagegen die große Bedeutung der Wasserkraft für den erstmaligen Einsatz von Spinnmaschinen, die im Aachener Textilgewerbe früher als in den meisten Textilregionen Deutschlands zum Einsatz kamen. Auch der Beitrag von Anna Quadflieg über die Unternehmerin Christine Englerth (1767–1838), die nicht nur den familiären Bergbaubesitz erweiterte und die Gruben des Inde-Reviere vereinigte, sondern mit dem Eschweiler Bergwerksverein auch die erste deutsche Aktiengesellschaft im Steinkohlenbergbau gründete, macht deutlich, wie viel früher als andernorts die Unternehmerschaft der Aachener Wirtschaftsregion auf neue organisatorische Entwicklungen reagierte. Michelle Abbas und Peter M. Quadflieg beschreiben Leben und Werk des (ursprünglich) Apothekers und Drogengroßhändlers Johann Monheim (1786–1855), der mit seinem Kompagnon Franz Vossen um 1830 eine Farbenproduktion aufbaute, was abermals die Bedeutung der – immer noch unterschätzten – Textilindustrie für die deutsche Frühindustrialisierung verdeutlicht. Zudem beteiligte sich Monheim an der Gründung der Aachener-Feuerversicherungs-Gesellschaft, der Rheinischen Eisenbahn und regionaler Aktiengesellschaften, die zu den ersten ihrer Art in Deutschland gehören.

Da sich 2014 der Todestag von David Hanseemann (1790–1864) zum 150sten Mal jährte, ist auch diesem bekannten und vielfach untersuchten – so auch in Band sieben der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsbiographien – Unternehmer eine kleine Hommage gewidmet, in dem Paul Thomes dessen Karriere vom Kommissionshändler und Initiator zahlreicher Aktiengesellschaften im Rheinland zum preußischen Minister und Chef der Discontogesellschaft knapp resümiert. Weniger bekannt als Hanseemann ist sein Neffe Wilhelm Peters (1814–1889), dessen unternehmerisches Wirken inklusive seiner Einführung der Streichgarnstoffe in Deutschland in der Eupener Wolltuchfabrik Els Herrebout schildert. Stefanie Schuschmel macht in ihrem Beitrag über den bekannten Paul Julius Reuter (1816–1899) deutlich, wie und warum die Aachener Region 1850 als Endpunkt der



Telegraphenleitung von Berlin in der Frühzeit dieser neuen Kommunikationstechnologie der erste Standort der bis heute global agierenden Nachrichtenagentur wurde.

Die beiden abschließenden Kurzbiographien von Susanne Henrich-Ramm über den Seifenfabrikanten und Gründer der Dalli-Werke Franz Wirtz (1859–1930) sowie von Marc Engels über den Erfinderunternehmer Otto Junker (1900–1982) führen ins späte 19. und frühe 20. Jh. Auch sie zeigen, dass – trotz des relativen Bedeutungsverlusts der Aachener Industrieregion für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands – die Unternehmerschaft dieses Raums weiterhin sehr aktiv blieb und auch in neue Wirtschaftszweige expandierte. Insbesondere die Studie über Junker, der die Gießereitechnik für Buntmetalle weiterentwickelte und sein Unternehmen zu einem internationalen Anlagenbauer entwickelte, zeigt dabei die Bedeutung der Technischen Universität Aachen, die u. a. dafür verantwortlich war, dass die untersuchte Wirtschaftsregion sich auch in zahlreichen Branchen der zweiten Industrialisierungsphase (Maschinenbau, Chemie, Elektroindustrie etc.) erfolgreich behauptete – eine Entwicklung, die sich nach 1945 fortsetzte.

Insgesamt machen die neun Beiträge, die in traditioneller Weise jeweils einen knappen Überblick über das Leben der behandelten Unternehmer/innen geben – außer zu ihren manchmal knappen wirtschaftlichen Aktivitäten geben sie meist auf Basis der Literatur in bewährter Manier auch ausführlich Auskunft über Herkunft, Familienleben sowie die politischen und sozialen Aktivitäten, gehen aber kaum auf aktuelle Diskussionen zur Bürgertums- oder Industrialisierungsgeschichte ein – deutlich, wie groß die Bedeutung der Aachener Wirtschaftsregion für die deutsche Frühindustrialisierung und den Techniktransfer aus Großbritannien und Belgien war. Zu wünschen wäre, dass neben den Textilindustriellen und bekannteren Namen wie Hansemann und Reuter auch weitere wichtige Unternehmer – etwa des frühen Maschinenbaus, z. B. der englische Puddeltechniker Samuel Dobbs – und andere unbekannte Unternehmer dieser Region in Zukunft die ihnen angemessene Beachtung finden würden.

RALF BANKEN  
Frankfurt

VSWG 104, 2017/2, 302–303

Michael Zeuske

**Sklavenhändler, Negreros und Atlantikkreolen. Eine Weltgeschichte des Sklavenhandels im atlantischen Raum**

De Gruyter, Berlin/Boston 2015, 481 S. (20. Ill.), 119,95 €.

Nachdem der Sklavenhandel jahrzehntelang wesentlich unter quantitativen Gesichtspunkten erforscht wurde, hat in letzter Zeit die Suche nach Überlieferungen der am Sklavenhandel Beteiligten begonnen. Es zeigte sich sehr schnell, dass zu dieser Gruppe nicht nur Täter und Opfer, sondern auch viele Mittelsmänner und Agenten (auch Frauen) gehörten, deren Status nicht immer eindeutig zu benennen war bzw. über die Zeit von Unfreien zu Freien changierte oder auch umgekehrt verlaufen konnte.

Michael Zeuske ist einer der wenigen deutschen Historiker, der regelmäßig über die Weltgeschichte der Sklaverei forscht und der mit seinen (zahlreichen) deutschsprachigen Veröffentlichungen auch für Rezeption der internationalen Forschung über den transatlantischen Sklavenhandel und die Plantagensklaverei in den Amerikas sorgt. Sein neues Buch folgt seinem 2013 ebenfalls bei De Gruyter erschienenen grundlegenden „Handbuch Geschichte der Sklaverei. Eine Globalgeschichte von den Anfängen bis heute“ und elaboriert einen bereits dort thematisierten Teil des transatlantischen Sklavenhandel, die Akteure auf der Täterseite: Finanziers, Ausrüster, Kapitäne und Schiffsoffiziere, Faktoren, Verwalter und Bewacher der Sklavendepots etc.

Über die vielfältige Zusammensetzung der Profiteure des Sklavenhandels war bereits mehr bekannt als über ihre afrikanischen Opfer. Dennoch ist es erstaunlich, welche Fülle neuer Mikrogeschichten Zeuske aus unzähligen archivalischen Quellen v. a. aus dem spanisch-lusophonen Raum zusammengetragen und in einen systematischen Zusammenhang gesetzt hat. Liest man die vielen Lebensgeschichten, die er für die Täterseite versammelt hat, muss man sich von dem Idealtypus des englischen oder französischen Kaufmanns, der in den europäischen Metropolen des Sklavenhandels residierte und mit der Praxis des Menschenhandels kaum in Berührung kam, verabschieden. Vorherrschend waren vielmehr Karrieren wie die von Daniel Botefeur, geb. 1770 in Hannover. Zeuske stellt ihn uns als geradezu idealtypische Figur für seinen Buchtitel vor. In seiner Karriere als Sklavenhändler führte Botefeur nicht nur ein familiäres Doppelleben in Afrika und Amerika, sondern verbrachte auch die meiste Zeit seines Berufslebens quasi als „Atlantikkreole“ zwischen diesen Kontinenten.

Nach bescheidenen Anfängen als Schiffsarzt verschaffte er sich als Fakturist einflussreiche gewinnbringende Stützpunkte an der Sklavenküste Westafrikas, wo er zugleich mit einer afrikanischen Frau eine Familie gründete. Später brachte er es zu einem beträchtlichen Vermögen in der Anfangsphase der kubanischen Zuckerrevolution. Er heiratete in eine der angesehensten Familien Havannas ein und repräsentierte zugleich den aufstrebenden Plantagensektor, für den er als „Negrero“ die Arbeitskräfte lieferte.

Zeuske hält den wirtschaftlichen Austausch zwischen Europa, Afrika und Amerika für das zentrale Antriebsmoment des Handelskapitalismus bzw. „Kriegskapitalismus“, wie der deutsche Harvard-Historiker Sven Beckert jüngst die Epoche bezeichnete. Das wichtigste Wirtschaftsgut des transatlantischen Handels waren Menschen aus Afrika, die als Sklaven zu Waren reduziert wurden, um auf den Plantagen Amerikas als Zwangsarbeiter eingesetzt zu werden. Durch die Investition in versklavte menschliche Arbeitskraft und die rudimentäre Verbindung von Land und Industrie in Form der Zuckerplantage („factory in the field“) passierte idealtypisch das, was Marx als „ursprüngliche Akkumulation von Kapital“ bezeichnet hat, ganz gleich, ob es später in feudale Rente oder Industriekapital transferiert wurde.

Das Buch setzt über weite Strecken Vertrautheit mit dem Thema voraus und erschließt sich manchmal nur mit Rückgriff auf das bereits erwähnte Handbuch. Beide Werke werden leider schon wegen des Preises von insgesamt mehr als 250 € Bibliotheksbücher bleiben. Sie bieten aber den Leser/innen, die an außereuropäischer Geschichte interessiert sind, eine gute Zusammenfassung der internationalen Forschung und eine Fülle an in eigenständiger Archivarbeit erschlossenen Mikrogeschichten aus der Weltgeschichte des Sklavenhandels und der Sklaverei.

CLAUS UND KATJA FÜLLBERG-STOLBERG  
Hannover

## C. Sozialgeschichte

VSWG 104, 2017/2, 304–305

Monika Ankele / Eva Brinkschulte (Hg.):

### **Arbeitsrhythmus und Anstaltsalltag: Arbeit in der Psychiatrie vom frühen 19. Jahrhundert bis in die NS-Zeit**

Steiner, Stuttgart 2015, 327 S. (3 Abb., 4 Tab., 6 Fotos), 48,00 €.

Der Sammelband tritt mit dem Anspruch an, in zehn Beiträgen von v. a. Medizinhistorikern einen Überblick über die thematische Vielfalt der psychiatrischen Arbeitstherapie in Deutschland zu bieten. In seinem Beitrag untersucht Thomas Müller die Patientenarbeit im württembergischen Anstaltswesen und weist nach, wie sich die Differenz zwischen Heil- und Pflegeanstalten entscheidend auf die Bedeutung und Organisation der Anstaltsarbeit auswirken konnte. Müller findet eine „vergleichsweise kontinuierliche arbeitstherapeutische Experimentierfreudigkeit“ (S. 68), die weit ins 19. Jh. zurückreicht. Der Beitrag von Anna Urbach widmet sich der Rechtfertigung, Durchführung und Aneignung der Arbeitstherapie in der Landes-, Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe vor dem Ersten Weltkrieg. Urbach zeigt, wie die „therapeutischen“ Effekte der Anstaltsarbeit sich weniger in der Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt oder in einer sozialen Rehabilitation, vielmehr in deren Integration in den Anstaltsalltag selbst manifestierten. Petra Fuchs befasst sich mit der umfangreichen Tätigkeit des völlig in Vergessenheit geratenen Pädagogen und langjährigen Leiter der sogenannten Idiotenanstalt in Berlin, Hermann Piper (1846–1923), des wohl wichtigsten Vertreters der „Schwachsinnigenfürsorge“ in Deutschland.

Viele Beiträge beziehen sich auf das von Hermann Simon (1867–1947) entwickelte Gütersloher Model der „aktiveren Krankenbehandlung“, das ab Mitte der 1920er Jahre in vielen Anstalten eingeführt wurde. Monika Ankele behandelt die Auseinandersetzung von Gewerkschaften und politischen Parteien mit der Simon'schen Arbeitstherapie Ende der 1920er Jahre. Maike Rotzoll untersucht die Arbeitstherapie an der psychiatrischen Klinik in Heidelberg, wo Carl Schneider (1891–1946) entschieden weiter als Simon ging und die Arbeitstherapie nicht nur auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen, sondern auch auf akut-Kranke auszudehnen versuchte. Da sich Schneiders Vorhaben jedoch als extrem personalintensiv erwies, war sie weder wirtschaftlich zweckmäßig noch angesichts des allgemein wachsenden Personal mangels der 1930er Jahre längerfristig durchführbar. Auch wenn die Arbeitstherapie in den Anstalten in dieser Zeit abnahm, wurde die Arbeitsfähigkeit im NS schließlich de facto zum Selektionskriterium für den Krankenmord.

Zu den drei wichtigsten Ergebnissen des Sammelbandes zählen erstens die Erkenntnis, dass Arbeit als therapeutisches Konzept – schon lange und jenseits aller politischen Zäsuren – einen fixen Platz im Therapieangebot der Anstaltspsychiatrie hatte. Zweitens ist besonders verdienstvoll, dass in vielen Beiträgen die starke Ambivalenz der Anstaltsarbeit nachgezeichnet wird: sie konnte in unterschiedlichen historischen und institutionellen Kontexten primär fürsorglichen, therapeutischen, ökonomischen, biologischen, wissenschaftlichen oder unter der extremen Situation des Nationalsozialismus sogar auch exterminatorischen Zielen dienen. Schließlich ist drittens hervorzuheben, dass der Band den weit verbreiteten, aber historisch reduktiven Topos von psychiatrischen Anstalten als „Verwahrhäuser“ relativieren kann, indem aus vielen Beiträgen hervorgeht, dass die

Arbeitstherapie oft jenseits der Anstaltsmauern in Form von Familienpflege oder landwirtschaftlichen Kolonien organisiert war.

Gelungener wäre der Band gewesen, wenn nicht bloß die Darstellung historischer Vielfalt als Ziel gesetzt, sondern auch aktuelle Forschungsfragen aufgegriffen und weiterbearbeitet worden wären. Vergeblich sucht der Leser nach einer klar ausformulierten Fragestellung sowie einer historiographischen Verortung des Bandes: Zur Einführung haben die Herausgeber nur „Anmerkungen“ (S. 10–13) und „Assoziationen“ (S. 21–28) zu bieten. Sie konstatieren „kaum einschlägige Publikationen“ (S. 12) zum Thema Arbeitstherapie, führen aber dann offenbar pro forma zahlreiche „Ausnahmen“ an, ohne sich mit deren Ergebnissen oder Fragestellungen näher auseinanderzusetzen. Bedauerlich ist auch die teleologische Ausrichtung des Bandes auf das Jahr 1945, die den irreführenden Eindruck hinterläßt, dass die Arbeitstherapie ihren historischen Zenit als Selektionskriterium des nationalsozialistischen Krankenkurses erreichte. Hier wäre ein weiterer Beitrag zu den Nachkriegsjahren oder aber ein internationaler Vergleichsmaßstab wünschenswert gewesen.

ERIC J. ENGSTROM  
Berlin

VSWG 104, 2017/2, 305–307

Dittmar Dahlmann / Klaus Heller / Jurij A. Petrov (Hg.)  
**Protestanten und Altgläubige – Juden und Muslime. Die ethno-konfessionelle Struktur der russländischen Unternehmerschaft vor 1914**  
(Migration in Geschichte und Gegenwart 8). Klartext, Essen 2015, 462 S., 29,95 €.

Die Erforschung des russländischen Unternehmertums steckt noch in den Kinderschuhen. Sie setzte in Russland erst in den 1990er Jahren in der Erwartung ein, vor dem Oktoberumsturz eine ‚gute Tradition‘ zu entdecken. Dabei lag angesichts der besseren Finanzierungsmöglichkeiten der Schwerpunkt auf Bankiers. Der Titel legt den Akzent auf eine Besonderheit Russlands, nämlich die sehr heterogene ethnische und konfessionelle Zusammensetzung der Unternehmerschaft. Altgläubige und Juden waren sogar religiöser Verfolgung ausgesetzt und wurden rechtlich diskriminiert. Ausgehend von Max Webers These, wonach das protestantische Ethos die Entwicklung des Kapitalismus begünstigte, wirft Jurij Petrov die Frage auf, ob auch im russischen Kontext bestimmte Religionsbekenntnisse unternehmerisches Handeln beförderten (S. 20 f.).

Der Band präsentiert die Beiträge der Abschlusstagung des Forschungsprojekts „Die Unternehmerschaft des Russischen Reiches 1815–1914. Konfessionelle und ethnische Strukturen, kommunalpolitische und karitative Aktivitäten“. Sie fand bereits 2009 in Bad Honnef statt. Die russischsprachigen Beiträge erschienen 2010 in Sankt Petersburg. Sammelbände können, wenn ihnen eine Konzeption zugrunde liegt, sehr sinnvoll sein. Für Informationen zum Forschungsprojekt und zur Fragestellung sollte der interessierte Leser die vor Ungenauigkeiten strotzende (so wird S. 10 Stalins Tod auf 1952 datiert) Einleitung von Klaus Heller (S. 9–16) überspringen und direkt mit der Einführung zur russischen Publikation von Jurij Petrov (S. 17–28) beginnen.

Es geht nicht um einen repräsentativen Überblick über die Zusammensetzung des russländi-

schen Unternehmertums. Vielmehr wurden drei städtische Zentren ausgewählt, in denen Minderheiten unter den Unternehmern vor 1914 stark vertreten waren: Moskau mit den Altgläubigen, die sich Mitte des 17. Jh.s von der Orthodoxen Kirche abgespalteten; Sankt Petersburg mit Juden und Westeuropäern, insbesondere protestantischen Deutschen; die mittlere Wolgaregion mit Muslimen. Untersucht wird, in welchem Maße diese Minderheiten als Katalysator des Wirtschaftswachstums dienten, ob sie ihre religiöse und kulturelle Identität bewahrten oder ob durch Akkulturation und Assimilierung eine Selbstidentifikation als allrussisches Unternehmertum einsetzte.

Fünf Beiträge präsentieren jüdische Unternehmer, vornehmlich Bankiers (S. 117–218): Galina Uljanova gibt einen Überblick über die rechtliche Diskriminierung der Juden im 19. Jh. Nur wer sich in die Erste Gilde einschrieb, durfte den Ansiedlungsrayon verlassen und in die Hauptstädte Moskau oder Sankt Petersburg ziehen. Sergej Lebedev befasst sich mit den Juden in Petersburg. Sie stellten seit den 1860er Jahren die Finanzelite Russlands und wurden zu einer transnationalen Gemeinschaft. Johannes Raschka erzählt die Geschichte der aus Vitebsk stammenden jüdischen Bankiersfamilie Gincburg. Pavel V. Lizunov behandelt namhafte jüdische Kaufleute an der Wertpapierbörse Sankt Petersburgs. Problematisch ist seine unkommentierte Übernahme antisemitischer Bewertungen aus den Quellen. Jurij Petrov befasst sich mit dem „Moskauer Rothschild“, dem jüdischen Bankier Lazar‘ S. Poljakov. Fünf weitere Beiträge widmen sich deutschen Unternehmern. Lutz Häfner zeigt in seiner Fallstudie zu Saratov auf, warum zugewanderte Wolgadeutsche und Juden die eingewurzelte orthodoxe Elite überflügelten (S. 83–115). Wolfgang Sartor blickt unter Verwendung zahlreicher Statistiken auf deutsche Großunternehmer in Petersburg und fragt nach den familiären und konfessionellen Strukturen dieser „handelsgewerbliche[n] Diaspora“ im Vergleich mit britischen Kaufleuten (S. 253–286). Anton Petrov behandelt die Niederlassungen der deutschen Chemieindustrie in Moskau (S. 287–300), Dittmar Dahlmann die Familie Knoop mit ihrem russischen und internationalen Netzwerk (S. 301–311). Klaus Hellers Beitrag zeigt, dass wenig Veranlassung besteht, die Entwicklung des privaten Unternehmertums vor 1914 zu optimistisch zu beurteilen. Die zeitgenössische russische Öffentlichkeit kultivierte ein ausgesprochen negatives Bild von Kaufleuten und Unternehmern und sah in ihnen vor allem Gauner und Betrüger. Die erfolgreichen deutschen Unternehmer galten als hochmütig und rechthaberisch (S. 219–251). Drei Beiträge behandeln die Altgläubigen. Dabei löst Valerij Kerov den Anspruch ein, den Zusammenhang von unternehmerischem Verhalten und Religionsbekenntnis herauszuarbeiten: Den Altgläubigen ging es mit kapitalistischer Tätigkeit vor allem um die Erhaltung und Vermehrung ihres Glaubens. Aufgrund ihrer Verfolgung übertrugen die Altgläubigen-Gemeinden ihr Vermögen auf erfolgreiche Mitglieder, die sich durch Einschreibung in die Erste Gilde von Verfolgung freikaufen konnten. Grundlage des Reichtums vieler bedeutender altgläubiger Moskauer Unternehmer waren Mittel aus den Gemeindekassen. Kerov betont die Bedeutung des altgläubigen Ethos der Askese und Sparsamkeit für ihre ‚kapitalistische‘ Ausrichtung. Als Vorbilder eines zukunftsweisenden russländischen Unternehmertums waren die Altgläubigen aber wenig geeignet. Vorpetrinischen Werten und Mythen russischer Überlegenheit verbunden, waren sie extrem konservativ ausgerichtet und verlangten vom Staat die Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz (Heller, S. 237–251). Wenn Matthias Winterschladen sie entsprechend ihrer Selbstinszenierung als fortschritts- und zukunftsorientierte „junge Progressive“ präsentiert (S. 54 f.), ist kritische Distanz zu vermissen (S. 45–82). Schließlich gehen Radik Sachilov, Ramil Chajrutdinov und Michail Šacillo auf muslimische Unternehmer ein (S. 345–399). Orthodoxe (außer konvertierten Deutschen und Juden) bleiben in

diesem Band außen vor. Sicher ist, dass Orthodoxe unter den Unternehmern in Bezug auf ihren Bevölkerungsanteil deutlich unterproportional vertreten waren.

Der insgesamt lesenswerte Band vermittelt ein widersprüchliches Bild des Unternehmertums. Die kontrovers diskutierte Frage, ob in Russland ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes freies Unternehmertum eine Chance gehabt hätte oder ob zur Überwindung der Rückständigkeit die Ausrichtung auf den Staat erforderlich war, wird ausgeblendet. Dazu hätte die Strategie erfolgreicher Unternehmer in den Blick genommen werden müssen. Nur Boris Anan'ič fragt, was für ein Kapitalismus in Russland im Entstehen begriffen war (S. 29–43). Heller behauptet, Russlands ‚äußerst erfolgreiches Unternehmertum‘ hätte die vorrevolutionäre Wirtschaft tatsächlich besser gestalten können, „wenn man ihm nur den dafür notwendigen Freiraum [...] gegeben hätte“ (S. 14). Daran lassen einige Beiträge aber durchaus zweifeln, etwa Jurij Petrovs Schilderung des Bankrotts des jüdischen Bankiers Poljakov (S. 205–218). Tatsächlich deuten die Beiträge zu den Juden und den Altgläubigen auf eine starke Ausrichtung auf den Staat. Nicht das Bestehen in marktwirtschaftlicher Konkurrenz, sondern die Nähe zur autokratischen Herrschaft oder der Ruf nach Protektionismus als Schutz vor ausländischer Konkurrenz erwiesen sich als Erfolgsrezepte. Daran scheint sich bis heute wenig geändert zu haben. Das unterstreicht die Pfadabhängigkeit von Wirtschaftsordnungen.

STEPHAN MERL

Bielefeld

VSWG 104, 2017/2, 307–308

Ulrike Gaida

### **Diakonieschwestern. Arbeit und Leben in der SBZ und der DDR**

Mabuse, Frankfurt a. M. 2015, 362 S. (12 Abb.), 19,95 €.

Die Autorin, selbst Krankenschwester und Historikerin, gibt in ihrem Buch einen Einblick in den Alltag von Mitgliedern des Evangelischen Diakonievereins Berlin-Zehlendorf, der 1894 in kritischer Auseinandersetzung mit der Mutterhausdiakonie Kaiserswerther Prägung entstand. Die Studie basiert auf Leitfaden-gestützten Interviews mit 44 Diakonieschwestern der Geburtsjahrgänge 1924 bis 1969 und deckt damit den Erfahrungshorizont mehrerer Generationen ab. Die meisten der Befragten sind unverheiratet und haben daher in der Schwesterngemeinschaft nicht nur ihren beruflichen, sondern auch ihren privaten Lebensmittelpunkt. Die Tatsache, dass zwei der Befragten noch vor Erscheinen des Buches verstorben sind, belegt die aktuelle Dringlichkeit der Durchführung von Oral-History-Projekten zur DDR-Geschichte. Die Publikation wendet sich vorrangig an einen nichtwissenschaftlichen Leserkreis, aber auch Historiker werden insbesondere die Interviewauszüge mit Gewinn lesen können.

In fünf Kapiteln werden die Lebensumstände in Ostdeutschland, Formen der politischen Repression, Arbeits- und Wohnverhältnisse, Gemeinschaftsleben, die Arbeitsfelder in- und außerhalb von Krankenhäusern sowie die persönlichen Erlebnisse der sogenannten Wende-Zeit behandelt. Eine Einleitung der Archivarin des Diakonievereins, Margret Rüsen, gibt Einblicke in die Projektkonzeption und -durchführung, die zusätzlich herangezogenen Archivquellen und die Geschichte

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017



der Institution. Im Anhang dienen ein Verzeichnis der Interviewpartnerinnen, Interviewleitfaden, Zeitleiste und Glossar der Orientierung. Jedes Kapitel wird durch historische Informationen eingeleitet, die auch dem nicht vorgebildeten Leser Orientierung geben und den Rahmen für die subjektiven und häufig deskriptiven persönlichen Aussagen der Schwestern bilden.

Die Eintrittsvoraussetzungen der Diakonieschwestern waren vom gesellschaftlichen Umfeld geprägt. Im Kontext der sozialistischen Gesellschaft war es christlich gebundenen jungen Frauen oft nicht möglich, in staatlichen Schulen eine Ausbildung zu erhalten oder zu studieren, so dass sie auf den kirchlichen Bereich angewiesen waren. Dies erklärt auch das hohe Bildungsniveau an den Schwesternschulen, denn meist stammten die Schülerinnen aus dem Bildungsbürgertum, beispielsweise aus Pfarrerrfamilien, und hätten sicher eine Hochschulausbildung angestrebt. Gemeinsam war allen interviewten Schwestern die christliche Grundeinstellung unter dem Motto „Wir wollen dem Herrn dienen, indem wir den Bedürfnissen der Zeit dienen“.

Hervorzuheben sind die Schilderungen von Repressalien, denen die Schwestern als Gruppe wie auch einzeln ausgesetzt waren. So wurde ihnen beispielsweise in den 1950er Jahren aus ideologischen Gründen in zahlreichen städtischen Kliniken gekündigt, da sie ihre Patienten „nicht sozialistisch“ heilten – in der Presse stellten die Machthaber den Rückzug der Schwestern als Flucht nach Westdeutschland dar. Die Arbeitsgebiete der Diakonieschwestern verlagerten sich im Laufe der Zeit immer mehr in den rein kirchlichen Bereich. So überließ die Staatsführung ihnen gern die Betreuung behinderter Menschen, da diese nicht mehr ideologisch zu beeinflussen waren. Die meisten Schwestern berichteten von Überwachung durch weltliche Kollegen, „angezapften“ Telefonen und willkürlichen Polizeiverhören. Selbst das Aufsuchen einer Wahlkabine galt schon als Akt des Widerstandes, der berufliche Nachteile mit sich brachte, da es üblich war, die Stimmzettel in aller Öffentlichkeit auszufüllen. So ist es nachvollziehbar, dass die Schwestern die evangelische Kirche und die Diakonie als schützende Insel sahen, die ihnen die Praktizierung ihres Glaubens ermöglichte. Fast überlebensnotwendig waren Patenschaften einzelner Diakonieschwestern aus Westdeutschland für Schwestern in der DDR sowie diakonischer Organisationen der Bundesrepublik für ostdeutsche kirchliche Heime und Krankenhäuser. Dies wurde durch die Staatsführung nicht nur geduldet, sondern regelrecht eingeplant, da kirchliche Gesundheitseinrichtungen weniger Mittel zugewiesen bekamen als staatliche. Nach dem Mauerbau 1961 erschwerten sich die Kontaktmöglichkeiten. Die Schwestern firmierten nun als „Diakonieschwesternschaft in der DDR“ und stellten sich unter den Schutz des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Die gesellschaftliche Umbruchsituation nach 1989 hatte sie zwar von weltanschaulichem Druck befreit. Neu waren nun aber wirtschaftliche Zwänge, die beispielsweise zur Schließung von Kliniken und damit zum Abbruch von Berufsbiographien führten. Erst im April 1991 konnte die staatliche Wiedervereinigung auch von den Schwestern nachvollzogen werden.

Der Autorin ist ein überaus interessanter Einblick in ein bisher kaum beachtetes Gebiet der DDR-Geschichte und des sozialen Protestantismus gelungen. Vor allem denjenigen, die das Leben in der DDR nicht selbst kennen gelernt haben, bietet sich so eine Möglichkeit, Kenntnisse über den dortigen Alltag zu erwerben und Verständnis für die besonderen Lebensleistungen der Diakonieschwestern zu entwickeln. Dem Buch ist daher eine große Verbreitung insbesondere unter jüngeren Lesern zu wünschen.

ANNETT BÜTTNER  
Düsseldorf

VSWG 104, 2017/2, 309–310

Mark Glickman

**Stolen Words. The Nazi Plunder of Jewish Books**

University of Nebraska Press, Lincoln 2016, 344 S. (34 Abb., 1 Tab.), 29.95 \$.

Historisches Gedächtnis ist nicht nur mit Fakten und Narrativen verbunden, sondern in hohem Maße auch mit Bildern und Symbolen. Dies gilt auch und gerade für die Erinnerung an den Holocaust: Das Schreiben, Lesen, Sprechen über den Massenmord an den europäischen Juden evoziert unweigerlich die Bilder der Gleise, die ins Vernichtungslager Auschwitz führten, der Berge von ausgemergelten Leichen oder der undefinierbaren Räume, in denen die Goldzähne und Haare der Toten aufgetürmt waren. Dem Reformrabbiner und Publizisten Mark Glickman indes fiel im Kontext des Erinnerns auf, dass ein zentraler symbolischer Ausdruck des Schreckens im historischen Gedächtnis merkwürdig abwesend ist: die vielen Millionen von den Nazis geraubten jüdischen Bücher, deren einstige Besitzer nicht mehr existieren und die einen großen Teil der europäisch-jüdischen Kultur vor deren weitgehender Vernichtung in sich bergen. Dieser Geschichte nachzuspüren und sie ins Gedächtnis zu heben, ist explizites Ziel des vorliegenden Buches.

Formal ist der reich bebilderte Band in eine Einleitung, ein Nachwort und elf thematische Kapitel gegliedert. Die Einleitung (S. 1–14) führt den Leser über die essayistisch gehaltene Schilderung eines privaten Erlebnisses – den Erwerb eines bedeutenden rabbinischen Gesetzeswerkes – an das Thema heran. Im ersten Kapitel (S. 15–52) taucht der Leser gewissermaßen in die Welt des jüdischen Buches ein, und er erhält darüber hinaus in gedrängter, aber gut lesbarer Form einen Einblick in die Kultur des Judentums. Dazu bedient sich Glickman eines ungewöhnlichen Mittels, das den eher populären Charakter des Buches verdeutlicht: Mithilfe einer fiktiven Geschichte, in der der Leser eine Führung durch die Bestände der einstigen Strashun-Bibliothek in Vilnius erhält, breitet der Autor den weiten Horizont jüdischer Literatur – von Torah und Talmud über Gesetzeskodizes und Bibelkommentare bis hin zu wissenschaftlichen und belletristischen Werken – vor dem Leser aus. Während im zweiten (S. 53–71) und dritten Kapitel (S. 73–93) die antisemitische Verfolgung im Mittelalter skizziert wird, zu der auch die Vernichtung von jüdischen Büchern gehörte, springt Glickman im vierten Kapitel (S. 95–118) schließlich in die Zeit seines eigentlichen Interesses – den Nationalsozialismus – und verdeutlicht, dass der nationalsozialistische Antisemitismus sich auch im Hinblick auf die Buchpolitik vom vormodernen Antijudaismus unterschieden habe. Anstatt Bücher zu verbrennen, hätten die Nazis – von der laut Glickman (S. 82 f.) wenig programmatischen Bücherverbrennung 1933 abgesehen – jüdische Bücher geraubt und gesammelt. Für antisemitische Judaisten und Hebraisten war die intime Kenntnis der jüdischen Literatur eine Waffe im Kampf gegen das imaginierte „Weltjudentum“. Anstatt dessen Literatur einfach zu zerstören, wollte man sich das vermeintliche Geheimwissen der Juden aneignen. Im fünften Kapitel (S. 119–150) rekonstruiert Glickman deshalb minutiös, welche Personen und Organisationen welche Bibliotheken plünderten. Er betont, dass die Institutionen dabei nur selten zusammenarbeiteten, sondern sich gegenseitig Konkurrenz machten – ein Muster, das in der NS-Forschung auch aus anderen Bereichen zur Genüge bekannt ist. Um eine Vorstellung von den Ausmaßen zu erhalten, sei nur auf das Beispiel Frankreich verwiesen, wo allein Alfred Rosenbergs Einsatzstab 50.000 Bände aus den Beständen der Alliance Israélite Universelle, 10.000 aus L'École Rabbinique, 4.000 von der Fédération

des Sociétés Juives de France, 20.000 aus der Buchhandlung Lipschuetz und weitere 28.000 aus der Privatbibliothek der Familie Rothschild raubte. Glickman schätzt, dass die Nazis insgesamt mehr als 35 Millionen Bücher stahlen (S. 150).

Aber es gab auch Widerstand (S. 151–183): Bücher wurden versteckt und außer Landes geschmuggelt, wie etwa von der „Paper Brigade“ des Dichters Abraham Sutzkever, der es gelang, tausende Bücher aus dem YIVO-Institut in Vilnius zu retten. Im kurzen siebten Kapitel (S. 185–194) beschreibt Glickman, wie die alliierten Truppen nach Kriegsende die Restbestände geraubter jüdischer Kulturschätze sicherten, im achten (S. 195–221) widmet er sich der komplizierten Frage der Restitution. Das neunte (S. 223–249) und zehnte Kapitel (S. 251–277) schließlich beleuchten den „battle of the books“, in dessen Zentrum die Frage steht, wer eigentlich nach 1945 das jüdische Volk repräsentierte: Israel, die jüdische Gemeinde in den USA oder die in Großbritannien? Und welche Institution hatte den Alleinvertretungsanspruch? Diese essentielle Frage, so der Autor, wurde auch anhand des Problems diskutiert, welche Bibliotheken die Bücher der ermordeten Juden erhalten sollten (S. 226 f.). Im abschließenden elften Kapitel (S. 279–293) greift Glickman einige eher aktuelle Geschehnisse heraus, die belegen, dass die Rückgabe jüdischer Bücher noch immer nicht abgeschlossen ist.

Das Werk erzählt auf seinem Rundgang durch die tragische Geschichte jüdischer Bücher fesselnde und überraschende Geschichten, die weit über die trockene Rekapitulation der Zahlen und Fakten hinausgehen. Wenn man eine Schwäche des Bandes benennen sollte, dann wäre es die, sich bisweilen in Anekdoten und Exkursen zu verlieren. Bezüglich der Forschungslage wäre anzumerken, dass die verwendete Literatur letztlich doch überschaubar bleibt und zahlreiche neuere Veröffentlichungen nicht berücksichtigt werden. Auf Archivquellen wird kaum zurückgegriffen. Auch offenkundige Fehler haben sich eingeschlichen: Kann man sich über die konsequente Falschschreibung des Vornamens von Hitler als „Adolph“ vielleicht noch amüsieren (S. 78, S. 100 f., Index), ist die Verortung Sulzbachs – einer Hauptstadt jüdischen Buchdrucks in der Frühen Neuzeit – im Südosten Deutschlands, „just a few miles from the borders of France and Luxembourg“ (S. 6), nur noch ärgerlich. Doch diese Makel vermögen den positiven Gesamteindruck nur unwesentlich zu schmälern. Mark Glickman hat ein fesselndes, überraschendes und wichtiges Buch verfasst, dem nur zu wünschen ist, dass es den Horizont des historischen Gedächtnisses nachhaltig erweitert.

PHILIPP LENHARD

München

VSWG 104, 2017/2, 310–312

Kay Peter Jankrift

### **Im Feuer des Glaubens. Das Schicksal einer jüdischen Familie im Zeitalter der Inquisition**

Klett-Cotta, Stuttgart 2014, 295 S. (15 Abb., 3 Tab.), 22,95 €.

Die Biographie der Gracia Mendes Nasi (1510–1569), deren christlicher Taufname Beatrice de Luna lautete, wird aufgrund der guten Quellenlage immer wieder als markantes Beispiel für die Geschichte der (krypto-)jüdischen Familien Sefarads, also der Iberischen Halbinsel, herangezogen.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Infolge des Alhambra-Edikts, in dem die Katholischen Könige Ferdinand und Isabella die Vertreibung der Juden aus den Territorien der Kronen Kastilien und Aragón zum 31. Juli 1492 befahlen, sofern diese bis zu diesem Termin nicht zum Christentum übergetreten waren, verließen zahlreiche jüdische Familien das Land. Bis 1497 bot wenigstens den Vermögenden unter ihnen das portugiesische Königreich Schutz. Infolge der Eheschließung König Manuels I. von Portugal (1469–1521) mit Isabella, einer Tochter des spanischen Königspaares, änderte sich die Situation: Auch die jüdischen Einwohner Portugals waren nun vor die Alternative gestellt, zum Katholizismus überzutreten oder zu emigrieren. Die meisten sephardischen Juden verließen die Iberische Halbinsel in Richtung Nordwestafrika und Osmanisches Reich oder gingen nach Antwerpen, Amsterdam, Hamburg, Bordeaux, Livorno, Ferrara und Venedig. Als Neuchristen migrierte ein Teil in die überseeischen Kolonien der europäischen Mächte.

In seinem Sachbuch greift der Vf. die in der internationalen Forschung bereits gut aufgearbeitete Geschichte der Beatrice de Luna und ihrer weit verzweigten Familie, den Mendes-Beneviste-Nasi, auf und erzählt sie in allgemein verständlicher Form neu. Einleitend thematisiert er die Geschichte der Inquisition, die im Zuge der 1478 von Papst Sixtus IV. erlassenen Bulle *Exigit sinceræ devotionis* in Kastilien eingeführt wurde und sich auf der ganzen Iberischen Halbinsel etablierte. Das zweite Kapitel thematisiert das Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen in al-Andalus sowie Erscheinungsformen religiöser Ausgrenzung und Verfolgung in Spanien bis zum Ende der Reconquista 1492. Anschließend wird die Phase der Auswanderung und der Zwangstaufen von Juden dargestellt. Am Beispiel der Familie Mendes, die – sobald die Umstände es zuließen – wieder zum Judentum zurückkehren wollte, wird auf die Problematik der *Conversos* eingegangen: der äußerlich christianisierten, insgeheim aber ihren Glauben weiter praktizierenden Juden. Auf der Iberischen Halbinsel wurden *Conversos* immer wieder Zielscheibe von antijüdischen Ausschreitungen und Denunziationen bei der Inquisition, die mitunter auch aus den eigenen Reihen kamen. Beatrice de Luna heiratete 1528 in Lissabon den Kaufmannsbankier Francisco Mendes und zog nach seinem Tod 1536 zu ihrem Schwager Diogo Mendes in die florierende Handelsmetropole Antwerpen.

Im dritten Kapitel wird die Familiengeschichte nach dem Tod des Diogo Mendes im Jahre 1542 dargestellt. Beatrice de Luna erbte das Familienvermögen und erwies sich in der Folgezeit als hervorragende Geschäftsfrau. 1544 verließ sie Antwerpen und reiste mehrere Jahre mit Tochter, Schwester, Schwiegertochter und Schwiegersohn durch Europa, wobei sie u. a. in Ferrara und Venedig Station machte. Kapitel vier beschreibt die Rolle der Familie im Osmanischen Reich, wo sie sich um die Mitte des 16. Jh.s niederließ. Gracia Mendes, die sich mittlerweile wieder offen zu ihrem jüdischen Glauben bekannte, gründete gemeinsam mit ihrem Neffen Joseph Nasi ein erfolgreiches Bankhaus in Istanbul; auf ihren Einfluss war es maßgeblich zurückzuführen, dass Sultan Süleyman der Prächtige wiederholt bereit war, Juden in seinem Reich anzusiedeln, ihnen Schutz vor Verfolgung zu gewähren und diesen Schutz sogar auf jüdische Protegés im Ausland auszudehnen.

Das Buch basiert weitgehend auf Sekundärliteratur, die im Narrativ einer konventionellen Vertreibungsgeschichte zusammengefasst wird. Moderne geschichtswissenschaftliche Ansätze wie die Geschlechtergeschichte, das Konzept der *Port Jews* oder die Vorstellung vom Mittelmeer als interkulturellem Interaktionsraum spielen hingegen keine Rolle. Dies gilt auch für die Literaturauswahl: Während etwa auf Marianna Birnbaums eher belletristische Aufarbeitung des Lebens von Gracia Mendes immer wieder Bezug genommen wird, wurden wichtige neuere Studien wie Renée Levine

Melammeds *Heretics or Daughters of Israel? The Crypto-Jewish Women of Castile* (2002) offenbar nicht konsultiert.

Zahlreiche Exkurse – zum Beispiel über den Priesterkönig Johannes, die Geschichte der Kartographie, die Schiffe, mit denen Kolumbus in die Neue Welt segelte, oder die Entwicklung der Alphabetisierungsrate bis ins frühe 20. Jh. – unterbrechen eher den Erzählfluss als ihn zu unterstützen. Manche Formulierungen wirken irritierend. Mit der „Stadt am Zwin“ (S. 177) ist nicht, wie zu erwarten wäre, Brügge gemeint, sondern das tatsächlich an der Schelde liegende Antwerpen; Johann Vuysting bzw. Johannes de la Foia wird ohne nähere Erläuterung oder Begründung als „Kettenhund“ Kaiser Karls V. (S. 154) bezeichnet. Das Bildmaterial ist wenig aufschlussreich. So finden sich zwar Abbildungen von Skiapoden (einer fiktiven Gattung von „Monstern“) und diversen Renaissanceherrschern, aber kein Porträt der Gracia Mendes, obwohl eine Porträtmedaille aus dem Jahre 1558 überliefert ist. Insgesamt wird das Buch der wirtschafts-, religions- und kulturgeschichtlichen Bedeutung dieser sephardischen Familie in einer überaus wechselvollen Epoche leider nur partiell gerecht.

MICHAELA SCHMÖLZ-HÄBERLEIN

Bamberg

VSWG 104, 2017/2, 312–314

Márkus Keller

**Experten und Beamte. Die Professionalisierung der Lehrer höherer Schulen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Ungarn und Preußen im Vergleich** (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas 24). Harrassowitz, Wiesbaden 2015, 276 S. (6 Abb.), 54,00 €.

Diese aus der Dissertation des Vf.s hervorgegangene Studie ist auf zweierlei Weise ambitioniert. Auf der einen Seite ergänzt Keller die seit Jahrzehnten zurückliegende Literatur zur Geschichte der bürgerlichen Professionen im 19. Jh. durch einen neuen Beitrag zur Entstehung einer organisierten Lehrerschaft an den höheren Schulen in Ungarn. Damit will er eine Schieflage der älteren Literatur, die in der Tat zu sehr auf westeuropäischen und englischsprachigen Ländern fokussiert ist, ein Stück weit zurechtrücken. Darüber hinaus legt er die erste systematisch vergleichende Behandlung der preußischen und der ungarischen Fälle vor. Aus beiden Gründen ist diese Arbeit begrüßenswert.

In der Einleitung ortet Keller diese Fragestellung zunächst in die historische Bürgertumsforschung ein. Das ist sicherlich passend, denn die Lehrerschaft an den höheren Schulen dieser Länder kam oft aus niederen Schichten und strebte eine Verbürgerlichung ihres Standes durch ihre Zertifizierung als Wissenschaftler an. Somit stellt sich die Frage nach der Rolle des Staates als Zertifizierungsinstanz sowie als Arbeitgeber in beiden Ländern. Bereits im Titel der Studie wird das zentrale Moment des Vergleichs genannt: das Spannungsverhältnis zwischen dem Expertenstatus der Lehrer als Wissenschaftler und deren darauf beruhender Forderung nach Freiheit in der Gestaltung der Lehre an den Schulen wie auch der Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit auf der einen Seite

sowie der Funktion von Lehrern als Beamten, also als Dienstleister für den Staat auf der anderen. Verkomplizierend kommen jedoch die vielen höheren Schulen in beiden Ländern mit nichtstaatlicher Trägerschaft hinzu – in Preußen die Kommunen und in beiden Ländern die Kirchen; in Ungarn war sogar die große Mehrheit der Lehrer an solchen Schulen tätig. Aus dieser Gemengelage ergeben sich zwei roten Fäden des Vergleichs: die Frage nach der Einheit der Standesvertretung trotz der Vielfalt der Berufsverhältnisse und die Frage nach den Grenzen des Experten- gegenüber dem Dienstleister- bzw. dem Beamtenstatus.

Im ersten inhaltlichen Kapitel behandelt Keller die Gründung der Interessenverbände der Lehrerschaft in Ungarn und Preußen. Er bespricht die kontroversen Debatten zum Vereinszweck und über das jeweilige Verhältnis zum Staat. Dabei schälen sich drei Unterschiede heraus: die Auseinandersetzung um den Status der Realschulen versus der humanistischen Gymnasien, die nach Keller in Preußen bedeutender war als in Ungarn; die Auseinandersetzung zwischen Zentrum und Provinz, die in Ungarn wegen der Konzentration höherer Schulen in Budapest wichtiger als in Preußen war; und die Rolle der konfessionellen Schulen in beiden Ländern. Dass es in beiden Vereinen ähnliche Konfliktlinien hinsichtlich des Dilemmas Dienstleister bzw. Staatsdiener versus Freiheit der Wissenschaft gab, ist naheliegend, zumal die Führungsrolle in beiden Fällen von Liberalen ausgeübt wurde. Die Verbindung zum jeweiligen Minister war allerdings eine andere: Während sich die Leitung des Lehrervereins in Preußen nach Keller stets unterwürfig benahm, gab man sich in Ungarn selbstbewusst. Dort hätte Joseph Eötvös als liberaler Vorkämpfer ein Alliiierter sein müssen, doch sein Entwurf einer dienstrechtlichen Regelung der staatlich angestellten Lehrerschaft sah Weisungsgebundenheit vor und brachte damit das Thema der Wissenschaftsfreiheit aufs Tapet. Die Regelung wurde nach Protesten bald zurückgenommen.

In den folgenden Kapiteln behandelt Keller das Selbstbild der Lehrer der höheren Schulen und das Verhältnis der Lehrer zum Staat in beiden Ländern eingehender. Beim ersten Vergleich fällt auf, dass die Ausbildung zum Wissenschaftler in beiden Ländern als Grundlage des Anspruchs auf Expertenstatus für bedeutsamer gehalten wurde als die zum Pädagogen. Allerdings gab es in Ungarn im Kontrast zu Preußen pädagogische Seminare, die während der schulpraktischen Aus- bzw. Fortbildung zunächst empfohlen und dann an den staatlichen Schulen verpflichtend wurden. Im vierten Kapitel geht Keller auf die These näher ein, dass die ungarischen Lehrer gegenüber dem Staat weitaus selbstbewusster auftraten als ihre preußischen Kollegen. Die organisierten Lehrer in Ungarn sahen sich als kompetent genug, Richtlinien für ein einheitliches Dienstrecht zu entwerfen und dem Nachfolger von Josef Eötvös, Ágost Trefort, vorzulegen. Und sie bestanden darauf, bei der Festlegung der Lehrpläne aufgrund ihrer Fachexpertise ein Wort mitzureden. Ein Dienstrecht, das auch für die nichtstaatlichen Schulen gelten sollte, lag im Interesse des Lehrervereins wie des Ministeriums, doch kam das Unterfangen wegen Widerständen im Parlament bzw. der konfessionellen Schulen lange nicht voran. Das Gesetz von 1883 legte die Zertifizierung der Lehrer als Staatsaufgabe fest und schrieb allen Schulen, die Förderung des Staates erhielten, staatliche Lehrpläne vor, weshalb Keller es als „Sieg des Staates“ (S. 197) beschreibt. In beiden Ländern genossen die Lehrer an den nichtstaatlichen Einrichtungen aber weniger Autonomie als ihre Kollegen in staatlichen Schulen, denn sie waren den jeweiligen Arbeitgebern ausgeliefert, in Preußen der Kommunalverwaltung und in Ungarn den protestantischen Kirchenräten. Hier wie bei der Beteiligung von Eltern in der Kontroverse über die vermeintliche Überlastung der Schüler zeigten sich Grenzen der Professio-



nalisierung; damals wie heute bestritten andere Interessengruppen den Expertenstatus bzw. die Handlungsautonomie der Lehrer.

Die Wahl Preußens und Ungarns für den Vergleich erweist sich als fruchtbar, doch ist eine gewisse Schiefeite wegen der unterschiedlichen Staats- wie Gesellschaftsstrukturen vorprogrammiert. Ein Vergleich der Lage in Ungarn mit der im deutschsprachigen Teil der Habsburgermonarchie wäre symmetrischer ausgefallen; schließlich hält Keller selbst fest, dass die Statuserhöhung der Lehrerschaft an den höheren Schulen beider Teile der Monarchie aus der Unterrichtsreform des Ministers Thun-Hohenstein 1849 hervorgegangen ist. Leider behandelt Keller den cisleithanischen Fall nicht, und er berücksichtigt relevante englischsprachige Literatur zur Lehrerschaft in Preußen auch nicht.<sup>1</sup> Weil die Untersuchung hauptsächlich auf den offiziellen Publikationen der Berufsverbände, ihrer Führung und deren Kritiker fußt, enthält sie zudem relativ wenige Ausführungen über den erlebten Berufsalltag der Lehrer – von einigen Lehrersatiren abgesehen. Trotz dieser Monita handelt es sich um eine kompetent geschriebene und argumentierende Arbeit, die die Quellen und Literatur der Zeit gründlich ausgewertet hat und daher vor allem für Ungarn höchst informativ ist.

- 1 Vgl. z. B. Anthony La Vopa: *Specialists Against Specialization: Hellenism as Professional Ideology in German Classical Studies*, in: Geoffrey Cocks / Konrad H. Jarausch (Hg.): *German Professions 1800–1950*. New York 1990, S. 27–45; Konrad H. Jarausch: *The Unfree Professions. German Lawyers, Teachers and Engineers 1900–1950*. New York 1990.

MITCHELL ASH

Wien

VSWG 104, 2017/2, 314–316

Jürgen Kocka

### **Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse**

(Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts 3). J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2015, 512 S. (15 Abb., 8 Tab.), 68,00 €.

Die Geschichte der Arbeiterschaft ist seit rund vier Jahrzehnten einer der großen Themenschwerpunkte im reichhaltigen Oeuvre Jürgen Kockas. Seinen ersten konzeptionellen Überlegungen „Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875“ (1983) folgten 1990 zwei umfangreiche Bände, von denen der erste das Spektrum der deutschen Unterschichten um 1800 in den Blick nahm („Weder Stand noch Klasse“) und der zweite die vielfältig differenzierten „Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen“ bis in die 1870er Jahre. Nun, ein Vierteljahrhundert später, geht Kocka mit dem vorliegenden Band der „sozialen“ Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse nach. In diesem Zeitraum haben sich die Paradigmen der internationalen Historiographie und der Arbeitergeschichte gewandelt und auch Kockas eigene Interessen beträchtlich ausgeweitet. In der Einleitung und im Abschlusskapitel reflektiert er diese Veränderungen und stellt dar, welche Anregungen er aufgegriffen hat, wo er neue Wege für notwendig hielt und

wo er sich für die Beibehaltung der ursprünglichen Konzeption entschied. Man nimmt den Band also nicht nur mit Neugier auf den im Titel versprochenen Inhalt in die Hand, sondern auch mit Neugier auf konzeptionelle Kontinuitäten und Veränderungen.

Die wesentliche Kontinuität besteht in der Beibehaltung eines klassenanalytischen Ansatzes. Der von Kocka entwickelte elaborierte Klassenbegriff, der über Marx und Weber hinausgeht und sich jeder ideologischen oder teleologischen Vereinnahmung entzieht, scheint ihm weiterhin tragfähig und für große Synthesen dieser Art auch unverzichtbar. Unter „sozialer Klassenbildung“ versteht er das allmähliche „Zusammenwachsen“ unterschiedlicher Arbeitergruppen, eine bestimmte Angleichung ihrer Lebensformen und Erfahrungen, die Verdichtung ihrer sozialen Beziehungen und ihrer Kommunikation und zugleich eine deutlichere Abgrenzung nach oben und unten. All dies fördere die Entstehung einer „Arbeiteridentität“ und eines spezifischen Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühls. Damit sei, trotz weiter bestehender Heterogenität, in Deutschland im Untersuchungszeitraum von etwa 1830 bis 1875 die soziale Klassenbildung „erheblich vorangeschritten“, wenn auch nicht an ihr Ende gekommen.

Die Komplexität der sozialen Klassenbildung untersucht Kocka anhand von sechs großen Themenbereichen. „Arbeit“ (Kap. 1) behandelt das allmähliche Vordringen und die vereinheitlichende Wirkung von lebenslanger Lohnarbeit und der auf ihr beruhenden Erfahrungen und Interessen. Arbeit erscheint hier nicht nur als Lebensnotwendigkeit und Mühsal, sondern auch als Quelle von Selbstbewusstsein und Stolz. „Armut“ (Kap. 2) beschreibt die Dürftigkeit des Arbeiterlebens als Grunderfahrung, vor allem in Bezug auf Nahrung, Kleidung und Wohnung, aber auch die allmähliche Überwindung der Massenarmut. In einer „postpauperistischen Form“ der Armut wurden Arbeiter allmählich zu Konsumenten und sie begannen, sich von „Armen“ zu unterscheiden. Diese spärliche Hebung des Lebensstandards habe einerseits die Wahrnehmung von Armut als Ungerechtigkeit verstärkt und andererseits die Abgrenzung gegenüber Randgruppen verschärft, die an Verbesserungen nicht teilhatten.

Das Kapitel „Lebensläufe und Arbeiterfamilien“ (Kap. 3) untersucht die unterschiedlichen Formen von Familienbildung und Familienlosigkeit, aber auch die vereinheitlichende Wirkung der Familie als Überlebensgemeinschaft. „Fluide Lebensläufe“ bilden für Kocka ein wesentliches soziales Merkmal der Arbeiterschaft im Untersuchungszeitraum. Da sie einzelne Individuen durch unterschiedliche Arbeiterkategorien führten und diese damit verknüpften, trugen sie ebenfalls zur Klassenbildung bei. Auch der geografischen und der sozialen „Mobilität“ (Kap. 4) widmet Kocka – völlig zu Recht – große Aufmerksamkeit. Die so hohe geografische Mobilität habe „soziale Räume“ und damit auch gemeinsame Erfahrungen über lokale und regionale Milieus hinweg gefördert. Wenn Mobilität allerdings nicht irgendwann in Sesshaftigkeit übergang und zu „Dauermobilität“ wurde, konnte sie in die Verelendung führen. In Bezug auf sozialen Aufstieg konstatiert Kocka begrenzte Möglichkeiten innerhalb der Arbeiterklasse, kaum aber über sie hinaus. Sozialer Abstieg in die Arbeiterschaft dagegen kam häufig vor, und die Grenze zu kleinen Selbständigen war fließend. In der Analyse aller dieser vielfältig differenzierten Lebensbereiche setzt Kocka zahlreiche neue Akzente, und vor allem ihre Kombination ergibt ein neues, komplexes Bild der Klassenbildung. Hier gelingt es ihm überzeugend, das Zusammenwachsen unterschiedlicher Arbeitergruppen zu einer sozialen Klasse herauszuarbeiten. Die Bedeutung von Geschlecht und Geschlechterdifferenz für die Klassenbildung, die hier vor allem im Kontext der Arbeiterfamilie zur Sprache kommt, würde allerdings von weiteren Forschungen durchaus profitieren.

Das anschließende Kapitel über „Arbeiterkultur“ (Kap. 5) wirkt demgegenüber heterogen. Hier wird zunächst die Sozialisation von Arbeiterkindern behandelt, vor allem in Familie, Arbeitswelt und Volksschule. Der Einfluss von Institutionen wie Schule und Kirche bzw. Religion auf Arbeiterschaft und Klassenbildung bleibt ambivalent. Vor allem im Zusammenhang mit dem Freizeitverhalten von Arbeitern diskutiert Kocka auch die Frage, ob bzw. wie sich im Untersuchungszeitraum „Arbeiterkultur“ überhaupt von „Volkskultur“ oder von traditionellen „Berufskulturen“ unterscheiden bzw. abgrenzen lasse. Ergänzt wird dieses Kapitel mit einer ausführlichen, sehr sensiblen Analyse der zeitgenössischen Begrifflichkeiten um Arbeit und Arbeiter und ihres Wandels, und der langsamen Ausbreitung des Klassenbegriffs. Kocka zeigt hier die große Bedeutung von Diskursen um „Arbeit“ für die Arbeiteridentität. Trotzdem überwiegen in diesem Kapitel Phänomene, die der Klassenbildung sperrig gegenüberstehen oder in denen sie (noch) wenig fortgeschritten erscheint.

Der letzte Themenbereich untersucht die Stellung der „Arbeiter in Gesellschaft und Staat“ (Kap. 6). Hier geht Kocka am weitesten über seine eigenen früheren Konzeptionen und über die Standards der Arbeitergeschichte hinaus. Er gibt sowohl gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen wie auch den Diskursen in einer anderen entstehenden Klasse, dem Bürgertum, großes Gewicht. Eines seiner Argumente lautet, dass die Idee einer „umfassenden nicht bürgerlichen Klasse“ als „potenzielles kollektives Handlungssubjekt (...) in den Köpfen (...) bürgerlicher Kommentatoren“ wesentlich früher Gestalt annahm als in der Arbeiterschaft – aber dass dies fördernd auf die Entstehung einer Klassenidentität der Arbeiter zurück wirkte (S. 359–366). Fördernd habe aber auch die zunehmend schärfere Abgrenzung gegen unten gewirkt, gegen ein „Subproletariat“, das an der allmählichen Stabilisierung des Arbeiterlebens nur in geringem Ausmaß teilnahm und den auch in der Arbeiterschaft dominierenden „bürgerlichen“ Werten von Arbeit, Ordnung und Gehorsam skeptisch gegenüberzustehen schien. Die Stellung der Arbeiter im Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft beschreibt Kocka als ambivalent und konfliktreich. Schule, Militärdienst, Kirchen und Teile des Vereinswesens öffneten klassenübergreifende Möglichkeiten zumindest partieller Inklusion; obrigkeitlich-polizeiliche Repression und (vor allem: Kommunal-)Politik und nicht zuletzt der bürgerliche Habitus sozio-kultureller Überlegenheit bildeten Mechanismen der Exklusion. Viel stärker als bisher üblich arbeitet Kocka hier den relationalen Charakter der sozialen Klassenbildung und die Bedeutung der spezifischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kontexte heraus. Damit formuliert er auch neue Ansprüche an den internationalen Vergleich.

Insgesamt legt Jürgen Kocka mit diesem Band eine ungemein materialreiche, theoretisch und methodisch hoch reflektierte Studie über die „Entstehung einer sozialen Klasse“ vor. Diese sei keineswegs als zwangsläufige Folge einer ökonomisch bedingten „Klassenlage“ erfolgt, wohl aber als historische Möglichkeit, die in dem hier behandelten Zeitraum zumindest teilweise zur Realität wurde. Die sorgfältig abwägenden Urteile Kockas, die dominierende Tendenzen klar benennen, aber zugleich stets an Gegenteilstendenzen erinnern, tragen zur Überzeugungskraft seiner Argumentation wesentlich bei. Die Anfänge der Arbeiterbewegung werden hier nur knapp gestreift. Dieses Thema soll in einem Anschlussband von Jürgen Schmidt behandelt werden, der schon in diesem Buch als Mitarbeiter genannt wird und der diesen großen Zyklus zur Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterschaft vor der Reichsgründung zum Abschluss bringen soll. Man darf gespannt darauf sein.

JOSEF EHMER  
Wien

VSWG 104, 2017/2, 317

Elke-Vera Kotowski (Hg.)

**Salondamen und Frauenzimmer. Selbstemanzipation deutsch-jüdischer Frauen in zwei Jahrhunderten**

(Europäisch-Jüdische Studien – Beiträge 5). de Gruyter, Berlin 2014, 162 S., 49,95 €.

Das vorliegende Buch enthält ca. zwanzig Porträts jüdischer Frauen aus dem Bereich Brandenburg-Berlin vom ausgehenden 18. bis zum 20. Jh. Die elf Verfasserinnen behandeln Vertreterinnen aus Literatur, Kunst, Musik und Gesellschaftsleben. Diese entstammen dem jüdischen Milieu (einige ließen sich taufen) sowie weitgehend gutbürgerlichen Verhältnissen. Um den sozialen Aufstieg musste keine von ihnen kämpfen, dagegen um das Recht auf Selbstbestimmung und Gleichstellung als Frau. Mit dem gesellschaftlichen Wandel im Untersuchungszeitraum änderten sich die Voraussetzungen: Mochte der Kampf um eine Doppelemanzipation noch für die jüdischen Frauen von den Salondamen bis zu den Vertreterinnen des Israelitischen Frauenvereins um 1900 Gültigkeit haben, so partizipierten die Frauen des 20. Jh.s an der allmählichen Gleichstellung. Für sie sind dann eher als Künstlerinnen und Gesellschaftsdamen die Öffnung und das „Bekenntnis zur Moderne“ charakteristisch. Hier erfüllten sie eine Schrittmacherfunktion in der deutschen Gesellschaft.

Für eine Selbstemanzipation als Frau und Jüdin trat unter den vorgestellten Frauen nur die aus Breslau stammende Esther Gad (ca. 1767–1833) ein, hier im Beitrag von Hannah Lotte Lund „Manches mehr als Musen ...“. Gad trat 1798 mit einer Abhandlung in die von Joachim Heinrich Campe ausgelöste Debatte über die weibliche Gelehrsamkeit ein. Andere Vertreterinnen wie die von Jutta Dick aufgeführte Ottilie Assing („Emanzipiert, aber keine Frauenrechtlerin“) führten zwar ein emanzipiertes Leben, stellten sich aber paradoxerweise gegen die Emanzipation der Frauen. Der soziale Aspekt – es gab ja auch arme Juden – kommt in dem Beitrag von Jeannette Toussaint „Möge der Frauenverein blühen und gedeihen in alle Zukunft“ zur Sprache. Neben der Hilfe für jüdische Arme ging es dem Frauenverein vor allem als präventive Maßnahmen um die Berufsausbildung jüdischer Mädchen.

Insgesamt bieten die Aufsätze eher einen Beitrag zur Akkulturation, weniger zur Emanzipation der Jüdinnen in Brandenburg–Berlin, auf das sich der Lebenskreis der vorgestellten Frauen bezieht.

ARNO HERZIG

Hamburg



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

VSWG 104, 2017/2, 318–319

Ralf Marten

**„Ich nenne es Kindergefängnis ...“. Spezialheime in Sachsen-Anhalt und der Einfluss der Staatssicherheit auf die Jugendhilfe der DDR**

(Studienreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt 4). Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2015, 224 S. (45 Abb., 36 Tab., 12 Dok. / Faksimiles), 14,95 €.

„Wir haben uns hier im JWH verlobt, doch dies gefiel den Erziehern nicht. Sie versuchten uns mit Gewalt auseinanderzubringen.“ Mit diesem Hilferuf wandten sich 1981 zwei Jugendliche aus dem Jugendwerkhof (JWH) Burg an Margot Honecker, die Ministerin für Volksbildung der DDR. Dieses Dokument gibt wie die anderen bei Ralf Marten faksimilierten Quellen eindringliche Einblicke in den Alltag in den Spezialheimen auf dem Gebiet der DDR-Bezirke Magdeburg und Halle. Die Dokumente versammelt Marten im Anhang seines Buches, doch hätte es der Darstellung gut getan, hätte der Autor sie zur Illustration dort untergebracht, wo er daraus zitiert oder darauf Bezug nimmt – leider ohne auf den Anhang zu verweisen.

So bleiben seine Ausführungen äußerst nüchtern, wirken gar ein wenig unterkühlt. Verstärkt wird dieser Eindruck durch eine Sprache, die eher an ein Dossier für den Verwaltungsbetrieb als an eine wissenschaftliche Abhandlung erinnert. Vielfach wählt der Autor Passivkonstruktionen. Damit entgeht er zwar dem möglichen Vorwurf, den Opfern zu viel Empathie entgegenzubringen und somit parteiisch zu sein; doch bleiben so die Täter merkwürdig unscheinbar, wird ihre individuelle Verantwortung im System der Spezialheime nicht deutlich.

Die Spezialheime, zu denen Durchgangsstationen und -heime für Jugendliche in der Nachkriegszeit sowie Aufnahme- und Beobachtungsheime, Spezialkinderheime und die berüchtigten Jugendwerkhöfe gehörten, waren die institutionalisierten Eckpfeiler der autoritären Jugendfürsorge in der DDR. Falk Blask und Christian Sachse haben dieses System anhand verschiedener Einrichtungen, u. a. des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau, und entsprechender Dokumente bereits ausführlich und eindringlich dargestellt, dessen politisch-ideologische Grundlegung und praktische Umsetzung wurden von Verena Zimmermann eingehend betrachtet.

Insofern bietet Martens Darstellung wenig Neues, was die autoritäre Jugendfürsorge der DDR insgesamt betrifft, die sich an der „Kollektiverziehung“ des sowjetischen Pädagogen Anton S. Makarenko orientierte. Indes genügen seine recht knappen Ausführungen, um zu verdeutlichen, dass nicht das Wohlbefinden der Jugendlichen und ihrer Familien im Mittelpunkt der Fürsorge stand, sondern ihr Wohlverhalten, ihre Konformität in der SED-Diktatur. Dementsprechend waren die politisch-ideologische Erziehung einerseits sowie Disziplinierung und Repression andererseits zentrale Elemente der Umerziehung in den Einrichtungen. Dem entsprach das große Interesse des Ministeriums für Staatssicherheit an ihnen. Zwar kritisierte die Stasi wiederholt und erstaunlich klar Missstände, wie Marten darlegt, nutzte aber zugleich die Jugendfürsorge für die „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundarbeit unter jugendlichen Personenkreisen“ (so der MfS-Befehl 11/66), u. a. durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) unter Erziehern und Jugendlichen.

Seine allgemeinen Ausführungen verbindet der Autor mit Abhandlungen zu allen bekannten

Einrichtungen der autoritären Jugendfürsorge im heutigen Sachsen-Anhalt. Dadurch gelingt es ihm, auch eher unbekannte und vergessene Heime und Jugendwerkhöfe – besser „Kindergefängnisse“, wie Marten ein Opfer dieses Systems bereits im Titel seines Buches zitiert – in das Bewusstsein zu heben. Die rigiden Bedingungen, die dort herrschten, und Ausschnitte aus dem Alltag illustriert Marten durch Fotos und Dokumente. Opfern gibt er zudem einen Wegweiser zu Beratungsstellen und zur Unterstützung an die Hand.

Martens regional angelegte Studie ist ein wichtiger Mosaikstein für das Gesamtbild der autoritären Jugend-„Fürsorge“ im SED-Staat. Der Autor leistet damit einen kleinen, aber verdienstvollen Beitrag zur Aufarbeitung des Unrechtsstaates DDR.

MARC-DIETRICH OHSE  
Hannover

VSWG 104, 2017/2, 319–321

Trude Maurer

**„... und wir gehören auch dazu“. Universität und ‚Volksgemeinschaft‘ im Ersten Weltkrieg**

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015, 1.214 S., 130,00 €.

Was an diesem in vielfacher Hinsicht bemerkenswertem Buch zunächst auffällt, ist der ungewöhnliche Umfang: Mehr als 1.200 Seiten für eine Monographie über ein begrenztes historisches Geschehen – das ist in Deutschland ungewöhnlich. Keineswegs ist es so, dass hier unterschiedliche Aspekte die Aufteilung auf zwei Bände nahegelegt hätten, vielmehr hat die Autorin so viel zu sagen, dass es nicht in einen einzigen Bucheinband gepasst hätte. Und das ist gut so. Maurers Buch bietet so viel an Information und Reflexion, dass jede Kürzung von Übel gewesen wäre.

Entstanden ist das Buchprojekt aus einem Ansatz, der in der geplanten Weise nicht zum Erfolg geführt hatte. Maurer hatte mit fünf Kollegen aus Estland und Russland eine vergleichende Studie zu deutschen und russischen Universitäten im Ersten Weltkrieg geplant (S. XI, XIII). Die Ergebnisse wurden in zwei Sammelbänden auf Deutsch und Russisch publiziert. Doch dafür wurde der Fokus stark erweitert, denn der direkte Vergleich des Verhaltens der deutschen und der russischen Universitätsangehörigen brachte nicht genug Vergleichspunkte. „Tatsächlich war die Beteiligung von Universitätsangehörigen an der Kriegsführung im internationalen Vergleich aber so gering, daß Rußland allenfalls als (fast leere) Kontrastfolie zum vielfältigen Engagement deutscher Studenten und Dozenten getaucht hätte“ (S. XI). Dabei fiel jedoch auf, dass auch die deutschen Universitäten, die doch vermeintlich so gut untersucht waren, mit Blick auf den Ersten Weltkrieg – sieht man von der Kriegspublizistik der deutschen Professoren ab – bisher durch keine systematische Studie analysiert wurden (S. 3 f.).

Maurer untersucht die Verhaltensweisen von Studierenden und Lehrenden der deutschen Universitäten an drei Beispielen: der größten und bedeutendsten deutsche Universität der damaligen Zeit, der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, die sie mit der traditionsreichen, 1607 gegrün-



deten Ludwigs-Universität (heute Justus von Liebig-Universität) Gießen und mit der damals als moderne Neugründung anzusehenden Reichsuniversität Straßburg vergleicht. Sie kategorisiert sie als „Hauptstadt – Provinz – Grenze“.

Nun kann man auf zweierlei Arten Vergleiche anstellen: Man kann bspw. Vergleichspunkte wählen und in jedem Kapitel die Vergleichsorte zueinander in Beziehung setzen, was die Unmittelbarkeit des Vergleichs ermöglicht, aber auch die Gefahr in sich birgt, Ergebnisse, die nicht unmittelbar mit dem Verglichenen zu tun haben, unter den Tisch fallen zu lassen. Maurer wählt einen anderen Weg: Sie arbeitet die untersuchten Universitäten anhand der von ihr gewählten Vergleichspunkte ab und zieht ihre Schlussfolgerungen erst im Nachhinein am Ende jedes Kapitels. Das ist der Grund, warum das Buch so umfangreich wurde. Maurer ist sich dessen bewusst, und so gibt sie im Vorwort des ersten Bandes dem Leser eine Gebrauchsanleitung mit: „Für den, der [...] keine Zeit hat, sind einige Abkürzungsmöglichkeiten eingebaut. [...] Wer sich [...] für *alle* Aspekte interessiert, findet am Ende jedes Abschnittes der Teile III und IV eine interpretierende oder perspektivierende Zusammenfassung. Wenn er dort beginnt, kann er also die Früchte der Arbeit genießen, ohne an Aussaat (Zusammenstellung der Informationen), Kultivierung (Verknüpfung der Informationen) und Einbringung der Ernte (Erkenntnissschritte) teilzunehmen – und, falls er es dann doch genauer wissen will, gezielt zurückzublättern“ (S. XII).

Ausgangspunkt ist die Frage nach den Verhaltensweisen der Universitätsmitglieder. Maurer untersucht Universitätsgeschichte also nicht als Institutionen- und nicht als Wissenschafts-, sondern als „Gesellschaftsgeschichte“, also als Handeln innerhalb gesellschaftlicher Gruppen. Sie betrachtet die Studierenden und Lehrenden als Teil der Gesamtgesellschaft. Wie beteiligten sich Mitglieder der Universität an der unmittelbaren und – in der sogenannten „Heimatfront“ – an der mittelbaren Kriegsführung? Welche Rückwirkungen hatte das Kriegsgeschehen auf die Gruppen der Professoren und der Studenten? Es geht also zum einen um den Blick aus der Universität auf die übrige Gesellschaft und zum anderen um die Innensicht auf die Universität, die durch den Krieg in vieler Hinsicht verändert wurde.

Das Buch gliedert sich in vier Kapitel und eine Schlussbetrachtung: Diese Kapitel sind „Universitäten im Krieg: ein vernachlässigtes Forschungsthema“, „Hauptstadt – Provinz – Grenze: Die ausgewählten Universitäten“, „Die Universitäten im Kriegseinsatz: Zur Priorität der Volksgemeinschaft“ und „Sekundäre Aufgaben: Studium und Lehre im Krieg“. Schon das zweite Kapitel über die Universitäten Berlin, Gießen und Straßburg bleibt nicht beim Ersten Weltkrieg stehen, sondern wird zu einer kleinen „allgemeinen Universitätsgeschichte“, wenn es das Verhältnis von Universität und Stadt thematisiert, die Zusammensetzung der Studierenden, die Heterogenität der Lehrkörper, die Strukturen der akademischen Selbstverwaltung mit Fakultäten und Seminaren und der staatlichen Verwaltung mit Kuratoren und Ministerialverwaltung. Auch das Selbstverständnis der Universitätsmitglieder, das eine große Rolle hinsichtlich der Proklamation einer Volksgemeinschaft spielt, wird von ihr kritisch untersucht. Es gibt also in allen Kapiteln eine Fülle an Informationen über Aspekte, die über den Weltkrieg hinaus universitätsgeschichtlich bedeutsam sind, sodass das Buch schon deswegen seinen Weg in die einschlägigen Bibliotheken finden wird.

Trude Maurer beschränkt sich aber keineswegs auf die drei Vergleichsuniversitäten. Das umfangreiche Literaturverzeichnis zeigt die enorme Belesenheit der Autorin. Die Ausführungen zu Studentinnen im Vaterländischen Hilfsdienst in der Etappe etwa basieren weitgehend auf den Lebenserinnerungen von Klara Marie Faßbinder, einer Absolventin der Universität Bonn (S. 519–

523). Ein Blick in das „Geographische Register“ zeigt, wie häufig die Universitäten Bonn, Freiburg, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Königsberg, Leipzig, Marburg und München genannt werden.

Nicht minder vielfältig sind die Einzelergebnisse – von der Kriegsbegeisterung am Anfang bis zum Gefallenengedenken am Ende. Die Universität war keine rein der Wissenschaft verpflichtete abgeschottete Sphäre, sondern durch einjährig-freiwilligen Wehrdienst und Reserveoffizier-Laufbahn (die auch viele Professoren eingeschlagen hatten) dem Militär vielfach verbunden. Trotzdem bleibt bei allem nationalen Pathos der Leitgedanke der Internationalität von Wissenschaft erkennbar. Die Idee der konfessions- und klassenübergreifenden „Volksgemeinschaft“ war bei Professoren und Studenten durchaus populär, was aber keineswegs dazu führte, dass sie ihren elitären Anspruch als geistige Führer dieser Gemeinschaft aufgaben.

Thomas Becker  
Bonn

VS WG 104, 2017/2, 321–322

Paul Nolte (Hg.)

**Die Vergnügungskultur der Großstadt. Orte – Inszenierungen – Netzwerke (1880–1930)**

(Städteforschung. Reihe A: Darstellungen 93). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2016, 180 S., 35,00 €.

Mit der ökonomischen Entwicklung, oft zu reduktionistisch mit Industrialisierung gleichgesetzt, und der damit verbundenen Urbanisierung entstanden in den rasch wachsenden Städten auch neue urbane Lebensformen und Verhaltensweisen. Nachdem man sich lange mit wirtschaftsgeschichtlichen Fragen, soziostrukturellen Entwicklungen und Formen der Bewältigung der Verstädterung durch Selbsthilfe und schließlich dem Ausbau öffentlicher Daseinsfürsorge sowie mit den Wahrnehmungen des Verstädterungsprozesses beschäftigt hat, werden kulturgeschichtliche Fragestellungen zum Freizeitverhalten seit einigen Jahren verstärkt in den Blick der Stadtforschung genommen.

Einem besonderen Aspekt populärer Freizeitkultur widmete sich eine Tagung in Münster (2010), deren Beiträge hier veröffentlicht sind: der Vergnügungskultur, die primär der Unterhaltung, der Belustigung und eben dem Vergnügen des Publikums diene. Diese sich im ausgehenden 19. Jh. entwickelnde Kultur wird für die Zeit bis zu den ökonomischen und politischen Zäsuren um 1930 als zentrales Element der modernen großstädtischen Lebensform, auch transnational, analysiert.

Ohne auf einzelne Beiträge näher einzugehen, sei festgehalten, dass die durchweg interessanten Studien einige wichtige Erkenntnisse bieten. Trotz Konzentration auf Berlin und zudem eher auf Metropolen denn auf Großstädten insgesamt wird eine kulturelle Globalisierung und Internationalisierung mit einer Tendenz zur Homogenisierung festgestellt. In der Vergnügungskultur verbreiteten sich kulturelle Inhalte, Formen und Praktiken durch Gastspiele, reisende Künstler und transnationale Moden – beispielsweise beim europaweit gespielten Theater und bei der Internatio-

nalisierung der Tanzkultur. Nationale politische Kulturen und politische Grundströmungen verloren an Bedeutung oder wurden Teil einer vielfältigen Vergnügungskultur.

Diese Pluralität stellen die Beiträge notwendigerweise nur mosaikartig dar, allerdings mit einem Schwerpunkt auf Formen bürgerlicher Hochkultur, wenn es um das Musikleben, Theater, Tanz, Opern- und Konzerthäuser geht. Doch werden auch die verschwimmenden Grenzen schichtenspezifischer Kulturen gezeigt. Es ist aufgrund der Quellenlage einfacher, sich der bürgerlichen Hochkultur und den besser dokumentierten kulturellen Formen der organisierten Arbeiterbewegung bzw. der Arbeiterbewegungskultur und der Fragmentierung der Festkultur nach politischen Lagern zu widmen. Als schwierig erweist es sich hingegen, die Vergnügungskultur der kleinbürgerlichen, proletarischen und unterproletarischen Schichten zu erfassen; Einblicke gibt es jedoch für den Berliner Osten um 1900. Während die Bemühungen der Arbeiterbewegungskultur um politisch korrektes Vergnügen und eine eigene Festkultur Berücksichtigung finden, geraten die „unkorrekten“ Vergnügungen der großstädtischen Unterschichten in Rotlichtvierteln, Spelunken, Schnapskasinos, bei (Sport-)Wetten, Festen in Hinterhöfen oder Fußballspielen nur ansatzweise in den Blick. Die Welt der leichten Revuen, der Varietés mit sexy Showgirls, der Volksstücke, Kirmessen, Tanzlokale, der Bordelle bleibt unberücksichtigt. Auch die Verbindung zur Konsumwelt und zur Kommerzialisierung der Vergnügungen taucht nur in einigen Aspekten auf, z. B. bei den aufkommenden Kinos. Zu diskutieren wäre auch das Entstehen einer klassenindifferenten Populärkultur als Herausforderung für Hochkulturen, traditionelle und neue Kulturen politisierter Sozialmilieus wie beispielsweise im Umfeld der Kirchen oder der Bewegungen der Arbeiter.

Es ist wohl von einem Sammelband zu viel verlangt, eine Systematisierung und Abgrenzung von Vergnügungskultur in Großstädten zu erwarten. Die informativen Beiträge bieten immerhin wesentliche Einblicke in die Geschichte der Vergnügungskultur. Die Schichtenspezifika, die Auseinandersetzungen mit der Populärkultur und die kommerzielle Kolonisierung der arbeitsfreien Zeit werden in Zukunft Thema sein müssen. Zu hinterfragen ist auch, ob unterschiedliche Urbanisierungsmuster, beispielsweise bei Metropolen, Industriestädten oder Dienstleistungsstädten Folgen für die Entwicklung von Vergnügungskulturen hatten. Der Band ist insgesamt anregend, lässt aber noch viele Fragen offen.

STEFAN GOCH  
Gelsenkirchen

VS WG 104, 2017/2, 322–323

Olivia Weisser

### **Ill Composed. Sickness, Gender, and Belief in Early Modern England**

Yale U.P., London 2015, 281 S. (15 Abb.), 85.00 \$.

Spätestens seit Barbara Dudens „Geschichte unter der Haut“, dem Klassiker von 1987, der sich den Klagen von Patientinnen in Eisenach um 1730 widmet, nähert sich die Medizingeschichte der Welt kranker Menschen auf immer wieder neuen Wegen. Dabei treten die traditionell bevorzugten medizinischen Schriften mehr und mehr hinter sogenannten Ego-Dokumenten zurück. Über die

Krankheits- und Schmerzerfahrungen frühneuzeitlicher Menschen wissen wir inzwischen mehr – durch die Analyse von Patientenbriefen (Michael Stolberg, Marion Ruisinger), durch Tagebücher (Robert Jütte, Susanne Hoffmann) und Bittschriften (Iris Ritzmann, Angela Schattner, Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah), um nur einige deutschsprachige Studien zu nennen. Es fehlen jedoch immer noch Untersuchungen, die expliziter nach dem Geschlecht und der sozialen Stellung der Patienten fragen und diese Aspekte vergleichend zu interpretieren suchen. Olivia Weisser, Professorin in Boston (USA), hat sich anhand englischer Quellen vor allem eine Annäherung an das unterschiedliche (oder ähnliche) Krankheitserleben von Männern und Frauen vorgenommen. Im Zentrum ihrer Studie steht die zweite Hälfte des 17. Jh.s (also nicht die gesamte Frühe Neuzeit). Analysiert werden in fünf Kapiteln Briefe, Tagebücher und andere persönliche Darstellungen von Angehörigen der Mittel- und Oberschichten, und zwar von 30 Männern und 22 Frauen. Der bekannteste Autor dürfte der Londoner Samuel Pepys sein. Das sechste Kapitel stellt Supplikationen armer Menschen an die Armenbehörde vor.

Die Basis des von Weisser vorgestellten Körper- und Krankheitsverständnisses bildet die auf die Antike zurückgehende Humorallehre: Krankheit basiere auf einer schlechten Säftemischung („*Ill Composed*“). Diese gelehrte, theoriebasierte Medizin spiegelt sich deutlich, wie Weisser zeigen kann, auch im Selbstverständnis der Schreibenden. Da Männer (warm und trocken) und Frauen (kalt und feucht) unterschiedliche Körperqualitäten besaßen, neigten sie zu unterschiedlichen Leiden und bedürften jeweils spezifischer Therapien. Auch die Betroffenen sähen, wie es die seit der Renaissance vermehrt publizierten „*Regimina Sanitatis*“ vorgeben, „Leib und Seele“ (Klaus Bergdolt) im Zusammenhang. Gefühle könnten Krankheiten hervorrufen, körperliche Leiden das Lebensgefühl nachhaltig beeinflussen. Auch böse Worte, Bedrohungen („Hexen“) und Erschrecken wirkten „kränkend“; Freundlichkeit, Zuspruch und Glaubensfestigkeit dagegen hätten therapeutische Wirkung. Anders als in der Moderne, in der die Vorstellung der Dualität von Psyche und Physis vorherrscht, bleiben die Erklärungen der Frühen Neuzeit jedoch ganz auf den in sich und nach außen durchlässigen Körper fixiert. Die Tränen der Frauen entstünden demnach aufgrund ihres poröseren Körpers, während Männer ihre „Säfte“ im Körper zurückhalten könnten. In den Bittgesuchen armer Menschen steht Krankheit, was nicht verwundert, in engem Zusammenhang mit der daraus resultierenden Arbeitsunfähigkeit – und zwar bei Männern und Frauen. Dagegen erscheint bei den höheren Ständen ein *Gender Gap*, in dem Männer auch am Krankenbett an ihre Geschäfte dächten, während Frauen eher über ihre soziale Isolation klagten.

Die Autorin interpretiert ihre Quellen sehr sorgfältig und differenziert. Letztendlich überwiegen in ihrer Darstellung die Gemeinsamkeiten. Allerdings muss dieses Ergebnis wohl als vorläufiges verstanden werden: Zum einen ist die Quellenbasis trotz der lobenswerten Erweiterung um Armenpetitionen doch relativ schmal, zum anderen könnten durch gendertheoretische Fragen sicherlich weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden. Dabei ginge es auch darum, „männliche“ und „weibliche“ Leiden (z. B. Unfruchtbarkeit, Geschlechtskrankheiten, Erkrankungen an Geschlechtsorganen) deutlicher herauszustellen. Insgesamt liegt trotz dieser Einwände mit „*Ill Composed*“ jedoch ein wichtiges, quellennahes und neue Fragen stellendes Buch vor, das bei weiteren Studien heranzuziehen ist. Ein hilfreiches Register schließt den Band ab.

CHRISTINA VANJA  
Kassel

## D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 104, 2017/2, 324–325

Dariusz Adamczyk / Stephan Lehnstaedt (Hg.)

### **Wirtschaftskrisen als Wendepunkte. Ursachen, Folgen und historische Einordnungen vom Mittelalter bis zur Gegenwart**

(Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 33). fibre, Osnabrück 2015, 431 S., 36,00 €.

Die Herausgeber und Mitarbeiter dieses Buches sind überwiegend Wissenschaftler unter 40 Jahren, die mit dem Deutschen Historischen Institut in Warschau verbunden sind. Mit den „Wirtschaftskrisen“ knüpfen sie an die gegenwärtige an und greifen in ihren Anwendungen weit aus, vor allem nach Osteuropa. Das Buch ist in vier Abschnitte eingeteilt: „Moderne Krisen des europäischen Kapitalismus“, „Krisen ‚alten‘ Typs in städtischen Gesellschaften und ihre Wahrnehmungen“, „Fernhandels-, Tribut- und Raubgesellschaften und zerfallende Staaten“, „Der Kommunismus in der Krise“.

Werner Plumpe behandelt einführend ökonomische Krisen in der Moderne, beim Merkantilismus beginnend, und diskutiert den Umgang mit Krisenphänomenen im Liberalismus, die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Planungsvorstellungen, Keynesianismus und Ordoliberalismus und schließlich lange Wellen. Aber damit wird das Muster der Krisenbetrachtung, wie sie Ökonomen pflegen, bereits verlassen. Der Aufsatz von Klemens Kaps behandelt zwar eine der großen und bekannten Krisen, nämlich die Depression 1873–1896, jedoch nicht für eines der Kernländer, sondern für Galizien als ein zurückgebliebenes Gebiet der Habsburgermonarchie. Es ergibt sich das Paradox, dass diese Region sich dank einer „proto-keynesianischen“ (S. 66, 75) Wirtschaftspolitik gerade in dieser Phase besser entwickelte. Krisen hängen auch mit ideologischen Bewegungen zusammen. Claus-Christian W. Szejnmann hebt den antikapitalistischen Zeitgeist hervor, der schon in der Mitte der 1920er Jahre in Deutschland geherrscht habe, bis zu hin einem „antikapitalistischen Konsens“ (vgl. S. 79 ff.), der „die Machtergreifung der Nationalsozialisten ermöglichte“. Die Zuspitzung abstrahiert von liberalen Autoren wie Wilhelm Röpke. Harald Flohr vergleicht sodann die irische Hungersnot von 1845–1848 mit der Wirtschaftskrise seit 2008. Weder kausal noch bezüglich der Folgen lässt sich hier eine enge Analogie aufstellen, aber immerhin haben beide Krisen die Emigration gefördert und das Verhältnis zur keltischen Sprache beeinflusst. An die südliche Peripherie geht Christian Lekonek mit der Behandlung von Krisen in Zypern 1931 und 2013, wo ebenfalls kulturelle Reaktionsmuster am ehesten das verbindende Element darstellen.

Noch farbiger sind die Darstellungen in den beiden folgenden Teilen. Ulla Kypta vertritt die These, dass die Hanse ein Produkt der spätmittelalterlichen Krise war, eingeleitet durch den schwarzen Tod, und mit dem frühneuzeitlichen Wirtschaftsaufschwung entbehrlich wurde. Katrin Moeller kontrastiert Krisenwahrnehmung und Krisenrealität anhand eines wirtschaftlichen Auf und Ab am Beispiel der Stadt Halle. Werner Scheltjens untersucht die Schwankungen des Ostseehandels vom späten 18. bis zur Mitte des 19. Jh.s anhand der Zölle, die im dänischen Sund bezahlt werden mussten. Klar spiegeln sich die napoleonische Kontinentalsperre und die Teilungen Polens in den rekonstruierten Statistiken. Eine interessante Verbindung von historischen Statistiken und zeitgenössischen Berichten findet sich auch in Ansgar Schanbachers Behandlung der Nahrungskrise von

1846/47 in der Provinz Preußen. Man erkennt, wie die verheerenden Wirkungen der Kartoffelfäule teilweise durch gute Getreideernten kompensiert werden konnten und wie Bevölkerung und Regierung jeweils auf eigene Weise auf die durch Exporte nach reicheren Gebieten verschärften Krisenerscheinungen reagierten. Die Hungernden suchten Nahrung in den Wäldern, wurden zu Bettlern oder aufständisch; der Staat suchte entgegenzuwirken, indem er Chausseen bauen ließ.

Marzena Matla verfolgt die böhmische Staatsbildung im 10. und 11. Jh., gestützt auf schriftliche Quellen und archäologische Forschung. Untersucht wird, wie die Könige ihre Domänen als wirtschaftliche Basis militärischer Kraft verteidigten. Andrzej Gliwa versucht eine quantitative Abschätzung der Wirkung der Plünderungen in den polnischen Grenzgebieten am Rande des Osmanischen Reiches, die regelmäßig von den Tartaren angegriffen wurden; er behauptet, dass die geraubten und in das Osmanische Reich verkauften Sklaven noch zahlreicher gewesen seien als die Summe aller in Afrika geraubten und nach Amerika verbrachten schwarzen Sklaven (S. 310). Mäßiger wirkte (Jadwiga Muszynska) die „Schwedenflut“ auf die großen Höfe der Krakauer Bischöfe und damit den Ostseehandel. Die letzten drei Beiträge von Andrea Komlosy, Patryk Pleskot und Joanna Wiesler behandeln die „Systemtransformation als Krisenmanagement“, die Spätphase der Volksrepublik Polen 1987–1989 und einen eigentümlichen Sonderfall privat unterstützter Kinderfürsorge verarmter polnischer Familien in den 1980er-Krisen Jahren.

An verallgemeinerungsfähigen Schlussfolgerungen wird im Buch wenig gewonnen, aber jeder der Aufsätze wirft ein interessantes Schlaglicht auf individuelle Zusammenhänge wirtschaftlicher Krisen mit Strukturbrüchen nicht nur wirtschaftlicher Art; manche erschließen eindrücklich neue historische Perspektiven.

BERTRAM SCHEFOLD  
Frankfurt am Main

VSWG 104, 2017/2, 325–326

Gérald Arboit

**Les réseaux du fer. Information, renseignement économique et sidérurgie luxembourgeoise entre France, Belgique et Allemagne 1911–1940** (Études luxembourgeoises 9). Lang, Frankfurt a. M. 2016, 411 S. (35 Abb. u. Tab.), 48,95 €.

Der französische Historiker Gérald Arboit unterstreicht in seiner Studie die große Bedeutung von Informationsbeschaffung und -verarbeitung sowie, damit zusammenhängend, von entsprechenden politischen, institutionellen und personellen Netzwerken im Rahmen der Schwerindustrie. Dass sich Arboit zur Exemplifizierung dieser theoretischen Annahme gerade das Großherzogtum Luxemburg als Untersuchungsfeld ausgesucht hat, mag auf den ersten Blick verwundern, entspricht aber bei genauerer Betrachtung durchaus einer gewissen Folgerichtigkeit. Das kleine Land im Herzen Europas, das seit dem späteren 19. Jh. eine, gemessen an seiner Größe und seinem demographischen Potenzial, erstaunliche industrielle Dynamik entfaltete, eignet sich aus mehreren Gründen



für eine derartige Fragestellung. Zum einen war das Großherzogtum als kleiner Akteur mit großen Nachbarn stets auf internationale Kooperation und solide internationale Beziehungen angewiesen, wie sich nicht zuletzt in Krisenphasen (Weltkriege, Krisen der Zwischenkriegszeit) offenbarte, welche von Arboit auch entsprechend ausführlich berücksichtigt werden. Wirft man einen Blick auf die luxemburgische Industriegeschichte, so fällt zum anderen die bis weit ins 20. Jh. unumstrittene Dominanz der Eisen- und Stahlindustrie auf. Diese wiederum war in besonderem Maße in internationale Netzwerke eingebunden, welche man im Sinne Arboits unter anderem auch als Informationskreisläufe interpretieren kann. Man denke nur an den schon früh einsetzenden Technologietransfer vor allem aus England. Die luxemburgische Schwerindustrie blieb in besonderem Maße abhängig von Rohstoffvorkommen und Absatzmärkten, mithin von internationaler Verflechtung. Ein erfolgreiches Agieren war ihr, so eine einleuchtende wie naheliegende These des Autors, nur möglich durch stetigen Informationsgewinn.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung mag Sozial- und Wirtschaftshistoriker, die sich bereits mit dem Großherzogtum auseinandergesetzt haben, kaum überraschen, nämlich die außergewöhnliche Rolle des ARBED-Konzerns. Folgt man Arboit, so war für den Aufstieg des 1911 gegründeten luxemburgisch-deutschen Konzerns in besonderem Maße die gute internationale Vernetzung des Gründers und späteren Präsidenten Emile Mayrisch verantwortlich. Der Autor zeigt die Quellen auf, aus denen Mayrisch seinen Informationsvorsprung bezog, welcher wesentlich für die dauerhafte Hegemonie über andere luxemburgische Konzerne wie HADIR verantwortlich war. Mayrisch war international bestens vernetzt, pflegte enge Kontakte mit politischen wie wirtschaftlichen Akteuren aus Frankreich, Belgien und Deutschland und war aus Fach- wie sonstigen Zeitungen stets über neueste Entwicklungen informiert. Die breite Grundlage, auf der wirtschaftlich relevante Informationen im Spannungsfeld zwischen Luxemburg, Frankreich, Belgien und Deutschland zirkulierten, erschließt sich bereits aus dem breit gefächerten Quellenverzeichnis, in welchem unter anderem staatliche Dokumente, vor allem aus den Ressorts des Äußeren und der Verteidigung, Firmenarchive wie das im Nationalarchiv Luxemburg deponierte Archiv der ARBED sowie diverse Printmedien aufgeführt sind. Mayrisch richtete, folgt man Arboit, innerhalb des Konzerns gut geölte Informationskanäle ein, welche mit äußerster Professionalität arbeiteten. Hierbei spielte besonders die nach dem Ersten Weltkrieg gegründete und global agierende Verkaufsgesellschaft COLUMETA eine wichtige Rolle. Die konzerninternen Informationskreisläufe und Netzwerke illustriert der Autor anhand zahlreicher Schaubilder und Organigramme.

Interessant ist, dass sich Mayrisch nicht nur als Beschaffer und Verwerter von Informationen hervortat, sondern diese auch selber produzierte und dabei ein nicht geringes apologetisches und propagandistisches Talent offenbarte. Als Kritik an seiner betrieblichen Sozialpolitik, speziell an dem von ihm eingerichteten Ökonomat aufkam, publizierte er 1906 eine kleine, aber detaillierte Schrift, mit deren Hilfe er seine sozial- und arbeiterpolitischen Maßnahmen zu rechtfertigen suchte. Daran anknüpfend wäre es sehr interessant gewesen zu erfahren, wie Mayrisch seine internationale Vernetzung und systematische Informationsbeschaffung nicht nur in ökonomischer, sondern auch in personalpolitischer Hinsicht nutzte, steht doch seine elaborierte Sozialpolitik in klarem Konnex etwa zu deutschen Betrieben an Ruhr und Saar.

FABIAN TRINKAUS

Trier

VSWG 104, 2017/2, 327–328

Brett M. Bennett

**Plantations and Protected Areas. A Global History of Forest Management**

(History for a Sustainable Future Series). MIT, Cambridge/London 2015, XIV, 201 S. (15 Abb.), 29,00 \$.

Der australische Historiker Bennett kritisiert in seinem Werk aktuelle holz-, forst- und umweltpolitische Entwicklungen, indem er diesbezügliche globale Tendenzen im 19. und 20. Jh. skizziert und dafür plädiert, staatlich gestützte Forstwirtschaft weltweit zu stärken.

Zunächst umreißt er, wie während der Frühen Neuzeit in Europa – aber auch anderswo, etwa in Japan – eine staatlich kontrollierte Forstwirtschaft entstand. Zu deren markanten Merkmalen habe es gehört, Wälder auf wissenschaftlichen Grundlagen gleichzeitig für die Holzproduktion zu nutzen und in ihrem Bestand (nicht in ihrer Zusammensetzung) zu bewahren. Dieses zweigleisige „conservation model“ moderner Forstwirtschaft europäischer Prägung habe von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jh.s global als Ideal gegolten.

In dieser Zeit seien infolgedessen fast überall staatliche forstliche Institutionen nach europäischen Vorbildern entstanden, und entsprechendes Wissen sei verbreitet und erweitert worden. Die großmaßstäbliche Umwandlung kaum forstwirtschaftlich nutzbarer Natur- in rationell angelegte Wirtschaftswälder nach europäischem Vorbild sei jedoch vor allem in den tropischen und subtropischen Regionen gescheitert. Vielerorts – Bennett konzentriert sich auf Beispiele in Süd- und Südostasien – habe es an Personal und finanziellen Mitteln gemangelt. Auch die technischen Möglichkeiten, tropische und subtropische Hölzer industriell zu verwerten, seien bis Mitte des 20. Jh.s eingeschränkt geblieben. Diese Holzarten seien daher lediglich in relativ geringen Mengen und fast nur für die Produktion von Luxusgütern genutzt worden. Es habe deshalb an Investitionsanreizen gefehlt, tropische Wälder intensiver forstlich zu bewirtschaften. Des Weiteren habe es (wie bereits im 18. und 19. Jh. in Europa) heftigen Widerstand bisheriger Waldnutzer gegeben, die sich gegen die Priorisierung der Holzproduktion im Wald sträubten. Der Ausweg, nicht bewaldete Flächen in größerem Maßstab aufzuforsten oder Plantagen mit industriell nutzbaren Baumarten anzulegen, sei – von wenigen Ausnahmen abgesehen – misslungen, da es an Arbeitskräften und geeignetem Saat- und Pflanzmaterial gefehlt habe.

Zum Problem sei dies nach 1945 geworden, als der Wiederaufbau in zerstörten Regionen sowie insbesondere der wirtschaftliche Boom in Europa und Nordamerika die weltweite Nachfrage nach Holz und Holzprodukten enorm steigerten. Internationale Organisationen sowie Regierungen in Europa und den USA hätten im Rahmen der Entwicklungspolitik energisch darauf gedrängt, Holz aus anderen Regionen als dem Nadelwaldgürtel der Nordhalbkugel zu beziehen. Explizit hätten sie dafür plädiert, in tropischen und subtropischen Regionen auf das „conservation model“ zu verzichten und Holzplantagen anzulegen. Doch erst ab den 1980er Jahren, als Baumarten gefunden worden waren, die profitabel in Plantagen angebaut werden konnten, seien diese in tropischen und subtropischen Ländern in großer Zahl angelegt worden. Heute lieferten sie etwa ein Drittel des weltweit genutzten Industrieholzes.

Parallel zum Boom der Holzplantagen werde seit den 1990er Jahren in vielen Ländern eine wachsende Fläche natürlicher bzw. naturnaher Wälder nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt. Die

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Ursprünge dieser Entwicklung verfolgt Bennett ebenfalls bis ins 19. Jh. zurück. Zunehmend seien die Forstwirtschaft europäischer Prägung sowie Forstwirte und Forstwissenschaftler wissenschaftlich-ökologisch fundierter sowie ästhetisch inspirierter Kritik ausgesetzt gewesen. Der großmaßstäbliche Verzicht auf die forstwirtschaftliche Nutzung von Wäldern sei jedoch erst ab den 1990er Jahren möglich geworden: Steigende Mengen an Plantagenholz sowie neoliberal inspirierte Marktderegulierungen hätten die Weltmarktpreise für Industrieholz gesenkt. Das habe einerseits herkömmliche Forstwirtschaft mancherorts unrentabel gemacht, andererseits aber die Nachfrage nach Holz weiter ansteigen lassen und damit auch der weiteren Anlage von Holzplantagen Vorschub geleistet. Gleichzeitig seien vielerorts öffentliche Haushalte gekürzt und damit auch forstliche Verwaltungen eingespart worden. Zudem sei auch der Druck nationaler und internationaler Umwelt- und Naturschutz-Organisationen weiter angestiegen.

Vor allem in tropischen Regionen gehe die Anlage von Holzplantagen jedoch oft mit gravierenden ökologischen und sozialen Problemen einher. Die Trennung in geschützte Wälder und holzproduzierende Plantagen habe zudem zur Folge, dass Regierungen unprofitable Naturreservate unterhielten, während lukrative Plantagen Privatinvestoren gehörten. Die weiter wachsende Nachfrage nach Holz lasse befürchten, dass trotz gegenteiliger Gesetze noch vorhandene, aber nicht rentabel zu bewirtschaftende Naturwälder zugunsten von Plantagen zerstört würden, vor allem dort, wo es an staatlichen Machtmitteln mangle. Bennett plädiert daher dafür, das alte forstwirtschaftliche „conservation model“ flexibel und in Kooperation mit sozialen Gruppen umzusetzen, die in die Waldnutzung involviert sind, forstwissenschaftliche und forstwirtschaftliche Institutionen wieder zu stärken sowie den globalen Holzhandel stärker zu regulieren.

Manche Details des Buchs lassen sich kritisieren. Die Feststellung etwa, die Forstwirtschaft in „developed societies“ habe die Holzproduktion bis Mitte des 20. Jh.s nur als ein wichtiges Mittel zum Zweck des Walderhalts angesehen (S. 78), ist mindestens für viele europäische Länder falsch, in denen die Erlöse staatlicher Forstbetriebe bis zum Beginn des 20. Jh.s wichtige Einnahmequellen der Finanzministerien waren. Auch scheint es übertrieben, dem zweieinhalbjährigen Interregnum der ‚naturnahen‘ Dauerwaldwirtschaft im Deutschland der 1930er Jahre als offizieller Waldbau-doktrin eine globale Strahlkraft zuzugestehen, die Bennett zudem nur mit dem Verweis auf den Amerikaner Aldo Leopold belegt (S. 110). Gleichwohl ist Bennett ein bemerkenswerter Beitrag zur Globalgeschichte der Forst- und Holzwirtschaft gelungen, den es zu lesen lohnt. An konkreten Beispielen legt er dar, welch große Bedeutung inter-kontinentale Austauschbeziehungen und Wissenstransfers seit dem 19. Jh. für die Waldwirtschaft in zahlreichen Regionen der Erde haben und dass diese immer als Wechselwirkungen zu verstehen sind. Gleichzeitig zeigt Bennett auf, wie die Globalisierung bestimmter Konzepte und Ideen an regionalen und lokalen Besonderheiten scheitern kann und immer wieder scheitern muss.

MARTIN BEMMANN

Freiburg



VSWG 104, 2017/2, 329–330

Karsten Christian

**Aktienrecht und Aktienbanken in Schleswig-Holstein 1840–1870.****Zum Wandel und zur Wirkung von Institutionen**

(Studien zur Wirtschaftsgeschichte Schleswig-Holsteins 52). Steiner, Stuttgart 2015, 287 S., 29,00 €.

Schleswig-Holstein steht nicht gerade in dem Ruf, um die Mitte des 19. Jh.s ein Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeit auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reichs gewesen zu sein, das wegen seines hohen Kapitalbedarfs die Errichtung von Aktiengesellschaften und insbesondere von Aktienbanken erfordert hätte. Tatsächlich ist die Zahl von Industrieaktiengesellschaften und Aktienbanken im Untersuchungszeitraum überschaubar, und deshalb könnte man bei diesem Buchtitel das Produkt einer langweiligen, altbackenen Landesgeschichte erwarten, bei der der Autor ein überschaubares Thema gewählt hat, um schnell an den Dokortitel zu kommen. So ist es aber nicht. Es geht eben nicht immer nur darum, was „hinten herauskommt“ – in diesem Falle also erfolgreich gegründete Aktiengesellschaften und Aktienbanken. Schleswig-Holstein ist deswegen ein überregional interessanter Fall, weil sich der rechtliche Rahmen, unter dem die Gründung einer Aktiengesellschaft erfolgen konnte, vom preußischen Fall grundlegend unterscheidet. Denn Schleswig-Holstein gehörte fast während des gesamten Untersuchungszeitraums zum dänischen Gesamtstaat und das bedeutete beispielsweise, dass es dort bis 1867 keinen generellen Konzessionszwang für Aktiengesellschaften gab. In den einschlägigen Übersichten zur Geschichte der Industrialisierung in den deutschen Staaten ist zwar häufig zu lesen, dass im linksrheinischen Preußen noch mehrere Jahrzehnte lang das alte Aktienrecht der napoleonischen Zeit galt, weshalb es dort sehr viel einfacher war, Aktiengesellschaften zu gründen als im übrigen Preußen und den meisten anderen deutschen Staaten, aber über Schleswig-Holstein liest man in der Regel nichts – und das nicht etwa, weil es zu dieser Zeit noch dänisch war und demnach nicht zum Deutschen Zollverein gehörte. Die Präferenz der Industrialisierungsgeschichtsschreibung für das linksrheinische Preußen mag wegen der Bedeutung des Saar- und des Aachener Reviers im Vergleich mit Schleswig-Holstein eine gewisse Berechtigung besitzen, aber die komplizierte Situation in Schleswig-Holstein ist es allemal wert, von Industrialisierungshistorikern zur Kenntnis genommen zu werden. Wer sich allerdings erhofft, in dieser Arbeit etwas über die wirtschaftliche Tätigkeit von Aktiengesellschaften oder Aktienbanken in Schleswig-Holstein zu erfahren oder gar über deren Bedeutung für die regionale Industrialisierung, wird enttäuscht. Letzteres kommt aber immerhin insofern in den Blick, als die wirtschaftliche Entwicklung Altonas als eines potenziell wichtigen Standorts für Industrieaktiengesellschaften und Aktienbanken immer wieder in ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehung zu Hamburg gesehen wird. Viel mehr aber interessiert sich der Verf. wegen der defizitären Kodifikation des Gesellschaftsrechts für das konkrete Verwaltungshandeln vor dem Hintergrund politischer Konflikte um die staatsrechtliche Stellung der Region, da nur so der faktische Rechtsrahmen zu ermitteln war, mit dem es die Interessenten für die Gründung einer Kapitalgesellschaft zu tun hatten.

Die Arbeit ist sehr quellen nah verfasst, verfügt aber über einen theoretischen Rahmen, der den Text nicht als Deskription erscheinen lassen soll – wie es von einer Doktorarbeit erwartet wird. Aber wirklich relevant zum Verständnis des Ergebnisses ist das nicht. So stellt der Verf. abschlie-

ßend fest, dass es – anders als im Falle von Aktiengesellschaften – recht schwierig war, in Schleswig-Holstein eine Aktienbank zu gründen, denn die Gründer sahen es als Voraussetzung für den Erfolg ihrer Bankgründung als unverzichtbar an, das Recht der Notenemission verliehen zu bekommen, das aber nicht gewährt wurde. In diesem Fall verhielt sich der dänische Staat aus den gleichen Gründen restriktiv wie der preußische. Es ging um die Kontrolle der Geldmenge, aber – stärker als in Preußen – auch um den Schutz der Dänischen Nationalbank als Zentralnotenbank vor Konkurrenz. Wenn die Gründer aber bereit waren, auf das Notenprivileg zu verzichten, war es wesentlich leichter, in Schleswig-Holstein eine Aktienbank zu gründen als etwa in Preußen, sodass der Verf. hier von „dezidiert liberalen institutionellen Ausgangsbedingungen“ spricht. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, braucht man eigentlich keinen theoretischen Rahmen, aber ein in der Sprache der Institutionenökonomik gehaltenes Ergebnis klingt halt besser – was ich an dieser Stelle nicht als Kritik verstanden wissen will, denn es handelt sich um eine Dissertation!

Für die Lehrtätigkeit im Rahmen eines B.A-Studiums ist dieses Buch nicht sonderlich gut geeignet – was allerdings für die meisten Dissertationen gilt. Für ein landeskundliches Seminar ist das Thema zu speziell und für ein wirtschaftshistorisches Seminar zur Industrialisierung in „Deutschland“ ist die Region während des Untersuchungszeitraums zu peripher. Aber wenn der Verf. selber seine Arbeit als eine „regionalspezifische Erweiterung der allgemeinen Bankengeschichte“ bezeichnet, kann ich ihm da nur beipflichten und diese Charakterisierung um das Adjektiv „willkommen“ erweitern. Allerdings hätte das Buch noch gewinnen können, wenn der Leser auch etwas über die Tätigkeit der Aktienbanken nach ihrer Gründung erfahren würde, selbst wenn dieser Aspekt der schleswig-holsteinischen Bankengeschichte schon an anderer Stelle behandelt wurde. Auch die dänische Banken- und Währungsgeschichte hätte etwas mehr Aufmerksamkeit verdient.

DIETER ZIEGLER  
Bochum

VSWG 104, 2017/2, 330–331

Wilga Föste

### **Das Geld im ökonomischen Denken des Merkantilismus**

Metropolis, Marburg 2015, 249 S., 38,00 €.

Mit dem Merkantilismus setzen sich Historiker und Ökonomen seit dem 19. Jh. intensiv auseinander. Wilga Föste hat sich in der vorliegenden Studie speziell der Rolle des Geldes im ökonomischen Denken ausgewählter, von ihr als „Merkantilisten“ klassifizierter Autoren des 16. bis 18. Jh.s von John Hales und Jean Bodin über John Locke bis hin zu Ferdinando Galiani angenommen. Das ist insofern interessant, als das Problem des Geldes in einschlägigen Studien zwar meist behandelt wird, schließlich hat Adam Smith im „Wohlstand der Nationen“ von 1776 die Verwechslung des Reichtums eines Landes mit dessen Edelmetallreserven zum angeblichen Hauptmerkmal des „Merkantilsystems“ gemacht. Monographische Auseinandersetzungen mit diesem zentralen Thema sind jedoch eher selten.

Föste ist besonders daran gelegen, die Abhängigkeit der geldtheoretischen Ausführungen der Autoren vom zeitgenössischen Kontext herauszuarbeiten. Damit will die Ökonomin die „merkantilistische Theorie“ nachvollziehbar machen und gegen eine ihrer Ansicht nach auch heute noch verbreitete Zurückweisung verteidigen (S. 13). Den relevanten Kontext macht sie dabei im Phänomen der frühneuzeitlichen Staatsbildung und der Unterordnung der Ökonomie unter die machtpolitischen Bedürfnisse des Staates aus. Jeder einzelne Aspekt der „merkantilistischen Geldtheorie“ – d. h. die Geldwesens-, die Geldfunktions- wie auch die Geldwertlehre – standen laut Föste „in einem engen Zusammenhang mit dem machtpolitischen Willen der staatenbildenden Epoche“ und wurden „stets mit Rücksicht auf das realgeschichtliche Streben nach staatlicher Machtentfaltung formuliert“ (S. 207). Damit übernimmt die Autorin das Interpretationsmuster der Historischen Schule der Nationalökonomie, die im 19. Jh. den Zusammenhang zwischen dem Merkantilismus und dem Prozess der Staatenbildung sowie dem internationalen Machtkampf gegen Adam Smith und die Physiokraten zum wichtigsten Merkmal des Merkantilismus erhoben hat. Der von Jacob Viner bereits 1948 gegen diese reduktionistische Sichtweise vorgebrachte Einwand, nicht „Macht“ allein, sondern „Macht und Wohlstand“ hätten gleichberechtigt die Zielsetzung frühneuzeitlicher Wirtschaftspolitik gebildet, wird zwar erwähnt, aber nicht ausdiskutiert (S. 64).

Die von Föste analysierten Autoren und Quellen sind in der Forschungsliteratur zwar größtenteils bekannt, aber gut zusammengestellt. Das Buch ist darüber hinaus übersichtlich im Sinne der geldtheoretischen Dreiteilung gegliedert. Problematisch ist hingegen – neben ermüdenden Wiederholungen –, dass die Autorin die zum Merkantilismus existierende, überaus reichhaltige Literatur nur sehr selektiv rezipiert hat. Viele Autoren, welche die internationale Diskussion seit dem Erscheinen von Eli Heckschers „Merkantilismus“ (1931) maßgeblich geprägt haben, beispielsweise Donald C. Coleman oder Lars Magnusson, werden nicht einmal erwähnt. Dies ist in mehrerlei Hinsicht problematisch: Denn zum einen ist ein Großteil der – durchaus interessanten – geldtheoretischen Erkenntnisse, mit denen Föste aufwarten kann, in der Literatur längst bekannt, ohne dass dies für den Leser immer ersichtlich wäre. Auch eine Historisierung der „merkantilistischen Theorie“ ist im Übrigen schon längst erfolgt. Zum anderen hätte eine bessere Auseinandersetzung mit der verfügbaren Literatur die Autorin vor grob anachronistischen Kategorisierungen bewahrt, wie beispielsweise derjenigen, die „merkantilistischen“ Autoren hätten die Errichtung einer „Planwirtschaft“ vertreten (S. 64), was im 17. Jh. weder realisierbar noch überhaupt erwünscht war. Überdies hätte Föste zu einem differenzierteren Bild der Ziele „merkantilistischer“ Wirtschaftspolitik gelangen können, in der u. a. die Beschäftigung der Bevölkerung durch bezahlte Arbeit eine zentrale Rolle spielte, was eben nicht allein durch die Machtinteressen der Staatsgewalt erklärt werden kann.

Zusammenfassend ist daher festzuhalten, dass Föste einen schönen Fundus an Quellen zum Problem des Geldes im ökonomischen Denken der Frühen Neuzeit bereitstellt und eine auch für Nicht-Ökonomen gut verständliche Einführung in monetäre Aspekte frühneuzeitlicher Wirtschaftstheorie bietet. Doch ist ihre Studie in verschiedener Hinsicht nicht auf dem Stand der Forschung, weshalb sie sich auch nur sehr eingeschränkt als Diskussionsbeitrag zur gerade wieder belebten Debatte über den Merkantilismus eignet.

MORITZ ISENMANN  
Köln



VSWG 104, 2017/2, 332–333

Danièle Fraboulet / Michel Margairaz / Pierre Vernus (Hg.)

**Réguler l'économie. L'apport des organisations patronales. Europe, XIX<sup>e</sup>–XX<sup>e</sup> siècles**

(Collection „Pour une histoire du travail“). Presses Universitaires de Rennes, Rennes 2016, 362 S., 20,00 €.

Das Buch reiht sich in eine mehrbändige Serie zu Arbeitgeberorganisationen in Europa ein. Nachdem die ersten drei Sammelbände deren Entstehungsgeschichte sowie deren Verhältnis zur Öffentlichkeit und zu anderen Interessenorganisationen thematisierten, behandelt der hier zu besprechende vierte und letzte Band die Bedeutung von Arbeitgeberorganisationen für die Regulierung der Wirtschaft. Das in drei Teile gegliederte Buch versammelt über 20 Einzelbeiträge, die räumlich weite Teile Westeuropas abdecken und zeitlich von den 1880ern bis in die 1970er Jahre reichen, hier aus Platzgründen aber nicht alle im Detail besprochen werden können.

Der erste Teil zur Wirtschaftsregulierung zwischen Markt und Staat behandelt in einem ersten Abschnitt die Selbstregulierung durch Arbeitgeberorganisationen sowie unterschiedliche Kooperationsformen mit dem Staat. Nicolas Stoskopf beleuchtet hier die Rolle der *Société industrielle de Mulhouse*, die sich Ende der 1820er Jahre für ein Gesetz gegen Kinderarbeit und nach dessen Verabschiedung 1841 für dessen Einhaltung einsetzte. Dies geschah nicht nur aus philanthropischen Gründen, sondern insbesondere, um Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben und die Wettbewerbsbedingungen anzugleichen. Pierre Vernus verweist in seinem Beitrag zur Regulierung des Lyoner Seidenmarkts darauf, dass dieser keinesfalls den Regeln eines perfekten Konkurrenzmarktes unterlag und die Vereinigung der Seidenhändler die Unsicherheit hinsichtlich des Marktes über ihre Informationspolitik zu verringern versuchte. Der Beitrag von Jean-Luc Mastin über das Kartell der Wollkämmer von Roubaix-Tourcoing vor dem Ersten Weltkrieg zeigt, dass diese seit den 1880er Jahren ein zunehmend komplexes Regelwerk aufbauten und dass das Kartell keineswegs die Konkurrenz beendete, vielmehr profitierten einzelne Unternehmer unverhältnismäßig stark davon. Während Bruno Prati die heterogene Gruppe der Hüttenleute in den Ardennen untersucht, die sich als Reaktion auf die Arbeiterbewegung organisierten und nach 1950 eine Partnerschaft mit dem Staat eingingen, und Alain Cortat auf die Bedeutung der *International Cable Development Corporation* für die Durchsetzung von technischen Normen, nationalen Kontingenten und Exportquoten verweist, befassen sich zwei weitere Beiträge mit Arbeitgeberorganisationen im schweizerischen und italienischen Hotelgewerbe. In einem zweiten Abschnitt wird der Einfluss von Dachorganisationen auf wirtschaftliche Regulierung untersucht. Hier verdeutlicht Werner Bühner, dass die westdeutschen Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren pragmatisch mit der Frage der Regulierung umgingen und der Glaube an die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes begrenzt war. Paolo Tedeschi wiederum analysiert den Einfluss italienischer und luxemburgischer Eisen- und Stahlverbände auf die Ausgestaltung der Marktregeln im Fall der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Der zweite Teil des Buches behandelt einzelne Wirtschaftsbereiche. Im ersten Abschnitt zum Bank- und Finanzsektor im 20. Jh. werden die nationalen Spezifika anhand von Beispielen zu Spanien, Großbritannien, Frankreich und der Schweiz deutlich. Während Arbeitgeber oftmals Hand

in Hand mit dem Staat arbeiteten, basierte das schweizerische Bankkartell auf einem sektoralen Korporatismus ohne den Staat, der durch die Großbanken in Zürich, Basel und Genf geprägt wurde. Der zweite Abschnitt versammelt mehrere Beiträge zu Arbeitgeberorganisationen in der Landwirtschaft und reicht von französischen und spanischen Winzerorganisationen über die von Alain Chatriot untersuchte Rolle der *Association Générale des Producteurs de Blé* in der französischen Wirtschaftspolitik während der ersten Hälfte des 20. Jh.s. bis zu italienischen Agrarverbänden nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach einem kurzen Ausblick von Mélanie Laroche auf die Transformation der Aluminiumindustrie in Québec folgen im dritten Teil des Bandes zwei von Zeitzeugen verfasste Beiträge über die Zwänge und Möglichkeiten zur Branchenregulierung durch Arbeitgeberorganisationen.

Der Band bietet vielfältige Einblicke in mögliche Regulierungen durch Arbeitgeberorganisationen, wirkt aufgrund seiner geographischen und temporalen Bandbreite sowie der unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Einzelbeiträge jedoch insgesamt recht heterogen.

CHRISTIAN MARX

Trier

VSWG 104, 2017/2, 333–334

Per Högselius / Arne Kaijser / Erik van der Vleuten

**Europe's Infrastructure Transition. Economy, War, Nature**

(Making Europe 3). Palgrave Macmillan, Basingstoke / New York 2016, XXIII u. 454 S., 85,06 €.

Das hier zu besprechende Buch ist der dritte Band der bei Palgrave Macmillan erscheinenden sechsbändigen ‚Making Europe‘-Reihe. Diese hat sich das Ziel gesetzt, die Geschichte Europas des 19. und 20. Jh.s durch die Brille der Technikgeschichte (neu) zu betrachten, um so die in der Forschung oft vernachlässigte Bedeutung der Entwicklung großtechnischer Systeme für die Modernisierung der europäischen Wirtschaften und Gesellschaften zu unterstreichen. Zwei Grundintentionen der Reihe gilt es vorweg herauszustellen. Erstens fokussiert die Reihe gezielt grenzüberschreitende Aspekte. Zweitens zielt sie auf ein möglichst breites Publikum. Teildisziplinäre Vorlieben – etwa für Fragen ökonomischer Theorien – werden deshalb bewusst ausgeblendet.

Der Band möchte dem Leser die vielschichtigen Funktionen näherbringen, die Infrastrukturen bei der Entstehung des modernen Europas seit den 1830er Jahren übernahmen. Er nimmt den Ausgangspunkt in den Visionen des jungen Michel Chevalier, der mit den Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt die Hoffnung auf Gleichheit, Frieden und ökonomischen Wohlstand in Europa verband. Den Gedanken Chevaliers folgend, untergliedert sich der Band in drei Teile. Im ersten Teil wird die Frage nach der Vernetzung Europas durch die Genese infrastruktureller Systeme sowie der damit einhergehenden Harmonisierung europäischer Gesellschaften gestellt. Teil zwei fokussiert die Bedeutung von Infrastrukturen für die wirtschaftliche Entwicklung sowie Frieden und Krieg zwischen den Völkern Europas. Der dritte Teil setzt sich mit dem Verhältnis von Infrastrukturen

und Umwelt auseinander. Dabei wird eine Entwicklung nachgezeichnet, in der Infrastrukturen sich vom Symbol für die Überwindung natürlicher Grenzen im 19. Jh. zum Symbol für die Zerstörung von Umwelt gegen Ende des 20. Jh.s wandelten. Am Ende des Bands werden die wichtigsten Entwicklungen zusammengefasst.

Die Autoren gehen davon aus, dass die ‚infrastrukturelle Transformation‘ Europas sich nicht als Folge struktureller Veränderungen – etwa einer technisch-rationalen Entwicklungslogik – vollzog, sondern Resultat konkreter Präferenzen und bewusster Entscheidungen der relevanten Akteure, der sogenannten ‚*system-builders*‘, war. Sie rücken damit einen Erklärungsansatz in den Mittelpunkt, der in der Technikforschung seit langem etabliert ist.

Positiv hervorzuheben ist der anschauliche Schreibstil. Der Band besticht durch klare Sprache und die gut verständliche Präsentation der Entwicklungsstränge. Insbesondere im Kapitel über die ‚*Networked Food Economy*‘ (S. 107–140) zeichnen die Autoren verständlich nach, welche technischen Herausforderungen – etwa bei der Schaffung von Kühlschiffen – gemeistert werden mussten, um die Grundlage dessen zu legen, was der Wirtschaftshistoriker nüchtern unter der Zunahme ökonomischer Austauschbeziehungen verbucht. Wie in kaum einem Band zuvor sind die Autoren darum bemüht, die vielfältigen infrastrukturellen Systeme der Moderne in ihrer ganzen Bandbreite abzudecken, um so ein möglichst komplexes Bild der ‚infrastrukturellen Transformation‘ Europas zeichnen zu können. Allerdings geht die Breite der Darstellung immer wieder zu Lasten der inhaltlichen Tiefe. Einerseits ist die Argumentation an einigen Stellen – hier sei beispielsweise auf die Ausführungen zur Nutzung von Funkfrequenzen verwiesen (S. 320–328) – sehr vereinfacht. Andererseits werden die ‚*system-builder*‘ samt ihren Präferenzen und Entscheidungskalkülen nur selten greifbar. Letzteres ist umso bedauerlicher, als die Autoren im Fazit die Bedeutung der ‚*system-builder*‘ für die ‚infrastrukturelle Transformation‘ Europas besonders betonen. Kritisch muss auch vermerkt werden, dass die Autoren vorwiegend über ein westliches und nördliches Europa schreiben, während andere Regionen eher spärlich oder wie im Falle Portugals gar nicht erwähnt werden.

Als Fazit lag dem Rezensenten ein anregend zu lesendes Buch mit einem ambitionierten Ansatz und einer klaren Botschaft vor: Hinter dem Europa moderner Prägung – vernetzt, mobil und kommunikativ – stecken infrastrukturelle Systeme, die von verschiedenen Typen von ‚*system-builders*‘ zielgerichtet konzipiert wurden. Technik und technische Entwicklungen, die oft als ‚Hintergrundrauschen‘ der Modernisierung Europas eingestuft werden, erhalten im vorliegenden Band eine prominente Rolle. Insofern offeriert das Buch eine erfrischende Perspektive auf die Europäische Geschichte der Infrastruktur des 19. und 20. Jh. s.

CHRISTIAN HENRICH-FRANKE

Siegen



VSWG 104, 2017/2, 335–336

Clemens Jobst / Hans Kernbauer

**Die Bank. Das Geld. Der Staat. Nationalbank und Währungspolitik in Österreich 1816–2016**

Campus, Frankfurt a. M. 2016, 317 S. (4 Tab., 28 Grafiken, 15 Abb.), 29,90 €.

Kaiser Franz I. unterzeichnete am 1. Juni 1816 zwei Patente, die als Geburtsurkunden der österreichischen Notenbank gelten. Unter dem Namen „privilegierte oesterreichische Nationalbank“ gegründet, kann die heutige Oesterreichische Nationalbank (OeNB) auf eine zweihundertjährige Geschichte zurückblicken, was sie zu einer der ältesten Nationalbanken macht. Dies war Anlass genug zum Feiern. In diesem Rahmen erschien auch das hier zu besprechende Buch – parallel in deutscher und englischer Sprache.

Die Gründung war ein wesentliches Element bei der Neuordnung des durch eine Reihe von Kriegen zerrütteten Geld- und Finanzwesens. Damit das Institut einen elementaren Beitrag zu dessen Sanierung beitragen konnte, sollte ein Mindestmaß an Unabhängigkeit vom Staat gewährleistet werden, indem man die Bank als Aktiengesellschaft gründete und die Mitentscheidungsrechte staatlicher Akteure begrenzte. Damit wird eines von vier im Buch identifizierten „Spannungsverhältnissen“ angesprochen, unter denen die Zentralbank agieren musste: zwischen der Bereitstellung eines Zahlungsmittels durch den Staat und den Möglichkeiten zur Haushaltsfinanzierung und Konjunkturpolitik; zwischen der Abtretung wirtschaftspolitischer Kompetenzen und der Kontrolle der Zentralbank; zwischen der Forderung nach Transparenz und Rechenschaft auf der einen und Notwendigkeiten zur Geheimhaltung auf der anderen Seite. Last but not least stelle sich das Problem des richtigen Verhältnisses von Nähe und Distanz zum Bankensystem (S. 9).

Die Geschichte der OeNB ist eingebettet in vielschichtige politische, soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt wissenschaftliche Entwicklungen im Umfeld. Unter diesen Umständen einen Text vorzulegen, der nachvollziehbare Linien zwischen 1816 und 2016 zieht, ist nicht einfach, die Gefahr sich zu verzetteln und die Nichtexpert/inn/en eher zu verwirren als ihnen einen Einstieg in die Auseinandersetzung mit den (historischen) Anforderungen und Aktionen der Nationalbank zu geben, ist sehr groß. Letzterem sind die Autoren erfolgreich ausgewichen, indem sie sich auf zentrale Entwicklungsstränge der Funktion der Zentralbank bei der Währung bzw. Herstellung der Stabilität auf den Finanz- und Geldmärkten konzentrieren. Dennoch bekommt man einen Überblick über den Forschungsstand. Zudem liefern die Verfasser zusätzliche Erkenntnisse bezüglich der Entwicklung der Beziehungen zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken (die diese Institution ja zunächst auch war) sowie der Etablierung als „Bank der Banken“. Interessant sind in diesem Kontext besonders die Ausführungen über den Aktionsradius der Nationalbank als wirtschaftspolitischer Akteur neben dem Staat. Die Verfasser vertreten die Auffassung, dass der Aktionsradius und der Einfluss der Zentralbank nicht allein auf normative Festlegungen zurückgeführt werden könnten, sondern dass die Autonomie der Nationalbank ab dem Ende des 19. Jh.s vor allem daraus resultierte, dass die Bank Entscheidungen treffen musste, zu denen das staatliche Regime wegen der langwierigen Entscheidungsprozesse, verursacht nicht zuletzt durch innere nationalpolitische Antagonismen sowie unterschiedliche Interessenlagen in Wien und Budapest, nicht in der Lage war (S. 112 ff.). Die Nationalbank „spielte hier eine Rolle, die der der EZB und des Eurosystems nicht

ganz unähnlich war“ (S. 269). Auf eine solche stabilisierende Rolle der Zentralbank in ethnisch und kulturell heterogenen Staaten hat bereits Arend Lijphart (*Patterns of Democracy*. New Haven, CT 1999) hingewiesen. Der Vergleich mit jüngsten Problemlösungsstrategien in der Eurozone bietet sich also durchaus an.

Klar wird aus der Geschichte der OeNB aber auch, dass die Arbeitsteilung (auch die gesetzlich fixierte) zwischen Staat und Zentralbank durchaus prekär war: Wenn das politische System Geld brauchte, wurde die Intention, eine von staatlichem Einfluss möglichst unabhängige Bank solle für stabiles Geld und stabile Finanzen sorgen, rasch als lästig empfunden. So wurde in den 1840er Jahren wieder auf mehr staatlichen Einfluss auf die Bank hingewirkt (S. 42 ff.), während des Ersten Weltkriegs wurde in großem Umfang Liquidität über die Oesterreichisch-ungarische Bank geschöpft (S. 144 ff.), um zwei Beispiele zu nennen.

Insgesamt ist das Buch zur Geschichte der OeNB sehr informativ und nützlich, durchaus auch für Spezialisten dieses Wissensgebietes. Dies gilt auch dann, wenn man sich, angesichts der zunehmenden Frustrationen innerhalb der Bevölkerung der EU- und vor allem der EURO-Staaten, eine intensivere Beschäftigung mit dem Weg aus der Gemeinschaftswährung gewünscht hätte, den die Oesterreichische Nationalbank bereits zwei Mal und unter unterschiedlichen Vorzeichen mitgestaltet hat.

JÜRGEN NAUTZ

Warburg/Wien

VSWG 104, 2017/2, 336–337

Ernst Langthaler

**Schlachtfelder. Alltägliches Wirtschaften in der nationalsozialistischen Agrargesellschaft 1938–1945**

(Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 38). Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2016, 940 S. (151 Abb., 149 Tab.), 90,00 €.

Die Studie von Ernst Langthaler, die auf seiner im Jahr 2010 an der Universität Wien eingereichten Habilitationsschrift beruht, geht bezüglich der NS-Agrarpolitik von einigen Prämissen aus: Erstens wird die Agrargesellschaft nicht als „vorgelagerte Entwicklungsstufe“ einer vormodernen oder postmodernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft verstanden. Vielmehr hatten, so der Autor, die „nationalstaatlich verfassten Gesellschaften Europas“ des 20. Jh.s „ein- und untergeordnete agrargesellschaftliche Sphären“. Zweitens sei die „Vision eines nationalsozialistischen ‚Agrar-Europas‘“, wie sie der ab 1942 führende NS-Agrarpolitiker Herbert Backe vertrat, das Gegenmodell zu einer „globalen, marktliberalen Agrargesellschaft unter britischer Hegemonie“ gewesen. Das Deutsche Reich sei das „Gravitationszentrum“ eines kontinentaleuropäischen Großraums mit „abhängigen Peripherien“ gewesen. Eine ähnliche These formulierte John E. Farquharson bereits 1976 in seinem Buch „The Plough and the Swastika“. Sie ist also keineswegs neu. Jedoch bleibt die Frage, ob sie richtig ist. Kann man die „Lebensraumpolitik“ Richard Walther Darrés und Heinrich Himmlers tatsächlich in dieser Form angemessen beschreiben?

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2017

Langthaler verwendet in seiner Untersuchung unter Rückgriff auf die „alltagshistorischen Pionierarbeiten“ Alf Lüdtkes und Detlev Peukerts einen „weit gefassten Begriff der Alltagswelt“, den er dem Begriff der „Lebenswelt“ vorzieht, und erweitert diesen unter Berufung auf Pierre Bourdieu und Anthony Giddens zu einer „Matrix agrargesellschaftlicher Kräftefelder“. In einem gesellschaftlichen Feld ringen „mehr oder weniger mächtige Akteure innerhalb beschränkender und ermöglichender Manövrierräume gemäß habitualisierter Denk- und Handlungsschemata um Ressourcen verschiedener Art“. In seinem Buch untersucht Langthaler sechs Felder (den Hof, den Grundbesitz, die „Menschenökonomie“, die „Dorfausrüstung“, das „Landvolk“ und den Markt). Untersuchungsraum ist der Reichsgau Niederdonau (Österreich). Aus Platzgründen kann hier nur auf zwei Felder eingegangen werden.

Das erste (Kräfte-)Feld betrifft den landwirtschaftlichen Hof, den der Nationalsozialismus zum einen ideologisch überhöhte („Hoforganismus“), zum anderen durch Betriebszählungen, Hofkarten, Hofbegehungen und Kreiswirtschaftsmappen durchleuchtete. Die NS-Agrarstatistik intensiviert die Formen der Datenerhebung.

Im zweiten Kräftefeld, dem Grundbesitz, geht es um „entjudete“ Güter und „deutsche“ Bauernhöfe vor der Folie des „Staatsgedankens von Blut und Boden“ (Darré). Bei der Erfassung des jüdischen Grundeigentums, das arisiert wurde, lag der Kreis Gänserndorf (im Osten des Untersuchungsraumes) mit 56 Beteiligten (7.449 Hektar) „einsam an der Spitze“. „Problemzonen“ für die Erbhofgesetzgebung waren Regionen mit ertragsstarker Weinbau- und Hackfruchtwirtschaft und ungünstiger Betriebsgrößenverteilung. Wie ältere Untersuchungen kommt auch Langthaler beim Reichserbhofgesetz zu dem Ergebnis, dass es bei der bäuerlichen Bevölkerung „vielfach auf Skepsis, Ablehnung und Protest“ gestoßen sei. Neu ist der Hinweis, dass die Bauern durchaus als Akteure auftraten: als „Kaufinteressierte in Arisierungsverfahren“ und als Antragsteller vor dem Anerbengericht. Dieses Kapitel, das mit Fallbeispielen angereichert ist, vermittelt ein aufschlussreiches und genaues Bild der Problematik.

Zusammenfassend und resümierend ist festzuhalten: Ernst Langthaler ist ein wortgewaltiger Autor, der Schaubilder liebt. Das Buch enthält, wenn der Rezensent richtig gezählt hat, 300 nicht durchnummerierte Abbildungen und Tabellen, die teilweise mehr, teilweise weniger aussagefähig sind. Dampf man die Begriffe und Schaubilder ein, gelangt man zu Sachverhalten, die oftmals gar nicht so komplex sind. Die Stärke des Buches liegt in der dichten Beschreibung einzelner Problematiken („Kräftefelder“). Hier sind Langthaler vielfach außerordentlich aufschlussreiche Analysen gelungen. Hinsichtlich der Frage der modernisierenden Wirkung der NS-Agrarpolitik in Österreich schlägt er sich auf die Seite der Modernisierer: Eine Agrarmodernisierung, eine „grünbraune Revolution“, sei „weitgehend *intendiert*, aber nur *partiell* wirksam“ gewesen.

ANDREAS DORNHEIM

Bamberg





VSWG 104, 2017/2, 338–339

John-Wesley Löwen

**Die dezentrale Stromwirtschaft. Industrie, Kommunen und Staat in der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft 1927–1957**

(Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 19). de Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2015, 355 S. (4 Abb., 4 Tab.), 79,95 €.

Erzählungen von der Gestaltung des uns heute vertrauten weiträumig verzweigten Systems von Stromerzeugung und -transport ziehen sich wie ein roter Faden durch die Forschungsliteratur zur Elektrizitätsgeschichte und markieren in den meisten Darstellungen den Ausgangspunkt einer schier ungebrochenen Erfolgsgeschichte der Verbundnetzwirtschaft im 20. Jh. Als den treibenden Kräften dieser überregionalen Netzbildung schenken Technik- und Wirtschaftshistoriker/innen bis zuletzt bevorzugt den großen Stromanbietern Beachtung – eben jener Akteursgruppe, die sich über Jahrzehnte gegen die zersplitterten Interessen der Kommunen und Industriebetriebe richtete.

Dieser ‚klassischen‘ Lesart setzt Löwen mit seiner Dissertation eine Perspektivverschiebung entgegen. Er schärft den Blick für die dezentralen Versorgungsstrukturen der Elektrizitätsgeschichte, die sich parallel und zeitgleich hinter den Kulissen der wirkmächtigen Zentralisierungstendenzen nicht nur lange behaupteten, sondern noch in der ersten Hälfte des 20. Jh.s auch stetig ausweiteten. Schließlich bleibe unter dem Forschungsparadigma der Großkraft- und Verbundwirtschaft nur allzu oft unbeachtet, dass „die Entwicklung der [deutschen] Elektrizitätswirtschaft keiner Zwangsläufigkeit in Richtung der von Rathenau beschworenen Zentralisation“ folgte (S. 5). Bis weit ins 20. Jh. investierten Kommunen und Industriebetriebe in eigene Erzeugungsanlagen und Niederspannungsnetze, die die Absatzmöglichkeiten der öffentlichen Elektrizitätswerke wesentlich beeinflussten. Die dezentralen Strukturen der westdeutschen Elektrizitätswirtschaft bettet Löwen in einen gesamtwirtschaftlichen Kontext ein, indem er den Vorbedingungen und Konsequenzen des industriellen Kraftwerkbaus im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Stromversorgung und staatlicher Elektrizitätspolitik nachspürt. In chronologischer Reihung folgen die drei Hauptkapitel der Untersuchung den in der Elektrizitätsgeschichtsschreibung gängigen Periodisierungen: vom ‚Elektrofrieden‘ der 1920er Jahre über die Jahre der Weltwirtschaftskrise, die Autarkiewirtschaft und Rüstungspolitik des NS-Regimes bis zur Neuordnung der Stromwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

Unter der gewählten Perspektive befördert die Studie neue Erkenntnisse, die etablierte Forschungsstandpunkte stellenweise herausfordern: Obwohl die beiden wichtigsten westdeutschen Versorgungsunternehmen (RWE & VEW) innerhalb ihrer Versorgungsgebiete netzgebundene Liefermonopole besaßen, deckten die energieintensiven Branchen der rheinisch-westfälischen Montan-, Schwer- und Chemieindustrie ihren Energiebedarf noch lange bevorzugt aus konzerneigenen Kraftwerken. Zwar stellten viele Großbetriebe infolge der Weltwirtschaftskrise die eigenen Pläne zum Kraftwerksausbau vorerst zurück und schlossen Lieferverträge mit öffentlichen Stromversorgern. Dennoch implizierte die krisenbedingte Fremdstromversorgung aus öffentlichen Netzen „keinen grundlegenden Strategiewechsel“, der den Ausbau der Eigenanlagen als wirtschaftlich lohnenswerte Alternative ausschloss (S. 107f.). Während die Investitionstätigkeit der marktführenden Netzbetreiber Anfang der 1930er Jahre noch immer stagnierte, gingen Ruhrindustrielle vergleichs-

weise schnell zur Realisierung neuer Kraftwerke über, die über die Kopplung der Energieerzeugung an wärmeintensive Produktionsverfahren besonders kosteneffizient produzierten. Wenngleich die Energie- und Wirtschaftsstrategen um Albert Speer ununterbrochen von den Möglichkeiten der hydroelektrischen Erschließung der Wasserkraftpotentiale in den Alpen schwärmten, waren es in den Kriegsjahren in erster Linie dezentrale Dampfkraftwerke in der Nähe der Rüstungsbetriebe, die gegenüber den überregionalen Großversorgungsplänen den Vorzug erhielten (S. 207). Noch während der Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg trugen die industriellen Kraftwerkskapazitäten maßgeblich zur Entlastung der öffentlichen Netze bei.

In einem klassischen Themenfeld der Wirtschafts- und Technikgeschichte setzt Löwen mit seiner Untersuchung erfrischende Impulse. Gleichmaßen führt die Studie mit ihrer exklusiven Fokussierung der westdeutschen Großindustrie deutlich vor Augen, dass die Geschichte dezentraler Versorgungskonzepte im 20. Jh. noch lange nicht zu Ende geschrieben ist. Es mangelt an vergleichbaren Darstellungen, die sich im ähnlichen Zuschnitt mit den kleingewerblichen Aneignungsformen der Elektrizität im ländlichen Raum auseinandersetzen oder die Kontinuitätslinien der dezentralen Strukturen im zeitgeschichtlichen Kontext weiter spannen. Hier hätte die Forschungsarbeit selbst ansetzen und zumindest im Schlusskapitel den Blick über den Tellerrand des sehr eng gesteckten Untersuchungsrahmens wagen können: So birgt der Zugriff auf das Thema das große Potential, den Bogen zu den aktuellen Debatten um die zunehmenden Tendenzen der Re-Lokalisierung der Energieversorgung zu spannen, die der allgegenwärtig eingeforderte Ausbau dezentraler erneuerbarer Energieformen mit sich bringt.

CHRISTIAN ZUMBRÄGEL  
Wuppertal

VSWG 104, 2017/2, 339–340

Michael Poppe

### **Integration von Infrastrukturen in Europa im historischen Vergleich.**

#### **Bd. 5: Öl- und Treibstoffpipelines**

(Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen 24). Nomos, Baden-Baden 2015, 367 S. (10 Abb.), 74,00 €.

Bei Pipelines handelt es sich in aller Regel um „vergrabene“ Infrastrukturen. Lediglich einige, eher unvermittelt in der Landschaft stehende Hinweisschilder mit rätselhaften Zeichen verweisen auf das Vorhandensein unterirdischer Energie-Flüsse. Aus Gründen verlässlicher Versorgung bleiben sie meist unsichtbar und entgehen daher unserer Aufmerksamkeit. Sicherheitspolitische Experten hingegen sorgen sich seit Mitte des 20. Jh.s um die strategische Verlegung sowie Verletzlichkeit von Pipelines gegenüber manipulativen Eingriffen, denn Erdöl und Gas sind seit vielen Jahrzehnten eine wichtige Grundlage der Produktivität und Mobilität industrialisierter Gesellschaften. Nur selten wurden sie so öffentlichkeitswirksam erbaut wie die RGW-Pipeline „Freundschaft“ in den frühen 1960er-Jahren.

Das Buch von Michael Poppe ist der vorletzte Band eines größeren, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts zur „Integration von Infrastrukturen in Europa im historischen Vergleich“. Zu dessen bisherigen Ergebnissen wurde in Rezensionen schon darauf hingewiesen, dass sie sich vielleicht etwas zu sehr an das vorgegebene Raster der Projektleiter und Herausgeber halten. Sie beziehen sich nämlich weitgehend auf die Synopse von Gerold Ambrosius und Christian Henrich-Franke, die 2013 die Reihe eingeleitet hatte. Das führt unter anderem dazu, dass mit Ausnahme des vierten Bandes „Trains Accross Borders“ von Martin Schiefelbusch die Dissertationen keinen eigenen Titel bekamen. Vielmehr präsentieren sie sich als sachlich aufgefächerte Variationen eines einheitlichen Haupttitels. Auch die inneren Strukturen der Bände und ihr jeweiliger Aufbau erscheinen nahezu identisch.

Der Band von Poppe weicht dennoch in zweierlei Hinsicht von diesem Muster ab. Erstens handelt es sich beim Autor um einen pensionierten Oberstleutnant, der folglich ein gewisses praktisches Verständnis für das Thema mitbringt. Zweitens kann aufgrund des relativ jungen Datums der Pipelines kein historischer Vergleich der Nachkriegsjahre mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erfolgen, wie es für die übrigen Bände über die Eisenbahn, Post, Telekommunikation und Binnenschifffahrt (im Erscheinen) konstitutiv war. Verglichen werden vielmehr zivile und militärische Pipelines in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden als Kernraum der NATO. Als roter Faden dient die Frage nach den Mechanismen, über die sich internationale Standards herausbildeten, die bei einem so intermodal angelegten Transportsystem unumgänglich sind. Die Kategorie der „Integration“ bezieht sich dabei vornehmlich auf die Schaffung von Interkonnektivität und Interoperabilität.

In der Darstellung wird ein komplexes Geflecht an betrieblichen, strategischen, technischen, administrativen und tarifären Überlegungen aufgezeigt, innerhalb dessen sich die Infrastruktur „Pipeline“ schließlich materialisierte. Hinweise auf neuere Arbeiten zur Politik-, Wissens- und Distributiongeschichte des Erdöls von Rüdiger Graf, Per Högselius, Miriam A. Bader-Gassner usw. sucht man jedoch vergebens. Überhaupt fallen Kontextualisierungen denkbar knapp aus. Eine zweiseitige Einführung zum historischen Hintergrund („1859 [...] begann für die Menschheit das Zeitalter des Erdöls“, S. 19) muss offenbar reichen, der methodische Verweis auf einen historisch-hermeneutischen Ansatz ebenso. Wo der Autor mit seinen Recherchen nicht weiterkam, heißt es mehrfach apodiktisch, das sei „unbekannt“. Hinzu kommen handwerkliche Mängel wie uneinheitliche Zitierweisen oder Definitionen aus dem dtv-Lexikon.

In seiner Beschränkung auf eine politisch-ökonomische Matrix, in der die klassischen Parameter der Infrastrukturentwicklung berücksichtigt werden, also Planungen und ihre machtpolitische, institutionelle wie unternehmerische Durchsetzung, bietet die Arbeit jedoch eine Fülle an Informationen, die anhand zahlreicher Daten, Karten und Organigramme sichtbar gemacht werden. Gerade weil es sich bei dem Transportgut um „lifeblood“ (S. 202) handelte, konnten sich die zivilen und militärischen Nutzungen der entstehenden zentraleuropäischen Pipelinenetzwerke nur langsam aufeinander zubewegen und teilweise miteinander verschmelzen. Wer sich für die dabei fördernden und hemmenden Faktoren interessiert, bekommt sie hier für jedes Land archivgestützt und sehr detailliert dargelegt.

DIRK VAN LAAK

Leipzig

VSWG 104, 2017/2, 341

Clemens Wischermann u. a. (Hg.)

**Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte**

(Perspektiven der Wirtschaftsgeschichte 6). Steiner, Stuttgart 2015, 292 S. (3. Abb.), 26,00 €.

Das vorliegende Buch gibt in zahlreichen kürzeren Texten mehrerer Autoren eine Einführung in institutionsökonomische Ansätze und deren Anwendung in der Wirtschaftsgeschichte. Dabei werden zunächst die theoretischen Ansätze (Institutionalismus und Neoinstitutionalismus) knapp vorgestellt und theoretische Anschlussmöglichkeiten diskutiert. Anschließend werden anhand konkreter empirischer Fallbeispiele bestimmte Theoriemotive durchgespielt; dabei wird abgehandelt, wie Institutionen historisch entstehen, was sie leisten und wie sie sich wandeln. Am Ende gibt es einen kurzen Ausblick, der nicht zuletzt mögliche Verknüpfungen von Wirtschafts- und Kulturgeschichte andeutet.

Insgesamt handelt es sich, gerade wegen der anwendungsbezogenen Herangehensweise, um eine sehr nützliche Einführung, der es weniger um die Durchdringung der Institutionenökonomie in all ihren theoretischen Verästelungen geht, als darum, zu zeigen, wie man mit Theorien in der Wirtschaftsgeschichte arbeiten kann. Die Abschnitte unterscheiden sich zwar teilweise deutlich in ihrer Länge und sind auch qualitativ nicht immer auf dem gleichen Niveau. Insgesamt wird aber ein guter Einblick in die institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte mit ihren empirischen Anwendungsmöglichkeiten gegeben.

Was dabei allerdings nicht stattfindet, ist eine kritische Kontextualisierung der Institutionenökonomie. Dieser theoretische Ansatz ist ja nicht unumstritten. Vielmehr ist in den letzten Jahren von vielerlei Seiten Kritik geäußert worden: etwa, dass diese Theorie zwar gut erklären kann, wie auf bestimmte Probleme geantwortet wird, weniger gut jedoch, wie diese Probleme eigentlich entstehen – und vor allem nicht, warum sich einmal gefundene Lösungsarrangements häufig als instabil erweisen. Signifikant für das vorliegende Werk ist, dass es bei der Frage, wie sich Institutionen wandeln, vor allem um „Einbrüche“ von außen (z. B. Unfälle) oder steuernde Eingriffe geht, während der Faktor „Evolution“ nur eine marginale Rolle spielt. Kritisiert wurde auch, dass der Institutionalismus dazu neige, Phänomene, die sich mit seinem theoretischen Begriffsapparat nicht greifen lassen, zu ignorieren, was mitunter zu groben Vereinfachungen führe.

Sicher ist es nicht Aufgabe eines Studienbuches, den vorgestellten Theorieansatz grundlegend in Frage zu stellen. Aber etwas mehr kritische Distanz hätte vielleicht den Nutzwert des Buches noch weiter erhöht, indem es zur Reflexion über die Theorie selbst angeregt hätte. Das soll aber die Verdienste des vorliegenden Werkes nicht schmälern, das insgesamt eine wichtige Lücke schließt, indem es den Studierenden einen pragmatischen Weg zu einer theorieorientierten Geschichtsschreibung weist.

ROMAN KÖSTER  
Freiburg/Breisgau

